

Stenographischer Bericht

38. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XI. Gesetzgebungsperiode – 8. Mai 1990

Inhalt:

Personalien:

Entschuldigt: Abg. Pörtl, Abg. Dr. Ficzeko und Abg. Franz Ofner.

1. a) Zuweisungen:

Anträge, Einl.-Zahlen 1059/1, 1060/1, 1061/1, 1062/1, 1063/1, 1064/1, 1065/1, 1066/1, 1067/1, 1068/1, 1069/1, 1070/1 und 1071/1, der Landesregierung (3058).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 846/4, 882/3, 1074/1, 1075/1, 1002/4, 1078/1, 1079/1, 1080/1 und 1081/1, dem Finanz-Ausschuß (3058).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1077/1, dem Ausschuß für Jugend, Familie und Konsumentenschutz (3059).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 818/5 und 914/8, dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft (3059).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 764/3, dem Sozial-Ausschuß (3059).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 486/5, 488/5, 575/3, 847/6 und 941/3, dem Ausschuß für Umweltschutz (3059).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 604/6, 910/6 und 991/4, dem Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß (3059).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 942/5, dem Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur (3059).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 820/5 und 825/4, dem Volksbildungs-Ausschuß (3059).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 63/12, 845/4 und 976/4, dem Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschuß (3059).

1. b) Anträge:

Antrag der Abg. Kammlander, betreffend die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Paragraph 22 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages zur Aufklärung der politischen Verantwortung der gegen die Steirische Gesellschaft für Gesundheitsschutz erhobenen Vorwürfe und offenen Fragen (3059);

Antrag der Abg. Kammlander, betreffend die sofortige Realisierung des Interimskonzeptes für die Heilpädagogische Abteilung des Landesnervenkrankenhauses Graz, insbesondere die Schaffung von zusätzlichen 18 Dienstposten, die den im Konzept geforderten Qualifikationen Rechnung tragen, durch das Land Steiermark;

Antrag der Abg. Kammlander, betreffend eine grundlegende Reformierung der Verwaltung auf Bezirksebene (Demokratisierung der Bezirksverwaltung);

Antrag des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Beteiligung des Landes am Musterprojekt für die Sumpfbiber in Graz-Mariatrost;

Antrag des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Förderung von Solaranlagen in der Steiermark zur Einsparung fossiler umweltfeindlicher Energie;

Antrag des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die raschere und ernsthaftere Behandlung von Landtagsanträgen im Sinne der allgemeinen Verwaltungsvorschriften;

Antrag des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Untersagung des VOEST-Sondermüllprojektes am Erzberg im Sinne der Wahrung der Landeskultur und Erhaltung des steirischen Symbols durch das Land, nämlich den steirischen Erzberg vor dem Sondermüllberg zu bewahren;

Antrag des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend das Verbot von Werbung und Verteilung für fluorhaltige Präparate und Kosmetika (Zahnpasten und anderes) in steirischen Schulen und Kindergärten;

Antrag der Abg. Meyer, Erhart, Dr. Ficzeko, Freitag, Gennaro, Hammer, Heibl, Herrmann, Kanape, Kohlhammer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schoiswohl, Schrittwieser, Sponer, Trampusch, Ussar, Vollmann und Zellnig, betreffend die Schaffung gesetzlicher Bestimmungen für Tagesmutterprojekte;

Antrag der Abg. Meyer, Erhart, Dr. Ficzeko, Freitag, Gennaro, Hammer, Heibl, Herrmann, Kanape, Kohlhammer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schoiswohl, Schrittwieser, Sponer, Trampusch, Ussar, Vollmann und Zellnig, betreffend die Schaffung eines gesetzlichen Anspruches auf Kinderbetreuungsbeihilfe;

Antrag der Abg. Minder, Erhart, Dr. Ficzeko, Freitag, Gennaro, Hammer, Heibl, Herrmann, Kanape, Kohlhammer, Meyer, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schoiswohl, Schrittwieser, Sponer, Trampusch, Ussar, Vollmann und Zellnig, betreffend die Förderung privater Kindergruppen durch das Land Steiermark;

Antrag der Abg. Meyer, Minder, Schoiswohl, Kanape, Sponer, Erhart, Freitag, Schrittwieser und Genossen, betreffend die Novellierung des Krankenpflegegesetzes und die bessere Förderung bestehender und die Schaffung neuer Einrichtungen für die Aus- und Weiterbildung von Betreuungs- und Pflegepersonal für behinderte und alte Menschen in der Steiermark;

Antrag der Abg. Sponer, Erhart, Meyer, Minder, Kanape, Schrittwieser, Freitag und Genossen, betreffend die Ausgliederung der vier Landesaltenpflegeheime aus der Landesverwaltung;

Antrag der Abg. Schoiswohl, Minder, Meyer, Sponer, Erhart, Freitag, Schrittwieser und Genossen, betreffend die gesetzliche Verankerung der Bewilligungspflicht für alle Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen in der Steiermark durch die Landesregierung;

Antrag der Abg. Erhart, Kanape, Schrittwieser, Minder, Sponer, Meyer, Schoiswohl und Genossen, betreffend die Installierung eines Ombudsmannes für alte und pflegebedürftige Menschen in der Steiermark;

Antrag der Abg. Schrittwieser, Sponer, Schoiswohl, Minder, Kanape, Freitag, Erhart und Genossen, betreffend die Einstellung einer Fachkraft für alten- und behindertengerechtes Bauen in der Rechtsabteilung 9;

Antrag der Abg. Trampusch, Rainer, Gennaro, Kanape, Reicher und Genossen, betreffend die rasche Durchführung von Lärmschutz- und Anrainerschutzmaßnahmen sowie die Sanierung mangelhafter Unterkünfte des Bundesheeres;

Antrag der Abg. Zellnig, Meyer, Minder, Herrmann, Kanape, Schoiswohl, Kohlhammer und Genossen, betreffend die Gleichstellung der Nebenerwerbsbauern mit den Vollerwerbsbauern hinsichtlich einer Befreiung vom Präsenzdienst;

Antrag der Abg. Kohlhammer, Zellnig, Freitag, Hammer und Genossen, betreffend die bessere Dotierung der steirischen Förderungsaktion für regional eigenständige Initiativen (STEFREI);

Antrag der Abg. Kohlhammer, Trampusch, Heibl, Freitag und Genossen, betreffend Erstellung eines Sachprogrammes für Grenzlandentwicklung;

Antrag der Abg. Schoiswohl, Vollmann, Reicher, Ussar, Sponer, Schrittwieser, Erhart und Genossen, betreffend die bessere Dotierung der Trachtenvereine im Landesbudget;

Antrag der Abg. Gennaro, Kohlhammer, Reicher, Minder und Genossen, betreffend die rasche Vorlage eines Verordnungsentwurfes für Berufsschulzeiterweiterung;

Antrag der Abg. Vollmann, Gennaro, Schrittwieser, Erhart, Heibl, Günther Ofner und Genossen, betreffend den raschen Bau der S 6 in den Gemeinden Schottwien, Semmering und Spital am Semmering;

Antrag der Abg. Weilharter und Mag. Rader, betreffend umfassende Ausbildung der Forstwirte;

Antrag der Abg. Dr. Lopatka, Kröll, Schrammel und Pußwald, betreffend die Errichtung von Bezirkssozialringen;

Antrag der Abg. Dr. Lopatka, Kröll, Schrammel und Pußwald, betreffend die Erstellung von bezirksspezifischen Altersvorsorgeprogrammen durch die Landesregierung in Zusammenarbeit mit den Sozialhilfverbänden und privaten Wohlfahrtseinrichtungen unter Zugrundelegung des Gesundheits- und Sozialplanes für die Steiermark und der von der Bundesregierung geplanten Gesundheits- und Sozialspengel;

Antrag der Abg. Dr. Lopatka, Dr. Kalnoky, Pußwald und Schrammel, betreffend die Schaffung eines Beirates für Soziale Innovation und Netzwerke beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung;

Antrag der Abg. Pußwald, Grillitsch, Kollmann und Bacher über die Errichtung eines Radweges in Aichfeld-Murboden;

Antrag der Abg. Bacher, Grillitsch, Pußwald und Dr. Dorfer, betreffend die Übernahme der auf die Murauer Frauenalpe führenden Privatstraße durch das Land Steiermark;

Antrag der Abg. Bacher, Dr. Dorfer, Grillitsch und Pußwald, betreffend die Errichtung einer dislozierten Klasse der Musikschule Murau in Sankt Peter am Kammersberg;

Antrag der Abg. Schrammel, Neuhold, Göber und Purr, betreffend Einführung eines Karenzgeldes für Bäuerinnen und Selbständige (3061).

Nicht unterstützte Anträge:

Antrag der Abg. Kammländer, betreffend die Absetzung des Bezirkshauptmannes von Bruck an der Mur, Herrn Hofrat Dr. Pittner, wegen rechtswidrigen Verhaltens im Zusammenhang mit dem illegal betriebenen Gewehr- und Pistolschießstand Sankt Erhard/Breitenau (3060);

Antrag des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Erstellung eines Energiegutachtens für die Bauvorhaben der STEWEAG, da die beabsichtigten Ausgaben von 600 Millionen Schilling für das winterenergiearme Kraftwerk Fisching dringend für die Abwärmenutzung von Werdorf II und Mellach von rund 500 Megawatt im Sinne zeitgemäßer Umwelt- und Energiepolitik investiert werden sollten;

Antrag des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Sperre von Schießplätzen und Schießstätten, insbesondere von Wurftaubenschießständen, auf Grund unzumutbarer Lärmbelastigungen und gesundheitlicher Gefährdung (3060).

1. c) Mitteilungen:

Beantwortung der Anfragen der Abg. Mag. Rader, Weilharter, Dipl.-Ing. Dr. Korber und Kammländer durch Landeshauptmann Dr. Josef Krainer und Landesrat Dr. Dieter Strenitz (3062).

2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1045/1, betreffend den Verkauf des Nutzungsrechtes im Haus Bürgergasse 2 und 2a an das Bischöfliche Ordinariat.

Berichterstatter: Abg. Kanape (3062).

Beschlußfassung (3062).

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1048/1, betreffend die Gewährung eines Investitionskostenzuschusses im Zusammenhang mit der Errichtung eines Assembling-Werkes in Graz-Thondorf per maximal 433.256.670 Schilling zugunsten der Firma Eurostar Ges. m. b. H. & Co. KG., 8041 Graz.

Berichterstatter: Abg. Dr. Dorfer (3062).

Redner: siehe Tagesordnungspunkt 4.

Beschlußfassung (3073).

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1054/1, betreffend den Bericht über die haushaltmäßigen Belange der Förderung des Landes Steiermark der Errichtung eines Assembling-Werkes in Graz-Thondorf durch die Firma Eurostar Ges. m. b. H. & Co. KG.

Berichterstatter: Abg. Rainer (3063).

Redner zu den Tagesordnungspunkten 3 und 4: Abg. Mag. Rader (3063), Abg. Ing. Stoisser (3064), Abg. Kammländer (3066), Abg. Gennaro (3067), Abg. Schützenhöfer (3068), Abg. Hammer (3070), Abg. Dr. Dorfer (3070), Landesrat Klasnic (3071).

Beschlußfassung (3073).

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1049/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1990 (2. Bericht für das Rechnungsjahr 1990).

Berichterstatter: Abg. Kanape (3073).

Beschlußfassung (3074).

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1050/1, über die Nachbedeckung des Zuschusses für den laufenden Aufwand der Vereinigten Bühnen sowie des Zuschusses an das Grazer Philharmonische Orchester durch Aufnahme von zusätzlichen Darlehen.

Berichterstatter: Abg. Kanape (3074).

Redner: Abg. Ussar (3074).

Beschlußfassung (3074).

7. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 634/3, zum Antrag der Abgeordneten Schrittwieser, Meyer, Sponer, Erhart und Genossen, betreffend die Förderung eines Berufsforschungszentrums in Kapfenberg.

Berichterstatter: Abg. Rainer (3075).

Redner: Abg. Schrittwieser (3075).

Beschlußfassung (3076).

8. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 888/3, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Rader, Weilharter, Kammländer und Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Umwidmung der im Budget 1989 vorgesehenen 40 Millionen Schilling für das KVA-Verfahren für private Betriebsansiedlungsprojekte beziehungsweise zur Aufstockung der Wirtschaftsmilliarde und damit für Klein- und Mittelbetriebe.

Berichterstatter: Abg. Dr. Dorfer (3076).

Redner: siehe Tagesordnungspunkt 9.

Beschlußfassung (3091).

9. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 888/4, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Rader, Weilharter, Kammländer und Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Umwidmung der im Budget 1989 vorgesehenen 40 Millionen Schilling für das KVA-Verfahren für private Betriebsansiedlungsprojekte beziehungsweise zur Aufstockung der Wirtschaftsmilliarden und damit für Klein- und Mittelbetriebe.
Berichterstatter: Abg. Dr. Dorfer (3076).
Redner zu den Tagesordnungspunkten 8 und 9: Abg. Ussar (3076), Abg. Kollmann (3077), Abg. Weilharter (3079), Abg. Vollmann (3080), Abg. Prof. Dr. Eichtinger (3082), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (3084), Abg. Hammer (3087), Abg. Kammländer (3088), Abg. Rainer (3089), Landesrat Klasnic (3089).
Beschlussfassung (3091).
10. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 354/7, zum Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Kirner, Rainer, Vollmann und Genossen, betreffend die Erlassung von Datenschutzverordnungen für die Behörden, Dienststellen und Ämter des Landes Steiermark.
Berichterstatter: Abg. Vollmann (3091).
Beschlussfassung (3091).
11. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 874/3, zum Antrag der Abgeordneten Kammländer, betreffend die Novellierung der Bestimmung des Paragraphen 26 Absatz 3 des Landesrechnungshof-Verfassungsgesetzes.
Berichterstatter: Abg. Kammländer (3091).
Redner: Abg. Kammländer (3092).
Beschlussfassung (3092).
12. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 839/4, zum Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Trampusch, Gottlieb, Herrmann, Vollmann und Genossen, betreffend die rasche Inangriffnahme der Errichtung von Schallschutzeinrichtungen im Bereich des Kilometers 25,0 bis Kilometer 25,3 links der B 76, Radlpaßstraße.
Berichterstatter: Abg. Kohlhammer (3092).
Beschlussfassung (3092).
13. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 542/5, zum Antrag der Abgeordneten Gennaro, Erhart, Dr. Ficzkó, Freitag, Gottlieb, Hammer, Herrmann, Kohlhammer, Meyer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schrittwieser, Sponer, Trampusch, Ussar, Vollmann, Zdarsky und Zellnig, betreffend die Anhebung der Bruttoeinkommensgrenzen bei der Pendlerbeihilfe.
Berichterstatter: Abg. Freitag (3092).
Redner: Abg. Kohlhammer (3093).
Beschlussfassung (3094).
14. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 545/5, zum Antrag der Abgeordneten Freitag, Ussar, Minder, Vollmann und Genossen, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Pflichtschulerhaltungsgesetzes.
Berichterstatter: Abg. Freitag (3094).
Beschlussfassung (3094).
15. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 914/6, zum Beschluß Nr. 567 des Steiermärkischen Landtages vom 7. Dezember 1989 über den Antrag der Abgeordneten Kanduth, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Freitag, Ussar und Mag. Rader, betreffend die Errichtung einer Höheren Technischen Lehranstalt im Bezirk Liezen.
Berichterstatter: Abg. Prof. DDr. Steiner (3095).
Redner: Abg. Schoiswohl (3095).
Beschlussfassung (3095).
16. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, Einl.-Zahl 926/3, Beilage Nr. 91, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 926/1, Beilage Nr. 76, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Landarbeiterkammergesetz 1981 geändert wird.
Berichterstatter: Abg. Neuhold (3095).
Redner: Abg. Schrammel (3096), Abg. Zellnig (3097), Abg. Mag. Rader (3097), Abg. Purr (3100), Abg. Schützenhöfer (3101), Abg. Rainer (3102).
Beschlussfassung (3103).
17. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 581/4, zum Antrag der Abgeordneten Meyer, Zdarsky, Schoiswohl, Schrittwieser, Minder und Genossen, betreffend die Beseitigung der unhaltbaren Zustände in der Pelztierfarm in Maria-trost.
Berichterstatter: Abg. Herrmann (3103).
Redner: Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (3103).
Beschlussfassung (3105).
18. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 597/3, zum Antrag der Abgeordneten Kammländer, betreffend die Änderung der Veröffentlichung des täglichen Luftgüteberichtes im Hinblick auf eine detaillierte Darstellung der Halbstundemittelwerte beziehungsweise Tagesmittelwerte in absoluten und relativen Zahlen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung.
Berichterstatter: Abg. Kammländer (3105).
Redner: Abg. Kammländer (3105), Abg. Dr. Maitz (3106), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (3106), Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (3109).
Beschlussfassung (3109).
19. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 887/3, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Prof. DDr. Steiner, Kollmann und Kanduth, betreffend die Vorlage eines Berichtes über die Überprüfung aller obersteirischer Gewässer, inwieweit durch Maßnahmen der Wildbachverbauung der Schutz der Bevölkerung vergrößert wird.
Berichterstatter: Abg. Kröll (3109).
Redner: Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (3109).
Beschlussfassung (3110).
20. Bericht des Kontroll-Ausschusses, Einl.-Zahl 1076/1, über den Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 95, betreffend die Überprüfung der Steirischen Gesellschaft für Gesundheitsschutz.
Berichterstatter: Abg. Gennaro (3110).
Redner: Abg. Kammländer (3110), Abg. Mag. Rader (3113), Abg. Dr. Pfohl (3121), Abg. Gennaro (3129), Abg. Dr. Hirschmann (3137), Abg. Trampusch (3139), Abg. Schützenhöfer (3140), Abg. Rainer (3142), Abg. Dr. Lopatka (3143), Abg. Mag. Rader (3144), Abg. Dr. Maitz (3145), Abg. Gennaro (3145), Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth (3146).
Beschlussfassung (3148).

Beginn der Sitzung: 10.06 Uhr.

Präsident Wegart! Hohes Haus!

Heute findet die 38. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden XI. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind die Abgeordneten Pörtl, Dr. Ficzkó und Franz Ofner.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Folgende Geschäftsstücke liegen heute auf, die ich wie folgt zuweise:

der Landesregierung:

den Antrag, Einl.-Zahl 1059/1, der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Dr. Lopatka, Dr. Hirschmann und Univ.-Prof. Dr. Schilcher, betreffend Ergänzung des Leistungskatalogs der Gebietskrankenkasse;

den Antrag, Einl.-Zahl 1060/1, der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Dr. Hirschmann, Schützenhöfer und Bacher, betreffend die weitere Errichtung von Pollenfallen;

den Antrag, Einl.-Zahl 1061/1, der Abgeordneten Prof. DDr. Steiner, Prof. Dr. Eichinger, Dr. Maitz und Pinegger, betreffend die Forderungen der steirischen Schulbibliothekare;

den Antrag, Einl.-Zahl 1062/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Prof. DDr. Steiner, Pinegger und Prof. Dr. Eichinger, betreffend die Teilzeit für pragmatisierte Lehrerinnen und Lehrer;

den Antrag, Einl.-Zahl 1063/1, der Abgeordneten Trampusch, Kanape, Minder, Schoiswohl und Genossen, betreffend die Durchsetzung eines Rauchverbotes in öffentlichen Gebäuden und Ämtern;

den Antrag, Einl.-Zahl 1064/1, der Abgeordneten Trampusch, Heibl, Franz Ofner, Gennaro, Minder, Kanape und Genossen, betreffend die rasche und genaue Untersuchung der erhöhten Krebssterblichkeit in einigen steirischen Regionen;

den Antrag, Einl.-Zahl 1065/1, der Abgeordneten Trampusch, Heibl, Schrittwieser, Freitag und Genossen, betreffend die besondere Förderung jener Forschungsvorhaben, die eine bessere Entnitrifizierung des Grundwassers zum Inhalt haben;

den Antrag, Einl.-Zahl 1066/1, der Abgeordneten Trampusch, Kanape, Minder, Dr. Ficzkó, Schrittwieser und Genossen, betreffend die Erlassung eines landesweiten Verbotes des Abbrennens von Wiesen, Hecken, Bahndämmen und so weiter;

den Antrag, Einl.-Zahl 1067/1, der Abgeordneten Trampusch, Heibl, Kohlhammer, Reicher, Minder und Genossen, betreffend die Errichtung eines entsprechenden Lärmschutzes entlang der Pyhrnautobahn im Bereich der Gemeinden Gabersdorf und Vogau, Bezirk Leibnitz;

den Antrag, Einl.-Zahl 1068/1, der Abgeordneten Kohlhammer, Trampusch, Erhart, Freitag, Vollmann, Reicher und Genossen, betreffend die Erlassung eines Entwicklungsprogrammes für das Verkehrswesen;

den Antrag, Einl.-Zahl 1069/1, der Abgeordneten Minder, Meyer, Schoiswohl, Günther Ofner, Kanape, Rainer und Genossen, betreffend die Reduzierung der Bettenanzahl der Landesjugendheime und Umschichtung der finanziellen Mittel zur Betreuung im Rahmen der sozialen Dienste;

den Antrag, Einl.-Zahl 1070/1, der Abgeordneten Trampusch, Franz Ofner, Kanape, Minder, Gennaro und Genossen, betreffend die weitere Ausgabe von Schulmilch in Milchflaschen;

den Antrag, Einl.-Zahl 1071/1, der Abgeordneten Minder, Ussar, Meyer, Heibl, Schoiswohl, Erhart, Kanape, Trampusch und Genossen, betreffend ein Verbot der Werbung für Brutalspielzeug;

dem Finanz-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 846/4, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Förderung des Einbaues von Abgasrückführungssystemen;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 882/3, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Hirschmann, Dr. Maitz, Schützenhöfer und Dr. Dorfer, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Parkgebührengesetzes;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1074/1, über den Verkauf des Grundstückes Nr. 947, LN EZ. 1065, GB. 02300, Landtafel Steiermark in Graz-Messendorf an die Stadtgemeinde Graz im Ausmaß von 85.589 Quadratmeter zum Preis von 47.501.895 Schilling;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1075/1, betreffend den Verkauf des Personalwohnhauses der Steiermärkischen Landesbahnen in Murau, Monspergstraße 18, an die Ehegatten Anton und Edeltraud Kühr, Graz, Hans-Auer-Gasse 4 a, samt einer zugehörigen Grundfläche im Ausmaß von insgesamt 1556 Quadratmeter zum Gesamtpreis von 1.180.000 Schilling;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1002/4, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend Umwidmung der im Budget für das Jahr 1990 vorgesehenen Mittel für das KVA-Verfahren zur Aufstockung von Förderungsmaßnahmen für Klein- und Mittelbetriebe;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1078/1, betreffend den Verkauf der EZ. 597, KG. Gries, zum Preis von 11.330.000 Schilling an die Aral Austria Ges. m. b. H., 8010 Graz, Steyrergasse 103, beziehungsweise Einräumung einer Option für die Dauer von 30 beziehungsweise 36 Monaten;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1079/1, betreffend die Übernahme der Behandlungskosten für einen rumänischen Buben sowie Genehmigung der Bedeckung des dafür erforderlichen Betrages in Höhe von 1.000.000 Schilling durch Aufnahme von zusätzlichen Darlehen;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1080/1, über die Bedeckung einer außerplanmäßigen Ausgabe in der Höhe von 1.500.000 Schilling bei der apl. Vst. 1/426015-7670 „Flüchtlingshilfe, Beiträge an private Organisationen“ durch Aufnahme von zusätzlichen Darlehen;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1081/1, über die Bedeckung einer überplanmäßigen Ausgabe gegenüber dem Landesvoranschlag 1990 (3. Bericht für das Rechnungsjahr 1990);

dem Ausschuß für Jugend,
Familie und Konsumentenschutz:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1077/1, Beilage Nr. 92, Gesetz über die Jugendwohlfahrtspflege in Steiermark;

dem Ausschuß für Land- und
Forstwirtschaft:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahlen 818/5 und 914/8, zum Antrag der Abgeordneten Buchberger, Neuhold, Schrammel, Fuchs, Schwab, Pußwald, Grillitsch und Schweighofer, betreffend die Abschaffung der Saatmaisabgabe ab dem Wirtschaftsjahr 1989/90, Einl.-Zahl 818/5, und zum Beschluß Nr. 579 des Steiermärkischen Landtages vom 7. Dezember 1989 über den Antrag der Abgeordneten Schrammel, Grillitsch, Buchberger und Pußwald, betreffend die ehebedingste Abschaffung der Saatmaisabgabe;

dem Sozial-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 764/3, zum Antrag der Abgeordneten Kammländer, betreffend die Erhebung des finanziellen Bedarfes von bestehenden und künftig zu errichtenden Sozialprojekten in der Steiermark sowie deren dauerhafte und angemessene Dotierung;

dem Ausschuß für Umweltschutz:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 486/5, zum Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Feststellung der Verwirkung des Rodungsbescheides der MDH Halbenrain und die Wiederaufforstung der Rodung beziehungsweise Schlägerung im Murwald;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 488/5, zum Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Feststellung der Verwirkung des Rodungsbescheides der MV Müllverwertungs-Ges. m. b. H. und die Wiederaufforstung der Rodung beziehungsweise Schlägerung im Kaiserwald;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 575/3, zum Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Stilllegung des kalorischen Kraftwerkes in der Grazer Puchstraße bis zur Rechtskraft der gewerberechtl. Bewilligung;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 847/6, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Ausarbeitung eines Ozonalarmpplanes;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 941/3, zum Antrag der Abgeordneten Günther Ofner, Freitag, Herrmann, Hammer und Genossen, betreffend die Anhebung der Landesförderung für Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen im Bundesland Steiermark;

dem Verfassungs-, Unvereinbarkeits-
und Immunitäts-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 604/6, zum Antrag der Abgeordneten Trampusch, Kohlhammer, Freitag, Günther Ofner und Genossen, betreffend die Zuweisung von qualifiziertem Personal an die Rechtsabteilung 3 und die Fachabteilung III c der Landesbaudirektion;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 910/6, zum Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Trampusch, Kanape, Minder, Gennaro, Günther Ofner, Hammer und Genossen, betreffend Aufstockung des Personals für Agenden der Raumordnung in der Fachabteilung Ib und der Rechtsabteilung 3;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 991/4, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Ausstellung von Bescheiden bei der Vergabe von Schulleiterposten;

dem Ausschuß für Verkehr und
Infrastruktur:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 942/5, zum Antrag der Abgeordneten Hammer, Ussar, Schoiswohl, Schrittwieser und Genossen, betreffend die Verhängung eines Nachfahrverbotes ab 1. Dezember 1989 auf der B 115 von Leoben bis Steyr;

dem Volksbildungs-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 820/5, zum Antrag der Abgeordneten Göber, Dr. Rupp, Dr. Lopatka und Purr, betreffend den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) im theoretischen wie im praktischen Unterricht in den Berufsschulen der Steiermark;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 825/4, zum Antrag der Abgeordneten Harntodt, Neuhold, Fuchs und Freitag, betreffend die Errichtung einer fünfjährigen Höheren Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe in Feldbach;

dem Wirtschafts- und
Raumordnungs-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 63/12, zum Antrag der Abgeordneten Pinegger, Purr, Schützenhöfer, Klancic und Ing. Stoisser, betreffend die Schaffung eines regionalen Erholungsgebietes im Raum Köflach-Maria Lankowitz mit überregionalen Zielsetzungen;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 845/4, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Weltausstellung Wien-Budapest;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 976/4, zum Antrag der Abgeordneten Vollmann, Meyer, Günther Ofner, Zellnig und Genossen, betreffend die Förderung von Organisationen in der Tourismusbranche durch Wohnbauförderungsmittel;

Gegen diese Zuweisungen wird kein Einwand erhoben.

Folgende Anträge wurden eingebracht, die ich der geschäftsmäßigen Behandlung zuführe:

Antrag der Abgeordneten Kammländer, betreffend die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Paragraph 22 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages zur Aufklärung der politischen Verantwortung der gegen die Steirische Gesellschaft für Gesundheitsschutz erhobenen Vorwürfe und offenen Fragen.

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Antrag der Abgeordneten Kammlander, betreffend die sofortige Realisierung des Interimskonzeptes für die Heilpädagogische Abteilung des Landesnervenzentrums Graz, insbesondere die Schaffung von zusätzlichen 18 Dienstposten, die den im Konzept geforderten Qualifikationen Rechnung tragen, durch das Land Steiermark.

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Antrag der Abgeordneten Kammlander, betreffend eine grundlegende Reformierung der Verwaltung auf Bezirksebene (Demokratisierung der Bezirksverwaltung).

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Antrag der Abgeordneten Kammlander, betreffend die Absetzung des Bezirkshauptmannes von Bruck an der Mur, Herrn Hofrat Dr. Pittner, wegen rechtswidrigen Verhaltens im Zusammenhang mit dem illegal betriebenen Gewehr- und Pistolenschießstand Sankt Erhard/Breitenau.

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Unterstützung gefunden.

Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Beteiligung des Landes am Musterprojekt für die Sumpfbiber in Graz-Mariatrost;

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Förderung von Solaranlagen in der Steiermark zur Einsparung fossiler umweltfeindlicher Energie.

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Erstellung eines Energiegutachtens für die Bauvorhaben der STEWEAG, da die beabsichtigten Ausgaben von 600 Millionen Schilling für das winterenergiearme Kraftwerk Fisching dringend für die Abwärmenutzung von Werndorf II und Mellach von rund 500 Megawatt im Sinne zeitgemäßer Umwelt- und Energiepolitik investiert werden sollten.

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Unterstützung gefunden.

Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die raschere und ernsthaftere Behandlung von Landtagsanträgen im Sinne der allgemeinen Verwaltungsvorschriften.

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Sperre von Schießplätzen und Schießständen, insbesondere von Wurftaubenschießständen, auf Grund unzumutbarer Lärmbelästigungen und gesundheitlicher Gefährdung.

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Unterstützung gefunden.

Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Untersagung des VOEST-Sondermüllprojektes am Erzberg im Sinne der Wahrung der Landeskultur und Erhaltung des steirischen Symbols durch das Land, nämlich den steirischen Erzberg vor dem Sondermüllberg zu bewahren.

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend das Verbot von Werbung und Verteilung für fluorhaltige Präparate und Kosmetika (Zahnpasten und anderes) in steirischen Schulen und Kindergärten.

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Antrag der Abgeordneten Meyer, Erhart, Dr. Ficzko, Freitag, Gennaro, Hammer, Heibl, Herrmann, Kanape, Kohlhammer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schoiswohl, Schrittwieser, Sponer, Trampusch, Ussar, Vollmann und Zellnig, betreffend die Schaffung gesetzlicher Bestimmungen für Tagesmutterprojekte;

Antrag der Abgeordneten Meyer, Erhart, Dr. Ficzko, Freitag, Gennaro, Hammer, Heibl, Herrmann, Kanape, Kohlhammer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schoiswohl, Schrittwieser, Sponer, Trampusch, Ussar, Vollmann und Zellnig, betreffend die Schaffung eines gesetzlichen Anspruches auf Kinderbetreuungsbeihilfe;

Antrag der Abgeordneten Minder, Erhart, Dr. Ficzko, Freitag, Gennaro, Hammer, Heibl, Herrmann, Kanape, Kohlhammer, Meyer, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schoiswohl, Schrittwieser, Sponer, Trampusch, Ussar, Vollmann und Zellnig, betreffend die Förderung privater Kindergruppen durch das Land Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Meyer, Minder, Schoiswohl, Kanape, Sponer, Erhart, Freitag, Schrittwieser und Genossen, betreffend die Novellierung des Krankenpflegegesetzes und die bessere Förderung bestehender und die Schaffung neuer Einrichtungen für die Aus- und Weiterbildung von Betreuungs- und Pflegepersonal für behinderte und alte Menschen in der Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Sponer, Erhart, Meyer, Minder, Kanape, Schrittwieser, Freitag und Genossen, betreffend die Ausgliederung der vier Landesaltenpflegeheime aus der Landesverwaltung;

Antrag der Abgeordneten Schoiswohl, Minder, Meyer, Sponer, Erhart, Freitag, Schrittwieser und Genossen, betreffend die gesetzliche Verankerung der Bewilligungspflicht für alle Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen in der Steiermark durch die Landesregierung;

Antrag der Abgeordneten Erhart, Kanape, Schrittwieser, Minder, Sponer, Meyer, Schoiswohl und Genossen, betreffend die Installierung eines Ombudsmannes für alte und pflegebedürftige Menschen in der Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Schrittwieser, Sponer, Schoiswohl, Minder, Kanape, Freitag, Erhart und Genossen, betreffend die Einstellung einer Fachkraft für alten- und behindertengerechtes Bauen in der Rechtsabteilung 9;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Rainer, Gennaro, Kanape, Reicher und Genossen, betreffend die rasche Durchführung von Lärmschutz- und Anrainerschutzmaßnahmen sowie die Sanierung mangelhafter Unterkünfte des Bundesheeres;

Antrag der Abgeordneten Zellnig, Meyer, Minder, Herrmann, Kanape, Schoiswohl, Kohlhammer und Genossen, betreffend die Gleichstellung der Neben-

erwerbsbauern mit den Vollerwerbsbauern hinsichtlich einer Befreiung vom Präsenzdienst;

Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Zellnig, Freitag, Hammer und Genossen, betreffend die bessere Dotierung der steirischen Förderungsaktion für regional eigenständige Initiativen (STEFREI);

Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Trampusch, Heibl, Freitag und Genossen, betreffend Erstellung eines Sachprogrammes für Grenzlandentwicklung;

Antrag der Abgeordneten Schoiswohl, Vollmann, Reicher, Ussar, Sponer, Schrittwieser, Erhart und Genossen, betreffend die bessere Dotierung der Trachtenvereine im Landesbudget;

Antrag der Abgeordneten Gennaro, Kohlhammer, Reicher, Minder und Genossen, betreffend die rasche Vorlage eines Verordnungsentwurfes für Berufsschulzeiterweiterung;

Antrag der Abgeordneten Vollmann, Gennaro, Schrittwieser, Erhart, Heibl, Günther Ofner und Genossen, betreffend den raschen Bau der S 6 in den Gemeinden Schottwien, Semmering und Spital am Semmering;

Antrag der Abgeordneten Weilharter und Mag. Rader, betreffend umfassende Ausbildung der Forstwirte.

Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Kröll, Schrammel und Pußwald, betreffend die Errichtung von Bezirkssozialringen;

Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Kröll, Schrammel und Pußwald, betreffend die Erstellung von bezirksspezifischen Altersvorsorgeprogrammen durch die Landesregierung in Zusammenarbeit mit den Sozialhilfverbänden und privaten Wohlfahrtseinrichtungen unter Zugrundelegung des Gesundheits- und Sozialplanes für die Steiermark und der von der Bundesregierung geplanten Gesundheits- und Sozialsprengel;

Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Dr. Kalnoky, Pußwald und Schrammel, betreffend die Schaffung eines Beirates für Soziale Innovation und Netzwerke beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung;

Antrag der Abgeordneten Pußwald, Grillitsch, Kollmann und Bacher über die Errichtung eines Radweges in Aichfeld-Murboden;

Antrag der Abgeordneten Bacher, Grillitsch, Pußwald und Dr. Dorfer, betreffend die Übernahme der auf die Murauer Frauenalpe führenden Privatstraße durch das Land Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Bacher, Dr. Dorfer, Grillitsch und Pußwald, betreffend die Errichtung einer dislozierten Klasse der Musikschule Murau in Sankt Peter am Kammersberg;

Antrag der Abgeordneten Schrammel, Neuhold, Göber und Purr, betreffend Einführung eines Karenzgeldes für Bäuerinnen und Selbständige.

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer den Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Ich teile dem Hohen Haus mit, daß Herr Landeshauptmann Dr. Josef Krainer die Anfrage der Abgeordneten Mag. Rader, Weilharter, Dipl.-Ing. Dr. Korber und Kammlander, betreffend Dienstwagen, schriftlich beantwortet hat.

Ebenso hat Herr Landesrat Dr. Dieter Strenitz die Anfrage der Abgeordneten Kammlander, Dipl.-Ing. Dr. Korber, Mag. Rader und Weilharter, betreffend die problematische Zwangsanhaltung beziehungsweise Zwangsüberstellungen von Personen in psychiatrische Anstalten, schriftlich beantwortet.

Ich teile dem Hohen Haus mit, daß der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 926/1, Beilage Nr. 76, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Landarbeiterkammergesetz 1981 geändert wird, mit wesentlichen Änderungen und Ergänzungen beschlossen hat.

Das Ergebnis dieser Beratungen ist als schriftlicher Bericht in der heute aufgelegten gedruckten Beilage Nr. 91 enthalten. Diese Vorlage ist als Tagesordnungspunkt 16 auf die heutige Tagesordnung gesetzt.

Gemäß Paragraph 31 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ist, da diese Beilage erst heute aufgelegt werden konnte, die Abstandnahme von der 24stündigen Auflegungsfrist notwendig.

Ich ersuche die Damen und Herren, welche damit einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 27 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages über und komme nun zum Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1045/1, betreffend den Verkauf des Nutzungsrechtes im Haus Bürgergasse 2 und 2a an das Bischöfliche Ordinariat.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Kanape. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kanape (10.20 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Ihnen vorliegende Regierungsvorlage zeigt den Ablauf der Verhandlungen, betreffend den Verkauf des Nutzungsrechtes im Haus Bürgergasse 2 und 2a an das Bischöfliche Ordinariat, detailliert auf und stellt den gegenüber der Vorlage geänderten Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen, den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über die Verhandlungen mit der Diözese Graz-Seckau über die Aufgabe des Nutzungsrechtes im Haus Bürgergasse 2 und 2a zur Kenntnis zu nehmen sowie die Aufgabe des Nutzungsrechtes im Haus Bürgergasse 2 und 2a gegen eine Ablösesumme von 18,3 Millionen Schilling zu genehmigen.

Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich um Zustimmung. (10.21 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Bei den Tagesordnungspunkten 3 und 4 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hohen Haus vertretenen politischen Parteien vor, diese beiden Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1048/1, betreffend die Gewährung eines Investitionskostenzuschusses im Zusammenhang mit der Errichtung eines Assembling-Werkes in Graz-Thondorf per maximal 433,256.670 Schilling zugunsten der Firma Eurostar Ges. m. b. H. & Co. KG., 8041 Graz,

ist Berichterstatter der Herr Abgeordnete Dr. Leopold Johann Dorfer, dem ich das Wort erteile.

Abg. Dr. Dorfer (10.22 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es handelt sich hier um die Regierungsvorlage, betreffend die Gewährung eines Investitionskostenzuschusses im Zusammenhang mit der Errichtung eines Assembling-Werkes in Graz-Thondorf per maximal 433,256.670 Schilling zugunsten der Firma Eurostar Ges. m. b. H. & Co. KG. in Graz.

Gemäß den Ausbauphasen des Projektes werden unmittelbar insgesamt folgende Arbeitsplätze geschaffen:

In den Phasen I und II 1200 Beschäftigte, in der Phase III 2250 und in der Phase IV 4150 Beschäftigte.

Die Investitionskosten für die Phasen I und II werden voraussichtlich nach folgendem Zeitplan anfallen:

Im Jahre 1990 1047 Millionen Schilling, im Jahre 1991 820 Millionen Schilling und im Jahre 1992 235 Millionen Schilling.

Im Hinblick auf die Haushaltsbelastung kann davon ausgegangen werden, daß entsprechend diesen Investitionen 33 Prozent der Kosten von der öffentlichen Hand, und davon wiederum vom Land Steiermark ein Anteil in der Höhe von 30,3 Prozent, zu tragen sind. Bei obigem Investitionsplan ergibt sich eine Haushaltsbelastung im Jahr 1990 von rund 104,689.530 Schilling, im Jahr 1991 von rund 81,991.800 Schilling, und im Jahr 1992 werden es 23,497.650 Schilling sein.

Meine Damen und Herren, namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, die Gewährung eines Investitionskostenzuschusses in der Höhe von 433,256.670 Schilling an die Firma Eurostar Ges. m. b. H. & Co. KG. zur teilweisen Finanzierung der Kosten, die im Zusammenhang mit der Errichtung eines Assembling-Werkes in Graz-Thondorf entstehen, zu genehmigen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Präsident: Zum Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1054/1, betreffend den Bericht über die haushaltsmäßigen Belange der För-

derung des Landes Steiermark der Errichtung eines Assembling-Werkes in Graz-Thondorf durch die Firma Eurostar Ges. m. b. H. & Co. KG.,

ist Berichterstatter der Herr Abgeordnete Karl Rainer, dem ich das Wort zur Berichterstattung erteile.

Abg. Rainer (10.24 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bei dieser Vorlage handelt es sich um das korrespondierende Stück für die haushaltmäßige Vorsorge der notwendigen Beträge für die Investitionen für die Phasen, wie sie bereits vorgetragen wurden.

Ich werde mich daher darauf beschränken, nur die Antragsformel zu verlesen:

Der Bericht über die haushaltmäßigen Belange der Förderung des Landes Steiermark der Errichtung eines Assembling-Werkes in Graz-Thondorf durch die Firma Eurostar Ges. m. b. H. sowie die Bereitstellung des Mittelbedarfes 1990 durch Aufnahme von Darlehen beziehungsweise Kreditoperationen im Sinne des Punktes 9 des Landtagsbeschlusses Nr. 581 vom 7. Dezember 1989 über den Landesvoranschlag 1990 werden genehmigend zur Kenntnis genommen.

Die aus dem Gesamtvolumen der Förderung sich ergebenden Vorbelastungen der Jahre 1991 bis 2000 in der Höhe von 328,567.140 Schilling werden genehmigt und sind in den jeweiligen Landesvoranschlägen zu berücksichtigen.

Ich beantrage die Annahme der Vorlage. (10.25 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag Rader (10.25 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Es ist wahrscheinlich wohl ein Treppenwitz der Geschichte, daß nach einem Wahlkampf für eine Kammerwahl, und zwar Handelskammerwahl, in dem der Österreichische Wirtschaftsbund deutlich und unüberhörbar Kritik an diesem Stück geäußert hat, nun der Kammeramtspräsident als Berichterstatter für ein Stück auftritt, das die Chefin des Steirischen Wirtschaftsbundes selbst (Abg. Dr. Dorfer: „Wir waren immer dafür!“) in der Landesregierung beantragt hat. Und diese Kritik, die wohl unüberhörbar war, wurde auch von den Spitzen geäußert, allerdings zu einem Zeitpunkt, wo es möglicherweise noch die Wahlen hätte beeinflussen können. Sie ist nicht geglaubt worden, Herr Kollege Dr. Dorfer, und daher (Abg. Dr. Dorfer: „Niemand hat sich dagegen ausgesprochen. Das sind Unterstellungen!“) hat es auch die Wahlen beeinflusst.

Und es hat in diesem Haus, solange ich es verfolge – seit siebeneinhalb Jahren als Mitglied dieses Hauses und vorher zum Teil von der Journalistenbank aus –, sehr viel Kritik seitens der ÖVP an einer Aussage des seinerzeitigen Bundeskanzlers Dr. Kreisky gegeben, der Anfang der siebziger Jahre gesagt hat, daß ihm ein paar Milliarden Schulden viel weniger Sorgen machen als einige Arbeitsplätze weniger. Wenn man die Debatte in den letzten Monaten um diese Ansiedlung in Graz-Thondorf verfolgt, dann muß man den Schluß ziehen, daß diese Formel, diese geheimnisvolle, zauberhafte Formel, daß ein paar Milliarden Schulden

weniger tragisch sind als ein paar Arbeitsplätze weniger, wenn sich auch der damalige Bundeskanzler schon längst in die Pension in Mallorca zurückgezogen hat, ihren Zauber noch nicht verloren hat und – das ist das Interessante an der Situation – sich sogar die Österreichische Volkspartei dieser Zauberformel auch zu Beginn der neunziger Jahre noch nicht entziehen kann, weil alle Argumentationen, die wir gehört haben, im Endeffekt auf dasselbe hinausgehen. Es nutzt sie sogar der Kollege Dorfer, der einer der härtesten Kritiker dieser Grundaussage war, die uns wahrlich – und da gebe ich deinen Aussagen von damals recht – in Österreich genug politische und wirtschaftliche Probleme eingebracht hat, daß sogar der Herr Kollege Dr. Dorfer schon im ersten Satz seiner Berichterstattung mit den Arbeitsplatzziffern beginnt, und nicht mit den wirtschaftlichen Entwicklungen und Erfolgen.

Meine verehrten Damen und Herren, in der ersten Euphorie um das Aufkommen dieser möglichen Investition in Graz habe ich noch verstanden, daß sich die meisten dieser Zauberformel nicht haben entziehen können, weil damals noch viele andere Hoffnungen im Raum gestanden sind. Da ist die Hoffnung im Raum gestanden, daß die steirische klein- und mittelständische Wirtschaft durch Zulieferungsaufträge einen wirklichen Auftragsboom erleben wird, da ist die Hoffnung noch im Raum gestanden, daß alle unsere Arbeitsplatzprobleme mit einem Schlag plötzlich erledigt werden. Auch die Frau Landesrat Klasnic hat in ihrer Anfragebeantwortung ja darauf hingewiesen, daß dieses Werk weit über die Region Graz hinaus arbeitsmarktansaugend wirken wird. (Abg. Dr. Dorfer: „Das stimmt nicht!“) Ja, es stimmt. Dieses kommende Werk saugt jetzt schon Arbeitsplätze und Arbeitskräfte ab, und zwar genau diejenigen Arbeitskräfte, lieber Herr Kollege Dr. Dorfer, die in der Steiermark ohnehin so rar sind: Die Facharbeiter, um die die steirischen Betriebe kämpfen, die oststeirischen Betriebe kämpfen, die sie überhaupt nicht kriegen können, werden jetzt diesen oststeirischen Betrieben durch ein Lohnniveau noch abgeworben, das natürlich höher ist, als es diese klein- und mittelständischen Betriebe jemals bezahlen werden können.

Somit stellt sich schon jetzt heraus, wo noch nicht einmal g'scheit die Grundmauern dieses Werkes stehen, daß damit der klein- und mittelständischen Wirtschaft in der Steiermark mehr Schaden zugefügt worden ist, als diese Wirtschaftspolitik in dieser Landesregierung ihr je in der Vergangenheit zufügen hat können. (Abg. Dr. Dorfer: „Also bitte, das ist unsinnig! Das ist nackte Polemik!“)

Meine verehrten Damen und Herren, nachdem die Euphorie abgeklungen ist, hat sich herausgestellt, daß diese Großinvestition der kleinen und mittelständischen Wirtschaft in der Steiermark großen Schaden zufügen wird.

Meine verehrten Damen und Herren! Es ist keine Rede davon und nirgends abgesichert – (Abg. Dr. Dorfer: „Keine Rede davon. Die Arbeitskraftprobleme werden wir auch noch lösen!“) Hau nicht so auf den Tisch, rede dann, wenn du möchtest. Noch einmal: Es ist keine Rede davon – Kollege Dr. Dorfer, und du kennst die Unterlagen viel besser als ich, und daher müßtest du es viel besser wissen –, daß die Zulieferun-

gen aus dem steirischen Raum wirklich so abgesichert sind, daß sie stattfinden müssen. (Abg. Dr. Dorfer: „Nichts ist abgesichert in dieser Wirtschaft!“) Jawohl, nichts ist abgesichert, lieber Kollege Dr. Dorfer. Nichts ist abgesichert, wovon die Steiermark jemals profitieren könnte. Somit ist auch dieser Hoffnungspunkt, der damals in den Raum gestellt worden ist, in der Zwischenzeit erledigt, und der Umweltreferent von Graz hat wenigstens noch versucht, im Puchwerk in Thondorf über die jetzigen Probleme hinaus Umweltauflagen unterzubringen. Ich glaube nicht, daß sie sich daran halten werden, aber er hat wenigstens den Versuch unternommen. Der steirische Umweltreferent der Landesregierung hat diesen Versuch gar nicht unternommen, obwohl wir genau wissen, daß dieses Werk dort im hohen Maße sanierungsbedürftig ist und daß, wenn schon eine große Investition erfolgt mit staatlichen Mitteln, daß diese Sanierungen hätten erfolgen können. (Abg. Dr. Dorfer: „Ein zweites OKI können wir uns nicht leisten, Herr Kollege!“)

Noch einmal: Der Grazer Referent hat es zumindest versucht, hat es vereinbart, ich glaube nur nicht, daß es funktionieren wird. Wie auch immer, er hat seine Zustimmung davon abhängig gemacht. Der steirische Referent hat es nicht einmal versucht. Was bleibt übrig, lieber Kollege Dr. Dorfer? Es bleibt das übrig, was du in diesem Haus sehr oft und zu Recht kritisiert hast: Ein Engagement wie bei General Motors, wo Milliardensummen hineingesteckt worden sind (Abg. Dr. Dorfer: „Viermal soviel bei General Motors in Wien. Das ist hier wesentlich weniger. Ein völlig falscher Vergleich!“) und das Ergebnis bei Gott nicht so ist, wie du dir das immer erhofft hast. Was bleibt wirklich übrig, Kollege Dr. Dorfer, wenn man sich die ganze Finanzierung anschaut, so wird in diesem Werk und in diesem Engagement kein einziger Dollar stecken, sondern nur österreichische Schillinge. Zum Teil österreichische Schillinge, die aus den Staatskassen kommen, sei es Bund, sei es Land, sei es Stadtgemeinde Graz, und den Rest wird der verstaatlichte österreichische Bankenapparat aufbringen. Von der Endkonzeption redet ohnehin keiner mehr ernsthaft, was realistisch ist und wovon auch die Träumer nur mehr träumen (Abg. Dr. Dorfer: „Das sind Märchen, die du hier erzählst!“), sind die ersten beiden Phasen dieser Chance. Kein einziger Dollar steckt in dieser Geschichte, sondern nur österreichische Schillinge, oder noch einmal: Das Risiko für diese Investition, die der klein- und mittelständischen Wirtschaft in der Steiermark abgehen wird, lieber Kollege Dr. Dorfer, trägt ausschließlich der österreichische Steuerzahler. (Abg. Schützenhöfer: „Das ist heute nackte Demagogie!“) Das ist die nüchterne Bilanz aus dieser Geschichte. Das ist alles, was übriggeblieben ist von dieser großen Euphorie, in die ihr euch sinnloserweise hineingesteigert habt, meine verehrten Damen und Herren. (Abg. Dr. Dorfer: „Die Bilanz wissen wir in fünf Jahren!“) Wenn man nicht der politischen Euphorie und dem Schlagzeilen-Nachlaufen huldigt, was ihr so deutlich getan habt in den letzten Monaten, sondern der Verantwortung gegenüber dieser Republik und den Bürgern, dann muß man zu dieser Investition und zu dieser Förderung nein sagen. (Abg. Dr. Dorfer: „Das wird uns nicht stören!“) Lieber Kollege Dr. Dorfer, wir werden zu diesen beiden Stücken nein sagen, weil wir es nicht verantworten können, daß eure Träume mit staatlichen

Geldern finanziert werden und dann als Flop enden. (Abg. Dr. Hirschmann: „Heute hat der Herr Weilharter dem Mag. Rader die Rede aufgesetzt!“ – Beifall bei der FPÖ. – 10.34 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Stoisser.

Abg. Ing. Stoisser (10.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich muß sagen, ich verstehe den Kollegen Rader nicht mehr. Als OKI auf der Tagesordnung war, hat er das genaue Gegenteil von dem behauptet hier in diesem Haus und in den Medien (Abg. Mag. Rader: „Überhaupt nicht!“), als heute über dieses Stück. (Abg. Trampusch: „Herr Kollege, wir waren die einzige Fraktion, die bei beiden Projekten dafür war!“) Ich möchte als erstes einmal festhalten, daß die Handelskammer Steiermark sich nie gegen dieses Chrysler-Projekt ausgesprochen hat. (Abg. Mag. Rader: „Das war der Wirtschaftsbund!“) Auch nicht. Bitte, das ist eine Unterstellung, das stimmt nicht. Mit dem Ausspruch Kreiskys hat das überhaupt nichts zu tun, weil die Dimensionen ganz andere sind, Herr Kollege. Die Zulieferer haben diese Chance. (Abg. Mag. Rader: „Noch ärger!“) Natürlich kann es auch danebengehen. Das ist bei jedem wirtschaftlichen Unternehmen so, aber die Verträge sind so, daß es normalerweise unbedingt eine gut funktionierende Sache werden kann. Schauen Sie sich den Vertrag an. (Abg. Mag. Rader: „Was ist denn abgesichert? Gar nichts!“) Es werden die Förderungen nur nach Baufortschritt und Produktionsfortschritt gegeben, und es sind auch Rückzahlungen im Vertrag drinnen, wenn die Bedingungen nicht eingehalten werden. (Abg. Mag. Rader: „Das kannst du beim Salzamt einklagen!“) Nun möchte ich zum Thema sachlich sprechen, nicht so polemisch wie du, lieber Kollege. Es wurde schon gesagt, über 4 Milliarden werden in vier Ausbaustufen investiert, und rund 4150 Beschäftigte sollen in der Endausbaustufe Arbeitsplätze finden und zusätzlich, und das ist im Vertrag festgehalten, 35 Prozent österreichische Wertschöpfung, das entspricht etwa 5000 weiteren Arbeitsplätzen. Das ist doch, bitte schön, eine Sache, die man nicht einfach vom Tisch wischen kann. Eurostar wird für den kompletten europäischen Automarkt in Graz gefertigt, und vor allen Dingen sind die Zulieferungen von großer Bedeutung. Es wird anläßlich dieses Baues Chrysler auch die Europazentrale in Graz einrichten und die Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen schaffen und von hier aus den europäischen Markt koordinieren. Es handelt sich hier nicht um ein ausländisches Unternehmen alleine, sondern Steyr ist mit 50 Prozent beteiligt; es ist also auch ein österreichisches Unternehmen.

Es werden von dieser Produktion rund 95 Prozent in den Export gehen, und somit wird unsere Außenhandelsbilanz ganz wesentlich aufge bessert. Warum wurde der Standort Graz gewählt, nachdem es in ganz Europa sehr viele Bewerbungen dafür gegeben hat? Es hat sich die Stadt Graz in den letzten Jahren als internationale Autostadt entwickelt. (Abg. Mag. Rader: „Sag das dem Edegger!“) Steyr Daimler Puch ist ein leistungsfähiger Partner und ist weltweit mit seiner Allradantriebstechnik bekannt. Wenn du Zeitung liest, kannst du sehen, mit wem Steyr jetzt mit dem Allrad-

antrieb kooperiert. (Abg. Mag. Rader: „Das kannst du dem Edegger sagen. Die Räder haben sie verkauft!“) Das ist eine zweite Sache, ich spreche jetzt vom Chrysler-Werk. Die Technische Universität in Graz ist ebenfalls mit ihrem Institut für Verbrennungskraftmaschinen unter Prof. Pischinger weltbekannt, und AVL List ist auch international ein Begriff in der Automobiltechnik, und das alles hat für Graz gesprochen. Außerdem haben wir verfügbare gewidmete und aufgeschlossene Industrieflächen im erforderlichen Ausmaß und ein verfügbares Arbeitskräftepotential. (Abg. Mag. Rader: „Im Facharbeiterbereich habt ihr es nicht!“) Das möchte ich hier jetzt eindeutig festhalten. Ich werde noch im Detail darauf zurückkommen. Nun wegen der Förderungen. Spanien hat zwei Drittel der Investitionssumme als Förderung angeboten, wenn dieses Werk in Spanien gebaut werden würde. Trotzdem ist Chrysler zu uns gekommen mit rund 30 Prozent Förderung.

Nun zum Arbeitsmarkt im besonderen. Wir haben derzeit noch immer 6,1 Prozent Arbeitslose in der Steiermark gegenüber rund 5 Prozent gesamtösterreichisch. (Abg. Mag. Rader: „Ich rede von den Facharbeitern!“) Das wird hier in diesem Haus immer wieder und auch von dir, lieber Freund Rader, und von allen Fraktionen beklagt. Nun ist diese hohe Arbeitslosenrate besonders in der Süd-, West- und Oststeiermark, also im unmittelbaren Einzugsbereich von Thondorf, da. Es wird auch in diesem Haus immer wieder diskutiert, daß dort so niedrige Einkommen und niedrige Löhne sind. Nun bietet sich die Chance einer verbesserten Einkommensmöglichkeit gerade für diese Gegend und auch für die Klein- und Mittelbetriebe an, wenn zusätzlich 4000 Arbeiter gut bezahlte Arbeitsplätze bekommen. (Abg. Mag. Rader: „Du saugst wieder das Grenzland leer. Das ist die falsche Politik, die in den letzten Jahren betrieben wird!“) Wart ein bißchen, ich werde dir das jetzt gleich genau auflisten, wie das nun tatsächlich ist mit dem Grenzlandleersaugen. Wir haben das Philips-Werk in Lebring, bitte schön. Da waren genau dieselben Bedenken – natürlich begründet – von den einzelnen Unternehmungen, von den kleinen und mittleren rundherum, und es hat auch eine Zeitlang Probleme gegeben. Heute sind wir froh und glücklich, daß dieser Betrieb rund 1000 Arbeitsplätze hat und damit für diese Region absolut ein Segen ist. Genauso wird es sich hier entwickeln. Übergangsprobleme sind sicherlich auch hier möglich.

Nun, weil auch gesagt wird, daß auf Grund dieser hohen Förderung die hohen Löhne bezahlt werden können. Bitte, welches Unternehmen wird für eine einmalige Zahlung eine Dauerbelastung durch hohe Löhne auf sich nehmen? Ich habe es schon vorhin gesagt: Wir sind mit unserer Förderung in Österreich an und für sich am niedrigsten gewesen, aber der Vorteil des Platzes Graz war ausschlaggebend, daß dieses Werk hierherkommt.

Es soll 1991 die Produktion beginnen; es ist ja schon der Grundstein gelegt, also die erste Ausbaustufe: Da werden 200 Angestellte, 500 angelehrte Kräfte und 500 Facharbeiter benötigt. Also 1000 werden in der Produktion eingesetzt, wobei die 500 Facharbeiter wiederum verschiedenste Qualifikationen haben und sich nicht auf Metallberufe allein beschränken. (Abg.

Mag. Rader: „Die werden alle den kleinen Betrieben abgeworben!“) Aber geh! Hör zu! Wir haben 400.000 Beschäftigte in der Steiermark, was sind denn da 500 Arbeitskräfte in diesem Fall? Man muß ja die Relationen sehen, bitte schön. (Abg. Mag. Rader: „Sage das den kleinen Betriebsführern in der Steiermark!“) Ich sage das bitte überall, nicht nur hier! Darf ich jetzt die Zahlen fertig sagen, und nachher reden wir darüber bitte weiter.

Von diesen 1000 Beschäftigten, die in der ersten Ausbaustufe benötigt werden, sind 500 derzeit schon bei Steyr-Fahrzeugtechnik beschäftigt und werden zu Eurostar überstellt. 150 werden angelehrte Arbeiter sein, und 350 Facharbeiter werden vom Arbeitsmarkt rekrutiert werden – 350! Das ist eine schöne Zahl. (Abg. Mag. Rader: „Abgeworben!“) Nur, bitte, damit treten diese Folgen, die du da hier so groß an die Wand malst, ganz sicherlich nicht ein. Für diese 350 Facharbeiter haben wir im WIFI eine Aktion gestartet, um eben dieses Absaugen, wie du es nennst, zu verhindern. Es wurde ein Vertrag gemacht, und eine groß angelegte Ausbildung und Umschulung wird schon durchgeführt. Die Leute haben sich auch dazu schon gemeldet. Von diesen 350, die nun geschult werden, sind faktisch keine, die aus dem Metallgewerbe kommen. Es ist dieselbe Methode, mit der das Wirtschaftsförderungsinstitut mit Steyr schon vor Jahren zusammengearbeitet hat, um gute Facharbeiter, angelehrte und weiter ausgebildete Facharbeiter, für die Allradtechnik zu bekommen.

Es wird also – wie gesagt – im heurigen Sommer schon mit 150 Schulungen begonnen. Aber damit alleine ist es sicherlich auch nicht getan. Wir sind der Meinung, daß auch ausländische Beschäftigte hier zusätzlich herkommen sollten. Es wird hier an die Arbeitsmarktverwaltung und an den Sozialminister, der ja schon ein gewisses Einsehen bei der Beschäftigung von Ausländern zeigt, das Ersuchen gerichtet, das Beschäftigten von Ausländern zu ermöglichen. Und das wiederum, bitte schön – das muß ein ausgebildeter Jurist und Wirtschaftsexperte auch wissen –, bringt zusätzliche Kaufkraft in unsere Region. Und das ist der große Vorteil dieses Werkes.

Und nun zu den Förderungen: Es sind je Arbeitsplatz 313.000 Schilling öffentliche Förderung. Wenn man nun dazurechnet, daß Zulieferer damit auch beschäftigt werden, kann man das jetzt mathematisch herunterrechnen, von mir aus bis auf 150.000 oder 200.000 Schilling. Aber diese Zahlenspielerien möchte ich mir ersparen.

Aber eines möchte ich schon sagen: Die steirische Wirtschaft und die Bevölkerung leben nicht vom Zusperrern und vom Verhindern, so wie bei OKI und bei Fischen, sondern von der Entwicklung unserer Wirtschaft. Und ich erwarte mir von diesem Chrysler-Werk einen Wachstumsschub und eine Steigerung des Bruttoregionalproduktes. Die Klein- und Mittelbetriebe werden von diesem Wachstumsschub direkt und indirekt profitieren. Es wird mehr konsumiert werden, mehr investiert werden. Wenn die Arbeitnehmer dort mehr Geld verdienen und die Zulieferbetriebe auch ihr Geld verdienen, wird das sowohl dem kleinen Kaufmann auf dem Land genauso zugutekommen wie dem Handwerker, der zusätzliche Arbeiten auf das hin

machen kann. Der vielgerühmte Multiplikatoreffekt von solchen Betriebsgründungen ist ja hier in diesem Fall in einem ganz großen Maß gegeben.

Außerdem muß gesagt werden – das haben auch Experten berechnet –, daß diese Förderungen schon in kurzer Zeit mit einem Drittel bis zur Hälfte dem Staatssäckel zurückfließen. Die Handelsbilanz wird von anfangs 1,2 Milliarden in der Endphase bis zu 4,5 Milliarden verbessert werden.

Und nun den Vergleich zum General-Motors-Werk, gegen das wir uns hier ausgesprochen haben: Die Investitionssumme bei General Motors war 7,8 Milliarden Schilling, bei Eurostar 4,3 Milliarden Schilling. Die Förderung bei General Motors war 3,3 Milliarden Schilling, das sind 43 Prozent, und bei Eurostar sind es 1,3 Milliarden Schilling, das sind 30 Prozent. Bei General Motors waren 2600 Arbeitsplätze, bei Eurostar werden es 4150 sein. Das heißt also, die Förderung pro Arbeitsplatz bei General Motors betrug 1,27 Millionen Schilling, bei Eurostar beträgt sie 313.000 Schilling. Bei General Motors war es also das Vierfache, wie schon Dr. Dorfer gesagt hat.

Zuliefererarbeitsplätze wurden bei General Motors 2000 geschaffen, bei Eurostar sollen es 5000 werden. Bei General Motors gibt es keine österreichische Beteiligung, bei Eurostar gibt es 50 Prozent – wie ich schon gesagt habe – Beteiligung durch die Steyr Fahrzeugtechnik.

Dann hat es bei General Motors noch ganz enorme Steuerbegünstigungen gegeben, die es in diesem Fall nicht gibt. Ein Vergleich mit General Motors ist meiner Meinung nach – nach diesen Zahlen – absolut unzulässig.

Das es natürlich bei einem solchen großen Investitionsvorhaben Risiken gibt, das wurde schon gesagt und das sage auch ich hier. Es wird kein einziges wirtschaftliches Unternehmen, auch kein politisches, geben, das nicht ein gewisses Risiko in sich schließt. Nach meiner Meinung ist aber hier von der österreichischen und von der steirischen Seite nach bestem Wissen und Gewissen ein Vertrag ausgehandelt worden, der nach meiner Meinung einen Erfolg bringt.

Zum Abschluß möchte ich noch wegen OKI sagen: Wir haben es hier in der Steiermark verhindert. Inzwischen ist in Südkorea dasselbe Werk gebaut worden. Dort arbeiten 3000 Mitarbeiter (Abg. Kammlander: „Kulis!“), davon 1000 Ingenieure, in einer Branche, die wir heute so gemeinhin als zukunftssträftig nennen, nämlich in der Computerbranche. (Abg. Mag. Rader: „Im Gegensatz zu den Autos!“) Bitte, bei den Autos kann man darüber anderer Meinung sein. Aus diesem Grund habe ich das jetzt bei OKI betont. Aber das ist auch meine Meinung, daß mittelfristig die Autoindustrie doch nicht von heute auf morgen stirbt. Das glaubst du ja selber nicht! Oder fährst du auch schon mit dem Fahrrad, wenn du wohin mußt? Na, bitte schön! (Abg. Kammlander: „Er sitzt zu nahe bei uns!“) Ja, scheinbar! Aber ich weiß nicht, grün und blau zusammengemischt, das gibt überhaupt keine Farbe. Das möchte ich schon sagen in diesem Zusammenhang.

Abschließend möchte ich noch sagen, daß ein Philosoph einmal gesagt hat: „Wer einen Fehler begeht und

daraus lernt, ist ein Weiser; wer zweimal denselben Fehler begeht, der ist ein Dummkopf!“ (Beifall bei der ÖVP. – 10.50 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (10.50 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Seit dem 23. Jänner 1990, also dreieinhalb Monate, warten wir jetzt schon auf diese Vorlage. Am 13. März habe ich schon die Berichtspflicht der Regierung kritisiert, nachdem sie dieses Papier schon am 12. März in der Regierungssitzung gehabt hat, und habe damals kritisiert, daß wir zum Stimmvieh der Regierung degradiert werden, und heute dürfen wir jetzt endlich darüber abstimmen. Seit 19. März kenne ich den Inhalt dieser Vereinbarung. Jedenfalls auf Grund einer Anfragebeantwortung an den Herrn Klubobmann Wabl vom Minister Geppert. In diesem Papier wurde noch angeführt: Für allfällige Rückforderungsansprüche, vor deren Geltendmachung wesentliche Änderungen der dem Projekt zugrunde liegenden wirtschaftlichen Voraussetzungen Berücksichtigung finden können, wird eine geeignete Sicherstellung der Republik Österreich aus dem Vermögen der Eurostar ausbedungen werden. Daß es konkret noch immer keine Vertragsdetails gibt, stelle ich hier fest, nachdem auch letztes Mal im Ausschuß auf meine Fragen von der Wirtschaftsförderungsabteilung noch keine Vertragsdetails bekanntgeworden sind. Jedenfalls nicht solche, die man als Papier mit schwarzen Buchstaben nachlesen kann. Bis heute habe ich jedenfalls den Inhalt dieses Papiers noch nicht gesehen. Es ist so schön in der Vorlage drinnengestanden oder steht immer noch drinnen: Inwieweit diese Vorstellung durchsetzbar ist, ist nicht absehbar. Inzwischen scheint es absehbar zu sein, aber in unserer Vorlage steht noch immer der Konjunktiv oder die Möglichkeitsform drinnen, daß man etwas festlegen müßte und so weiter. Von den volkswirtschaftlichen Effekten wird so schön geschrieben. Darüber hinaus lassen die volkswirtschaftlichen Effekte eine positive Beurteilung des Projektes zu. Ich nehme nicht an, daß es schon eine Umweltverträglichkeitsprüfung oder so etwas ähnliches für dieses Projekt gibt, daß die Umweltfolgekosten auch für die Grazer schon in irgendeiner Weise bekannt sind. Ich möchte wieder zurückkommen auf das Auto als solches. Nachdem der Kollege Ing. Stoisser jetzt zwischen Fahrrad und Auto endlich einmal die richtige Konkurrenz herausgearbeitet hat, nachdem ja Puch da einmal federführend war, und das Auto ist ja entgegen allen Beteuerungen kein ökologisch vertretbares Verkehrsmittel der Zukunft. Das heißt eben, daß die Zukunft nicht dem Auto gehört, und es beweist für mich sehr wenig Weitsicht, wenn seitens der Wirtschaftsverantwortlichen in einen Bereich investiert wird, der nachweislich bedeutende soziale und ökologische Folgekosten verursacht. Ich stelle in diesem Zusammenhang fest, daß bedeutende Wirtschaftsförderungsmaßnahmen gebunden werden in ein Projekt, dessen Absicherung und Sicherstellung immer noch äußerst zweifelhaft sind. Genaugenommen stehen sich hier ein Riese und ein Zwerg gegenüber, wobei der Riese der Chrysler-Konzern ist, und der Zwerg ist die Steiermark und die Wirtschaftsförderung und die Firma Puch und

so weiter. Wer sich jetzt mit einem Zwerg versichern will, der wird dann feststellen, daß der Riese sicher den Vorteil hat. Ich glaube auch, wenn der Riese geht, wer könnte ihn halten. Wir haben ja Beispiele aus Italien, daß der Chrysler-Konzern dort auch eine Produktionsstätte geführt hat, und in dem Moment, wo es für ihn nicht mehr sinnvoll oder ökonomisch nicht mehr tragbar war, hat er sie blitzartig verlassen. Nur hat Italien den Vorteil, daß die Produktionshallen dann von der Firma Fiat übernommen werden konnten. Es wird auch immer wieder in diesem Zusammenhang die Frage der Facharbeiter- und Facharbeiterinnenarbeitsplätze diskutiert. Ich glaube auch, daß gerade diese Produktionsstätte eher mittel bis wenig qualifizierte Arbeitskräfte brauchen wird, weil es doch Fließbandarbeit in erster Linie sein wird. Wenn jetzt eine große Ausbildungskampagne geführt wird gerade im Zusammenhang mit dem Chrysler- oder Eurostar-Projekt, dann wundert mich das sehr. Ich denke, daß diese Ausbildungskampagne schon längst notwendig gewesen wäre gerade im Zusammenhang mit der Ausbildung von Lehrlingen und Facharbeitern und Facharbeiterinnen. Diese Ausbildung war schon längst reformbedürftig, und es wäre ganz gut, wenn es jetzt zum Anlaß genommen wird, das zu beschleunigen oder diese Ausbildungsreform endlich einmal zu beginnen. Zum Beispiel die Kombination Berufsschulen und Praktikumsbetriebe, die dann zusammenarbeiten. Ich sehe überhaupt nicht ein, warum, so wie jetzt, die Lehrlingsausbildung immer noch so läuft wie sie läuft. Ich würde mir wünschen, daß ein Lehrling sich zu einer Ausbildung in einer dementsprechenden berufsbildenden Schule anmeldet, und diese Schule vermittelt dann den Praxisbetrieb (Abg. Ing. Stoisser: „Was wäre das für ein Vorteil?“), und diese Lehrverträge in Lehrbetrieben sollten abgeschafft werden. Damit ist die Berufsausbildung aus der Gewerbeordnung herausgenommen, und ein Lehrarbeitsverhältnis wird dann vermittelt und auch von der Schule kontrolliert (Abg. Dr. Dorfer: „Wer wird dann noch einen Lehrling ausbilden? Das ist praxisfremd. Sie sind gegen die Lehrlinge!“), daß der Mißbrauch billiger Arbeitskräfte endlich einmal abgestellt wird. Sie müssen doch zugeben, daß in der letzten Zeit einige Berichte in die Richtung gegangen sind, daß es zu einem Mißbrauch billiger jugendlicher Arbeitskräfte gekommen ist. (Abg. Ing. Stoisser: „Das sind Gemeinplätze!“) Wenn die ganze Diskussion um die Ausbildung, um den Mangel oder die Weiterbildung von Facharbeiterinnen und Facharbeitern jetzt aktuell wird, dann sollte das aber auch mit aktuell werden.

Am Schluß eine Hoffnung von mir, daß dem langfristig vorhersehbaren ökologischen Flop, der mit diesem Auto zusammenhängt, nicht auch noch ein ökonomischer folgt und auch ein ökonomischer für die Steiermark. Nachdem ich gerade diesem Projekt schon in zwei Wortmeldungen sehr kritisch gegenübergestanden bin, nehme ich an, daß Sie das noch in Erinnerung haben, und ich erspare mir die Wiederholung meiner Zweifel an diesem Projekt. Ich kann dieser Vorlage, nachdem sie inhaltlich noch immer einiges offen läßt und mir bis zum heutigen Tag keine Details oder irgendwelche Schriftstücke, die das ganze noch besser beleuchtet hätten, zur Verfügung gestellt worden sind, deswegen nicht zustimmen. Grundsätzlich nicht einem Projekt, das solche ökologische und soziale Folge-

kosten verursacht und nicht nur in der Steiermark, wir denken ja wirklich nicht mehr separatistisch allein für die Steiermark, sondern europaweit und ganz besonders in Richtung Osteuropa. Danke. (10.59 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gennaro.

Abg. Gennaro (10.59 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zu diesem Chrysler-Eurostar-Projekt haben ich persönlich und meine Fraktion sicherlich eine positive Einstellung. Ich bekenne, daß der Kollege Mag. Rader sehr wohl nur gesagt hat, er befürchtet, daß das ein wirtschaftlicher Flop ist, ich bin im Leben immer ein bißchen Optimist. Natürlich kann man nichts ausschließen, aber so ein Projekt im vorhinein in Abrede zu stellen, dazu müßte man schon etwas hellseherische Fähigkeiten haben. (Abg. Dr. Dorfer: „Er hat immer noch die FPÖ-Landesleitungsfinanzen im Kopf!“) Ich maße mir das nicht an. Es gibt natürlich viele Beispiele, wo wir auch bei Förderungen keine große Freude gehabt haben hier im Haus und es sich dann als Flop erwiesen hat, aber vorher, und das muß man objektiverweise sagen, kann niemand sagen, wie eine Situation ausgeht. Ich möchte nur auf diese Förderung Villas hinweisen, wo wir heute einen Flop haben, und da kann man jetzt diskutieren wie man will. Wir haben uns aus damaliger Sicht dazu bekannt. Garantien gibt es sicherlich für niemanden, und die FPÖ-Linie war klar. Das hat im Parlament schon begonnen, daß Sie dagegen waren. (Abg. Göber: „Weil es nicht in Wien war!“) Der Präsident Ing. Stoisser hat das Beispiel General Motors aufgezeigt. Und wir wissen, daß das damals eine sehr öffentlich politisch diskutierte Situation war und daß die ÖVP damals auch offiziell gegen diese Förderungen war und gesagt hat: „Über eine Million pro Arbeitsplatz!“ Ich freue mich heute darüber, daß man einen gewissen Gesinnungswandel durchgemacht hat und solche Fehler gerade für die Steiermark nicht mehr begeht. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Dorfer: „Sie werfen Äpfel und Birnen zusammen. General Motors ist nicht Chrysler. Wien ist auch nicht die südliche Steiermark!“) Herr Kollege Dr. Dorfer, ich werde Ihnen dann ein paar Beispiele zitieren. Du wärst ja froh, wenn du es in der Obersteiermark bekommen hättest. Ich auch!

Ich glaube, daß wir aus heutiger Sicht sagen können, daß diese Entscheidung damals, daß das Werk nach Wien gegangen ist, uns als Steirer weh tut, denn in Wien funktioniert das. Und ich möchte das gleiche sagen: Weil uns zum damaligen Zeitpunkt auch überwiegend die Infrastruktur gefehlt hat, daß wir das Werk überhaupt in die Steiermark bekommen konnten. Damals hatten alle die Hoffnung, daß es in der Obersteiermark etabliert werden kann. Und die Unternehmer, die damals schon erkannt haben, wie wichtig das Projekt sein wird – ich nehme jetzt einen aus der Südsteiermark her, Herr Kollege Ing. Stoisser, den Herrn Fink, der seinen Betrieb ausgebaut hat, investiert hat, Maschinen gekauft hat, Verträge mit General Motors abgeschlossen hat, der damit seinen Betrieb, aber auch die Existenz vieler Arbeitnehmer da unten gesichert hat und neue Arbeitsplätze schaffen konnte. (Abg. Ing. Stoisser: „Er beliefert nicht nur

Wien, sondern die ganze europäische Industrie!“) Der hat dazugelernt, bitte. Man unterstellt ihm, er ist sehr alt, aber er hat sicherlich weiter vorausgesehen als manche junge dynamische Unternehmer in dem Bereich. Beispielsweise geht das hinauf bis Altenmarkt, St. Gallen, die Steirische Druckguß, die alle hier investiert haben. Und die Sorgen der kleineren Betriebe – das ist schon berechtigt, daß es da Probleme gibt, daß viele fürchten, daß Dienstnehmer weggehen. Aber als Gewerkschafter, muß ich sagen, persönlich begrüße ich das, weil es für die Dienstnehmer eine einkommensregulierende Situation wird. Und es wird niemand weggehen, wenn er dementsprechend entlohnt wird. Aber wenn man halt – ich sag's ganz offen – Hungerlöhne zahlt, dann wird man halt rechnen müssen, wenn es Betriebe gibt, wo mehr bezahlt wird, daß die Leute weggehen und sogar auf die Abfertigung verzichten. (Beifall bei der SPÖ.) Ich halte das für positiv, weil es einkommensregulierend wirkt und dazu die Ausbildungssituation verbessert. Das diskutieren wir ja bei jeder Veranstaltung, daß die Wirtschaft sagt: „Wenig Facharbeiter!“, alle miteinander: „Die Ausbildungssysteme funktionieren nicht“, man soll sie ändern. Jetzt wird auch mit gemeinsamer Aktivität – Wirtschaft, Arbeitsmarktverwaltung, Bundesministerium – ein Projekt erarbeitet. Das ist ja für die Steiermark bitte nichts Schlechtes. Im Gegenteil, wir können darauf stolz sein, daß wir unsere Leute besser, höher qualifizieren, daß sich Leute, wenn wirklich in irgendeiner Form etwas eintritt, Wissen und Fachausbildung erwerben können.

Und wir haben das durch die Strukturprobleme in der Obersteiermark, in Mürrzuslag, erlebt. Wenn Sie heute durchs Land fahren, werden bei jedem Betrieb Facharbeiter gesucht. Die Jungen sind bitte alle nach Wien abgewandert; da kommt heute keiner mehr zurück, und wir brauchen sie in der Steiermark. Ich sage das deshalb, weil wir Gott sei Dank durch die Wirtschaftskonjunktur den Schritt gesetzt haben, daß die Steiermark die rote Laterne abgeben konnte und daß das alles gemeinsam mitspielt, daß wir einkommenspolitisch; arbeitsplatzmäßig aufgeholt haben. Von den Einkommen leben ja letztendlich auch Land und Gemeinden. Daß wir die letzte Stelle wegbringen, das ist für mich positiv.

Auch das OKI-Projekt wurde angeschnitten. Damals war ich in der AMS noch ein Betriebsratsvorsitzender, und da hat der Kollege Dr. Korber versucht, der jetzt nicht da ist, das Werk mit aller Gewalt umbringen zu können. Heute können wir mit Stolz sagen, auch das Land Steiermark: AMS hat einen Weltruf, ist in der Steiermark in Unterpremstätten, hat zur Zeit 500 Beschäftigte und wird in den nächsten Jahren um 250 Beschäftigte aufstocken, weil die wirtschaftliche Situation positiv ist. Auch da haben wir gelernt, und ich glaube, wir sollen ja den Fehler nicht begehen, das Chrysler-Werk nicht zu fördern.

Und persönlich möchte ich das auch sagen und gleichzeitig alle Verantwortlichen im Land ersuchen: Wenn die Situation AUDI-Motorenwerk jetzt diskutiert wird, wo 126 Bewerber sind, davon angeblich drei in Österreich – ich entnehme das nur den Pressemeldungen –, dann würde ich mir wünschen, daß die Steiermark sich stark macht und daß wir versuchen, es sogar in die Obersteiermark zu bekommen, weil wir alle

wissen, daß die Probleme nicht gelöst sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, meine Fraktion unterstützt sicherlich diese Förderung. Ich habe schon gesagt, Bund, Land, Gemeinden, alle leben von den Einkommensverhältnissen – auch die soziale Sicherheit ist nur gewährleistet, wenn eine optimale Beschäftigung gewährleistet ist. Und ich wünsche und hoffe nur, daß viele Menschen einkommenspolitisch, aber auch arbeitsplatzmäßig einen sicheren und guten Arbeitsplatz in der Zukunft haben werden. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 11.05 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schützenhöfer.

Abg. Schützenhöfer (11.05 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist für einen steirischen Abgeordneten und ganz gewiß auch für einen Arbeitnehmervertreter dieser Landtagsbericht und der damit verbundene Beschluß über die Förderung des Projektes Eurostar der Unternehmen Chrysler und Steyr Daimler Puch in Graz ein Ereignis, und ich möchte nicht übertreiben, es aber dennoch so formulieren, mit vielleicht historischer Tragweite. Denn wann gelingt es uns schon, durch außerordentliche gemeinsame Kraftanstrengungen 4000 Arbeitsplätze mit einem Betrieb in unserem Bundesland im Zentralraum Graz zu schaffen und wahrscheinlich noch 3000 dazu? (Abg. Mag. Rader: „Schützenhöfer, wache auf!“)

Eurostar ist, wenn wir von den Planungen und vorliegenden Konzepten ausgehen, eine Belohnung der Tüchtigkeit steirischer Arbeiter und Angestellter, insbesondere im Bereich der Fahrzeugbauer in Graz-Thondorf. Eurostar ist aber auch die Ernte jahrelanger unnachgiebiger Forderungen und regionalpolitischer Aktivitäten der Steiermark mit unserem Landeshauptmann Dr. Josef Krainer an der Spitze, der bei den Wiener Zentralstellen, welche Regierung immer an Werke ist, so lange Druck machte, bis wir Steirer nicht übergangen werden konnten und Betriebsansiedlungsprojekte nicht mehr nur im Zentralraum Wien gefördert wurden.

Und wenn der Kollege Gennaro – und wer aufmerksam zugehört und zugeschaut hat, wird es gemerkt haben, daß bei dieser Passage, die er hier gebracht hat, der Landesrat Dr. Klausner leise gelächelt und nur jene zwei oder drei applaudiert haben, die damals nicht dabei waren. Ich war als ganz junger Abgeordneter bei der General-Motors-Debatte hier in diesem Haus dabei. Der Landeshauptmann ist für die Obersteiermark und für die obersteirischen Arbeitsplätze voranmarschiert und hat dieses Projekt vehement gefordert. Euer Finanzlandesrat hat sich vor den Landtagswahlen auf diesen Zug begeben, und nachher mußte er, wie die gesamte Landtagsfraktion der SPÖ, dem Gehorsam der Löwelstraße folgen, und wir konnten es nicht als (Abg. Trampusch: „Aber geh!“ – Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Genau so war es!“) gemeinsame Forderung durchsetzen. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.) Trampusch, ich weiß, daß ihr im Prinzip hört, nur die Wahrheit hört ihr nicht gern. Da wird's immer laut. (Abg. Trampusch: „Jeder Gemeinde habt ihr einen Turnsaal versprochen, und

nichts ist geschehen!") Das gleiche, Kollege Trampusch, gilt auch für deinen freiheitlichen Klubkollegen Rader. Ich habe mich direkt geschreckt, wie er hier heute angefangen hat und uns eine Bilanz vorausgesagt hat. Denn stellen Sie sich vor, es tritt das ein, was uns Rader als Bilanz vorausagt: Denn bitte die Bilanz, die du als Finanzexperte der steirischen FPÖ und ehemaliger Landesparteiobmann deinem FPÖ-Parteiobmann Schmid überlassen hast, hat dazu geführt, daß er das gesamte Familiensilber verkaufen, verscherbeln mußte, damit er überhaupt irgendwann wieder einmal eine Bilanz erstellen kann. Das ist deine Bilanz. (Abg. Trampusch: „Es wird hoffentlich nicht das eintreten, was der Kollege Mag. Rader sagt, und es ist Gott sei Dank nicht eingetroffen, was ihr gesagt habt!“ – Abg. Dr. Dorfer: „Das Familiensilber reicht nicht aus!“) Aber daß natürlich diese 433 Millionen notwendig sind, aufgeteilt auf mehrere Jahre, das wissen Sie, und es gibt bestimmte Auflagen, wie alle, die es wissen wollen, auch wissen, und daher können wir als Abgeordnete heute diesem Beschluß ganz gewiß zustimmen. Denn die Förderung – ich sage es nochmals, und Präsident Stoisser hat es schon gesagt – kann es nur dann geben, wenn die vereinbarten Auflagen und Bedingungen auch erfüllt werden. So etwa – und es ist nun einmal für uns als Arbeitnehmer, gleichgültig, welcher Gruppe wir hier angehören, eine besonders entscheidende Sache, wenn insbesondere die Beschäftigtenzahl von rund 4200 zusätzlichen Arbeitsplätzen verwendet wird.

Wenn der Kollege Mag. Rader heute sagt, der Berichterstatter Dr. Dorfer hat als erstes in seinem Mund die Arbeitsplätze geführt und nicht die Wirtschaft, dann möchte ich Ihnen sagen, wir lassen uns hier überhaupt nicht auseinanderdividieren. Es gibt nur eine steirische Wirtschaft. Es gibt die Klein- und Mittelbetriebe und es gibt die Großindustrie, und eine Wirtschaft kann nur bestehen, wenn es all diese Elemente gibt, und es sind die Arbeitnehmer gegen die Gewerbetreibenden nie und nimmer, auch nicht in einem solchen Zusammenhang, wie das Gennaro versucht hat, auszuspielen. Wir brauchen die Unternehmer, wir brauchen die Arbeitnehmer, und wenn beide in einem Betrieb für einen Betrieb zusammenhalten und zusammenarbeiten, dann wird dieser Betrieb erfolgreich sein, aber das begreift man ganz rechts und ganz links des öfteren eigentlich nicht. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Trampusch: „Was meinst du mit ganz links?“) Ja, weil hier vom Kurt Gennaro die Frage der Löhne wieder so angeklungen ist. (Abg. Trampusch: „Er hat gerechte Löhne verlangt. Das wirst du als ÖAAB-Mann auch vertreten können!“) Das ist eine sehr sensible Sache, wo der Gennaro nur den Pressedienst seiner Partei verliert, aber nicht in der Lage ist, sich offensichtlich inhaltlich mit diesem Problem auseinanderzusetzen. (Abg. Trampusch: „Bist du gegen gerechte Löhne?“) Kollege Trampusch, ich bin nicht gegen gerechte Löhne. (Abg. Trampusch: „Genau das hat er gemeint!“) Ich bin für den Mindestlohn im November 1984 eingetreten (Abg. Gennaro: „Aber nur eingetreten!“), als mich eure Vertreter, als ich das hier formuliert habe, noch ausgelacht haben. Von euch brauche ich keine Ermahnung in bezug auf den Mindestlohn. (Abg. Trampusch: „Hier einzutreten genügt nicht. Draußen mußt du es machen!“ – Abg. Erhart: „Wir treten für Höchstlöhne ein!“) Für Höchstlöhne

trittst du ein. Ich wäre froh, wenn es jenen 58.000 steirischen Arbeitern und Angestellten in den nächsten drei, vier Jahren möglich würde, das, was wir jetzt gemeinsam fordern, nämlich einen Mindestlohn, zu bekommen. (Abg. Vollmann: „Da kannst du gleich in der Landespersonalvertretung anfangen!“) Das möchte ich sagen. Da brauchst du keine Angst haben. Wenn wir gewartet hätten, bis ihr auf die Idee kommt, dann hätten wir diese Forderung sicherlich nie auch mit dem Gewerkschaftsbund realisieren können. Ich sage daher noch einmal, daß das Risiko, das wir als Repräsentanten dieses Hauses mit unserer Zustimmung zu dieser Regierungsvorlage für eine Förderung von Eurostar eingehen, im Rahmen jedes ordentlichen, präzise geplanten und in Umsetzung begriffenen Projektes in einer Marktwirtschaft liegt. Wenn sich gerade der freiheitliche Klubobmann hier so Sorgen macht, so möchte ich schon sagen, er und viele von euch, die ja ununterbrochen die Marktwirtschaft auf den Lippen führen, spricht ja mit solchen Aussagen in Wahrheit gegen jede Risikobereitschaft und gegen jede Marktwirtschaft. (Abg. Mag. Rader: „Aber doch nicht Risikobereitschaft auf Kosten der Steuerzahler!“) Und so ist auch jede kritische Würdigung und Beurteilung dieses Vorhabens sicher erlaubt und sinnvoll, aber für jene billige Polemik auf Kosten dieses großen Betriebes und dieser Tausenden Arbeitsplätze, wie sie von FPÖ, und die Grün-Alternativen möchte ich gar nicht besonders erwähnen, vorgebracht wird, werden die Steirerinnen und Steirer sicher kein Verständnis haben. (Abg. Mag. Rader: „Deine Polemik wird dem Steuerzahler teuer kommen!“) Eines möchte ich hier schon noch einmal zum Ausdruck bringen, meine Damen und Herren, und vor allem den FPÖ-Herren hier im Landtag sagen: Erkundigen Sie sich beim Saubermann, dem Herrn Bundesparteiobmann der Freiheitlichen Partei, für welche Förderungen sinnlosester Art, dazu würden wir niemals bereit sein, er in Kärnten als Mitglied der Landesregierung, zum Beispiel im Sinne der Skandalpapierfabrik Sankt Magdalen, eingetreten ist und mitgestimmt hat. Nur, jetzt distanziert er sich, im nachhinein. Das kann eigentlich jeder Schulbub. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist dort so üblich!“) Bei dir weiß ich nicht, hast du als Finanzexperte der FPÖ hier gesprochen oder ist das nur der Neid des Kärntners, daß das Projekt in der Steiermark errichtet wird. (Beifall bei der ÖVP.) Im übrigen darf ich dir wiederholen, was Präsident Ing. Stoisser gesagt hat, wie das ist mit der Förderungssumme pro geschaffenen Arbeitsplatz. Da liegen wir nämlich geringer als mit Projekten etwa General Motors oder Rochester in Burgenland und andere, wie Sonny-CD-Werk in Salzburg auch. Ich meine daher, daß gerade Sie glaubwürdig für die steirischen Wirtschaftstreibenden, die Sie immer im Mund führen, und insbesondere für die vielen heimischen Klein- und Mittelbetriebe erst dann sein würden, wenn Sie Seite an Seite mit der Landesregierung und auch mit unserer Wirtschaftslandesrätin Waltraud Klannic für die Verbesserung der Infrastruktur und insbesondere für bessere Verkehrsverbindungen zum Beispiel bei den Wiener Zentralstellen eintreten würden. Denn nicht ein doppelbödiges und durchschaubares Gejammer, und das möchte ich schon sagen, jetzt ist es uns endlich gelungen, ein so großes und, wie wir alle hoffen, Risiko ist immer dabei, Zukunftsprojekt zu realisieren, und schon jammern wir in jede Richtung

hin von bestimmter Seite her in bezug auf die Förderungsmillionen und auch in bezug auf die Facharbeiter.

Meine Damen und Herren! Lesen Sie die heutigen Zeitungen, welche Studie gestern immerhin vier Minister miteinander präsentiert haben, und wer hat denn steirische Institutionen, wie zum Beispiel die Arbeiterkammer, daran gehindert, das zu tun, was zum Beispiel Landesrat Hasiba schon längst vorgeschlagen hat, nämlich eine Abendberufsschule zu installieren, die es auch Maturanten und Berufstätigen ermöglicht, innerhalb von zwei Jahren einen Lehrabschluß als Facharbeiter zu erreichen nach dem Beispiel Vorarlberg? Wäre eine Möglichkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ, ein wenig aus jenen Schlagzeilen, die die Institution Arbeiterkammer belastet, herauszukommen und offensiv zu agieren für die steirische Wirtschaft und die steirischen Arbeitnehmer. Daß uns dies mit diesem Projekt gelingt, davon bin ich überzeugt. Glück auf. (Beifall bei der ÖVP. – 11.16 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hammer.

Abg. Hammer (11.16 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn ich aufgefordert werde, die Wahrheit zu sagen (Abg. Mag. Rader: „Auch wenn es weh tut!“), dann darf ich doch sagen, erinnern Sie sich zurück, und man sollte sich vielleicht Fotos oder Filme vom Fernsehen anschauen, wer bei der Eröffnung des General-Motors-Werkes in der ersten Reihe gesessen ist. Das waren Ihre Parteigenossen, die bis dorthin immer Kritik an diesem Projekt geübt haben. Die haben dann gewuchert, daß sie dann einen Platz in der ersten Reihe bekommen haben. Hören Sie doch auf, ist doch alles vergossene Milch, meine Damen und Herren. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das war ein schlechter Gag. Wir waren gar nicht eingeladen!“) Die sind schon ganz schön marschiert. Schaut euch das an. Was mich aber bewegt, an dieses Rednerpult zu gehen, ist nicht, den Streit um eventuelle Vaterschaften hier auszutragen, sondern mich bewegt einzig und allein die Sorge um die Obersteiermark. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Eisenerz, Erzberg sind wichtiger!“) Sehr richtig, Herr Kollege, denn wir haben einiges durchgemacht, und auch das Wunderrezept der Privatisierung hat im Raum Eisenerz leider nicht gegriffen, und wir haben dort nach wie vor die größten Sorgen mit der Beschäftigung unserer Leute. Wir haben in Eisenerz ein Ausbildungszentrum, das nach dem Willen der ÖIAG geschlossen werden sollte, und vielleicht bietet sich im Zusammenhang mit dem Eurostar-Werk die Möglichkeit an, dieses Ausbildungszentrum zu nutzen, um dort Lehrlinge auszubilden für spezielle Berufe, die in der Autobranche dann auch gebraucht werden. Wir hätten jetzt die Chance dazu; hier ein neues Standbein für dieses Ausbildungszentrum in Eisenerz zu schaffen. Ich möchte Sie auch ersuchen, alles daranzusetzen, und vor allem richte ich dieses Ersuchen an Sie, Frau Landesrat Klasnic, Ansiedelungen für Zulieferbetriebe vor allem im obersteirischen Raum und im Bereich rund um den steirischen Erzberg zu initiieren und zu unterstützen. Sie waren bei der Firma Villas oben und

haben sehr viel Optimismus unter der Belegschaft verbreitet, und ich lade Sie ein, daß Sie wirklich alles unternehmen, daß wir hier Arbeitsplätze als Ersatz für den fehlgeschlagenen Versuch der Privatisierung bekommen können. Eurostar darf, meine Damen und Herren, nicht als Ersatz für die Arbeitsplätze in der obersteirischen Stahlindustrie betrachtet werden. Die Investitionen für Eurostar in Graz dürfen keine Befreiung von der gesamten wirtschaftlichen Verantwortung aller für die Obersteiermark sein. Meine Damen und Herren, beherzigen Sie diese Wünsche eines Obersteirers. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 11.20 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer.

Abg. Dr. Dorfer (11.20 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zum Thema Chrysler kann ich eingangs nur feststellen, daß wir uns alle ein zweites OKI mit allen Folgen nicht wünschen können. Es hat Präsident Ing. Stoisser schon darauf hingewiesen, daß sich dieser OKI-Betrieb in Südkorea niedergelassen hat, dort zirka 3000 Beschäftigte hat und davon etwa 1000 Techniker. Und wir müssen zusehen, wie das in unserem Land passieren konnte. Auch der Vergleich Chrysler – General Motors hinkt in höchstem Maße, wobei ich gerne zugebe, daß auch ich persönlich im Falle General Motors zumindest nicht mehr so negativ eingestellt bin wie seinerzeit, obwohl ich im wesentlichen meine Meinung nicht zu ändern brauche, weil der Standort, die Kosten und, und, und mit Chrysler überhaupt nicht vergleichbar sind. Aber, bitte, es läuft zumindest gut, und man kann heute sagen, es war nicht umsonst. Aber wenn man zu hohe Förderungen ausländischer Konzerne kritisiert, dann ist es immer noch primär bei General Motors angebracht. Mir kommt vor, wenn ich den Kollegen Mag. Rader anhöre, daß es hier, wenn er von den Förderungen in diesem Ausmaß spricht, um das Anheizen eines Neidkomplexes geht.

Meine Damen und Herren, ich sage bei jeder Versammlung, vor allem unter Wirtschaftstreibenden: „Jeder bekommt die gleiche Förderung, und wir freuen uns viel mehr, wenn es steirische Unternehmer sind, wenn es steirische Betriebe sind, egal, ob privat oder verstaatlicht, wenn sie investieren, gute Ideen haben. Sie werden sicher besser gefördert wie jeder, der von auswärts kommt. Nur, haben müssen wir die Unternehmer, die investieren wollen“. Und die Förderung, die bei Chrysler vorgesehen ist, ist in jeder Weise auch vertretbar, auch in der Größenordnung verglichen mit steirischen Unternehmen. Die Engpässe am Arbeitsplatz, lieber Kollege Mag. Rader, sind gerade uns in der Handelskammer hinlänglich bekannt. Natürlich bekommen wir Anrufe von mittelständischen Unternehmen – ich könnte hier Namen aus den letzten Wochen nennen –, die sagen: „Bei mir ist schon wieder einer abgeworben worden“ oder „angesprochen worden“ und „Chrysler kann mehr zahlen“ und, und, und.

Meine Damen und Herren, das ist der Wettbewerb auch am Arbeitsplatz, wobei ich sofort dazusagen (Beifall bei der SPÖ.) muß, daß hier natürlich eine Liberalisierung der gesamten Arbeitsmarktverwaltung

dringend notwendig ist. Vor allem eine Liberalisierung auch der Ausländerbeschäftigung. Das derzeitige Genehmigungssystem bei den Arbeitsämtern ist unerträglich. Wie sich hier der Bürokratismus in die Länge zieht – ich gebe zu, vielleicht zu wenig Beamte in dem einen oder anderen Arbeitsamt –, so kann es nicht weitergehen. Wichtig ist, daß wir zu einem Anmelde-system kommen mit allenfalls Untersagungsmöglichkeit dort, wo es nicht im volkswirtschaftlichen Interesse liegt, dort, wo es nicht im nationalen Interesse liegt, daß Leute beschäftigt werden. Aber die Begründung, die unser Sozialminister Geppert jetzt immer wieder vorbringt, ist eine Begründung, die einfach nicht halten kann, weil zur Zeit das größte Wachstumshindernis in der Hochkonjunktur der österreichischen Wirtschaft der Mangel an Arbeitskräften ist, insbesondere auch der Mangel an Facharbeitern. Eine Binsenweisheit, könnte man sagen; sie wird nur in der Arbeitsmarktverwaltung, insbesondere vom Sozialminister, ignoriert. Daher brauchen wir hier ein Anmeldesystem mit allfälliger Untersagungsmöglichkeit, und nicht ein Genehmigungssystem für die Beschäftigung auch von Asylanten, die herumlungern, womöglich stehlen gehen und dergleichen mehr. Auf der anderen Seite würden sie gerne arbeiten, dürfen aber nicht arbeiten, und uns allen würde es sehr viel bringen, wenn sie arbeiten.

Das Problem, das aufgezeigt wurde, daß wir zu wenig Facharbeiter haben: Ja, meine Damen und Herren, es wird unsere Aufgabe sein, und die Kammern, das WIFI der Handelskammer genauso wie das BFI der Arbeiterkammer, sind schon voll in der Organisation dabei oder – fast möchte ich sagen – mitten drinnen, diese Umschulungen auch im Hinblick auf Chrysler und das, was sich hier tun wird, vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, ich kann die Aussagen des Kollegen Mag. Rader nur als die typische freiheitliche Gangart in der Ära „Jörgerl“ verstehen, obwohl er selbst bis zur letzten Minute eigentlich ein absoluter Steger-Anhänger gewesen ist. Aber ich habe den Eindruck, und ich habe es ihm auch gesagt, daß er hier meines Erachtens wider besseres Wissen rein populistisch und höchst unsachlich Dinge verbreitet, die einfach nicht stimmen. Daß so große Werke nicht ohne Reibungsverluste geschaffen werden können, das liegt auf der Hand – selbstverständlich! –, aber die gilt es natürlich zu überwinden.

Und, Kollege Gennaro, wenn du gemeint hast: „Höhere Löhne, ja“, bitte, wer in diesem Raum ist denn gegen höhere Löhne oder für niedrigere Löhne? Alle wollen wir höhere Löhne. Warum denn nicht? (Abg. Trampusch: „Da herinnen schon!“) Nur, bitte, der Betrieb jeweils muß es sich leisten können. Und die Folge wird sein, so wie ich es sehe, daß natürlich Niedriglohnbetriebe, wo zur Zeit nicht mehr drinnen ist, auch in der Steiermark – 10.000 Schilling Mindestlohn und alles, was da kommen soll – schließen werden. Und es stellt sich dann auch für die Arbeitnehmerseite in bestimmten Regionen (Abg. Mag. Rader: „Und da hilfst du mit!“) die Frage: Niedriglöhne oder Arbeitslosigkeit? Wenn sie anderweitig besser beschäftigt werden und mehr verdienen, warum nicht? Ich mache ja nur die Arbeitnehmerseite der Gewerkschafter darauf aufmerksam, daß die Folge sein wird – es

hängt ja nicht vom Unternehmer ab, ob er dem 10.000, 8000 oder 20.000 Schilling bezahlt; es hängt davon ab, was drinnen ist. Denn wenn er bewußt zu wenig bezahlen würde, obwohl er es sich leisten könnte, na, den Betriebsrat schaue ich mir an, der sich das gefallen ließe – daß es hier zu Verlagerungen kommt, und daß Niedriglohnbetriebe, vor allem auch in unserem Grenzland unten, schließen werden. Ob das immer für die Arbeitnehmer dort gut ist, sei dahingestellt, denn nicht jeder ist so mobil, daß er bis zu Chrysler oder auch nur bis Lebring zu Philips fahren kann. Das muß klar festgestellt werden, weil ich glaube, alles andere ist eine Polemik. Niemand, egal, aus welcher Richtung er kommt, ist für niedrigere Löhne, sondern jeder ist für höhere Löhne.

Meine Damen und Herren, Chrysler ist für die steirische Wirtschaft eine Jahrhundertchance – und da können gewisse Wiener Stellen auch im Wirtschaftsbereich erzählen und tun, was sie wollen; die hätten sich im Zusammenhang mit General Motors lauter rühren können –, die man aufnehmen muß, wobei ich dem Mag. Rader recht gebe: Wie 's ausgeht, wissen wir alle nicht. Bitte, so gescheit kann nur der Mag. Rader sein, daß er heute schon Bilanz zieht, wie das ausgeht. Ich bin es mit Sicherheit nicht. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, ein paar Sätze noch: Immer, wenn man im Westen ist, stellt man fest, wie viele steirische höchstqualifizierte Kräfte Richtung Westen wandern. Ich habe es hier schon einmal im Zusammenhang mit den Absolventen unserer verschiedenen Arten der Hotelfachschulen in Bad Gleichenberg erwähnt. Ich war Freitag, Samstag, Sonntag bei der weltgrößten Industriemesse in Hannover, habe dort an vielen High-Tech-Ständen festgestellt: österreichische Ingenieure, österreichische Vorstandsdirektoren, österreichische Entwicklungsabteilungsleiter von den Universitäten, meistens Technischen Universitäten in Graz oder Montanistik in Leoben. Sie sind alle irgendwo im Westen, bei Schweizer Betrieben, auch bei französischen und hauptsächlich natürlich bei deutschen Betrieben. Ich meine, diese Bewegung muß aufhören. Und ich war voriges Jahr im großartigen Betrieb des Handelskammerpräsidenten Bertsch in Vorarlberg: Von etwa 100 Diplomingenieuren, die er dort hat, sind zirka 70 aus der Steiermark. Bitte, das muß man sich vorstellen; das ist eine Entwicklung, die für die steirische Wirtschaft doch auf Dauer nicht gut ist und nicht gut sein kann! Wir haben großartige Universitäten, vor allem im technischen Bereich, Universitäten, die den besten Ruf in der ganzen Welt haben, und die Gefahr der Abwanderung dieser besten Fachkräfte und Ingenieure aus der Steiermark ist noch immer gegeben. Daher würde ich sagen: Chrysler ist eine ganz, ganz große Chance. Wir müssen sie nützen! (Beifall bei der ÖVP. – 11.29 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Landesrat Klasnic.

Landesrat Klasnic (11.30 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte ganz kurz die Wortmeldungen der einzelnen Abgeordneten beantworten und beim Kollegen Mag. Rader beginnen. Er hat nicht in seiner üblichen Art begonnen, wo er nämlich versucht hat, Optimismus

auszustrahlen, und er hat sich auch nicht mit seinen Kollegen hier in dieser Landeshauptstadt Graz abgesprochen, weil sonst hätte er nur über die Straße gehen müssen und mit den freiheitlichen Verantwortlichen der Landeshauptstadt reden, dann hätte er gewußt, daß sie diesem Projekt gerne zugestimmt haben. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Hirschmann: „Die haben keinen Kontakt!“)

Für die Kollegin Kammlander möchte ich auch einige Antworten geben, weil ich glaube, daß es im Grunde genommen nur ein Mißverständnis sein kann, wenn du, Frau Kollegin, meinst, daß es überhaupt Begründungen gibt für fehlende Information und fehlende Unterlagen. Das stimmt nicht. Ich stelle hier an diesem Ort fest, daß die Unterlagen von seiten des Bundes für die Förderungsvereinbarung am 9. März 1990, Freitag abend gegen 20 Uhr, an das Land, an die Wirtschaftsförderungsabteilung, übermittelt wurden, daß dann in der Folge Samstag und Sonntag, und ich bedanke mich bei den Verantwortlichen und bei den Bearbeitern dieser Vorlage, diese Vorlage so vorbereitet war, daß wir sie am Montag schon im Wirtschaftsförderungsbeirat als Grundlage zur Diskussion erhielten, und ich bedanke mich vor allem bei der Regierung, an der Spitze beim Herrn Landeshauptmann, daß am Abend dieser Beschluß auch einstimmig gefaßt werden konnte. Daß es nicht möglich ist, aber auch aus dem Protokoll und aus der Verfassung des Landtages her, dann am nächsten Tag, am Dienstag, es schon hier im Haus zu haben, das habe ich schriftlich vorbereitet und werde ich dir dann gerne geben. Welche Bewilligungen werden noch benötigt? Zur Zeit, und wir haben uns gestern noch einmal erkundigt, damit hier an dieser Stelle nicht etwas gesagt wird, das nicht der Wirklichkeit entspricht. Es sind Baubewilligungen eingereicht, es sind Teile schon genehmigt, und all das, was zur Zeit im Bau ist, ist bereits genehmigt. Das heißt, es geschieht nichts, das nicht schon eine Bewilligung hat. Das Zweite ist, daß von der Gewerbebehörde für den Bau Ende Mai der Antrag gestellt wird und daß es zur Zeit für die jetzigen Arbeiten keiner wasserrechtlichen Bewilligung bedarf. Was die Verkehrskoordination betrifft, darf ich sagen, daß im Auftrag des Herrn Landeshauptmannes Herr Hofrat Theußl als Verkehrskordinator gemeinsam mit der Stadt Graz verhandelt, um dieses Problem zu lösen. Zur Aussage, das Auto hat keine Zukunft, möchte ich schon dazusagen, daß das Auto einen besonderen Stellenwert auch in unserem Leben hat. Es ist das Zeichen persönlicher Freiheit. Aber ich bin gerne deiner Meinung, wenn du sagst, daß wir alles tun müssen, um umweltfreundliche Autos herzustellen, weil wir auch dieser Zukunft und dieser Umwelt verantwortlich sind, und dieser Chrysler ist ein umweltfreundliches Auto, das sei auch festgestellt.

Zum Herrn Kollegen Gennaro. Vieles haben andere beantwortet. Ich möchte nur bei Audi fortsetzen. Als Wirtschaftsreferent habe ich sofort Kontakt mit dem zuständigen Minister aufgenommen, und der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer hat entsprechende Schritte aus seiner Position und aus seiner Ebene auch für diese Betriebsansiedelung bereits veranlaßt.

Der Kollege Hammer hat gesprochen, daß wir das Ausbildungszentrum Eisenerz nutzen sollen. Ja, aber es ist nur ein Teil, zu dem ich ja sagen kann, weil ich

glaube, der Schwerpunkt soll wieder werden, und das ist unser gemeinsames Anliegen, daß das Ausbildungszentrum Menschen ausbildet, die dann auch in ihrer Umgebung, die dann auch in Eisenerz, Radmer, Hieflau, nehmen wir alles zusammen, auch die Möglichkeit eines Arbeitsplatzes haben, und ich darf auch hier an dieser Stelle versichern, daß wir uns sehr bemühen und daß es auch wirkliche Angebote gibt, dort die Arbeitsplätze zu sichern, zu festigen, um auch in Zukunft dort wieder einen Standort zu haben, wo die Menschen Zukunft und Hoffnung haben. Ich glaube, daß dieser heutige Beschluß ein Signal ist, ein Signal dorthin, daß die Steiermark beides sein kann. Ich sage es immer wieder, weil ich glaube, daß wir das auch hinaustragen sollten. Die Steiermark ist ein Tourismusland. Die Steiermark ist aber auch ein Industrieland. Mit dieser Entscheidung und mit diesem Herkommen von Chrysler in die Steiermark haben wir ein Signal für die Welt gesetzt. Für den Osten und für den Westen. Daß es hier diesen Standort gibt, daß wir offen sind, und daß wir ein Land sind, das sich Entscheidungen treffen traut, das aber auch die notwendigen Voraussetzungen bringt, damit man sich hier gerne ansiedelt. Ich darf Ihnen versichern: Es haben andere Bundesländer, insbesondere im Osten, wesentlich mehr geboten an Förderungsmitgliedern von seiten des Landes, und es war das Verhandlungsergebnis des Landeshauptmannes und der Verantwortlichen dort, daß wir es in eine Realität gebracht haben, die natürlich sehr viel Bereitschaft und Einsatz des Landes kostet, wo man aber auch sagen muß, es wird auf beiden Seiten viel eingebracht, und es ist eine gute Kooperation und Zusammenarbeit zwischen Bund, Land und Stadt. Ich möchte alle drei erwähnen, weil es einfach wichtig ist. Eurostar ist keine verlängerte Werkbank. Es ist angesprochen worden. Es soll dieser Standort in Graz auch zu einer Europazentrale von Chrysler werden. Forschungs- und Entwicklungskomponenten werden in Graz angesiedelt sein, und hier muß man besonders auf die positive Verbindung der Fahrzeugtechnik zu Steyr Daimler Puch hinweisen, daß es ja die Tradition ist, das Know-how, das Können der Mitarbeiter dort, das man auch merkt in der Zusammenarbeit mit den Universitäten, mit AVL und so weiter. Es ist vieles angesprochen worden. Es gibt gegenseitige belebende Effekte, die zum Erfolg führen werden. Auch muß man dazusagen, daß geplant ist, daß der Europavertrieb von Chrysler nach Graz kommen soll. Es ist sicher auch die Entwicklung im Osten Europas ein Teil, der von der Firmenleitung sehr wohl bedacht ist. Gleichzeitig möchte ich darauf hinweisen, daß dies eine Erstkonstruktion ist, das heißt, es ist am Anfang des Lebenszyklus dieses Fahrzeuges, und es wird eine Großraumlimousine sein als Kombi, den man als Familien- und als Werkauto gut verwenden kann. Die Folge ist auch, daß sich viele Unternehmer jetzt interessieren, wo ist Graz, wo ist die Steiermark, weil wenn Chrysler dorthin geht, dann kann das auch für uns ein interessanter Standort werden. Chrysler versucht auch und hat sich vorgenommen, und auch dies steht im Vertrag drinnen, weitere Komponenten beziehungsweise Autos dann in Graz zu fertigen. Unabhängig davon muß man aber sagen, daß Steyr Daimler Puch schon heute viele Allradkomponenten an Chrysler liefert. Es ist auch festgeschrieben, und wir haben sehr viel Wert auf die Wertschöpfung gelegt. Das möchte ich schon anschnei-

den, weil es hier differenzierte Meinungen beziehungsweise Aussagen gegeben hat. Wir haben eine Verpflichtungserklärung der Firma, und die ist auch in die Verträge eingebaut, daß mindestens zirka 35 Prozent österreichische Wertschöpfung sein müssen. Der Schwerpunkt für uns liegt natürlich in der Steiermark, und wir haben schon dementsprechende Maßnahmen getroffen. Wenn ich daran denke, daß die Firmenkontakte hergestellt sind, daß ich heute schon fünf Betriebe kenne, die Zulieferer sind, die gemeinsame Projekte haben, und daß das Ziel ist, einige tausend Arbeitsplätze als Zulieferer zu sichern, dann möchte ich es zurückweisen, wenn der Kollege Mag. Rader nur von Hoffnung spricht. Hoffnung allein wäre zu wenig. Wir haben schon Ergebnisse, an die man glauben kann. Das wichtigste ist aber jetzt die Änderung unserer Situation. Denken wir an die Diskussionen der letzten Jahre. Es ist gar nicht so lange her, wo wir hier in diesem Haus sehr oft darüber gesprochen haben, wo können wir dort den einen oder anderen Arbeitsplatz sichern? Wenn ich heute genau hingehört habe, dann ist die Diskussion in eine andere Richtung gegangen, daß man sagt, es ist der Kampf um den Arbeitnehmer, besonders um den qualifizierten Arbeitnehmer auch entstanden. Ich bekenne mich dazu, und man hat Maßnahmen zu treffen. Es war die erste Aufgabe von mir, sofort nach dem Entscheid im Jänner, nach dieser Unterschrift, Anfang Feber einzuladen und zu sagen, eine Berufsbildungsoffensive, wie weit können wir kommen, und es ist inzwischen einiges geschehen, und ich darf Ihnen versichern, der Herr Präsident Ing. Stoisser hat es auch aufgezählt, daß jene Arbeitnehmer zu einem großen Teil schon in Ausbildung sind, die gebraucht werden, und es gibt in diesem Zusammenhang eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Landesarbeitsamt, zwischen den Erwachsenenbildungsstätten, aber auch muß man vorbereiten, was geschieht in den Lehrbetrieben, was geschieht in den Berufsschulen? Es wird vorgearbeitet, es wird zusammengearbeitet, und wir werden es schaffen.

Das Thema Lohnniveau ist auch angesprochen worden. Dazu möchte ich ganz klar sagen: Es ist natürlich so, daß in einer dynamischen Wirtschaftssituation auch kurzfristig die Löhne stärker steigen. Aber auch meine Kollegen Ing. Stoisser und Dr. Dorfer haben es ausgesprochen: Dieses gesamte positive wirtschaftliche Klima wird sich auf die Klein- und Mittelbetriebe auswirken.

Und eines möchte ich für die Unternehmer klar feststellen: Es wird Ausnahmen geben, aber im Grunde genommen zahlen unsere Unternehmer im Land nach Möglichkeit immer mehr, als oft der Kollektivvertrag vorschreibt, weil sie ihre Mitarbeiter erstens schätzen, zweitens brauchen und mit ihnen ein gutes Arbeitsverhältnis haben. Das gilt vor allem für die kleine und mittlere Wirtschaft, wo es eine enge Verbindung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber gibt.

Wir werden uns sehr bemühen – und ich glaube, das sollte man auch hier ansprechen, weil es zu diesem Abschluß gekommen ist –, weiter diesem Zeugnis gerecht zu werden, das uns gestern ein Unternehmer aus der Bundesrepublik ausgesprochen hat, und zwar hat er folgendes gesagt – und das nehme ich zum Abschluß. Ich könnte unter anderem auch noch den „Zürcher Trend“ zitieren, der das Chrysler-Projekt als

besonders günstig beschreibt, andere anders darstellt. Es ist eigentlich für Sie, die Sie gut informiert sind, ja sicher auch schon zu lesen gewesen. Ich komme zu dem Zeugnis des deutschen Unternehmers, der selbst einen Betrieb mit 1200 Mitarbeitern aufgebaut hat, von der Firma „Mikron“ – der Geschäftsführer Zeisig war hier –, der folgendes für das Bundesland Steiermark gesagt hat – und so ist es bitte auch beim Chrysler-Projekt gelaufen –: „Unbürokratisch, es gibt einen engen Kontakt mit den Universitäten, es gibt eine hohe Arbeitsmoral, es ist ein guter Standort, es ist ein Land, in dem man Aufbruchsstimmung spürt, es gibt Optimismus, und Mitarbeiter fühlen sich in dieser Stadt und in diesem Lande sehr wohl.“ Das wünsche ich auch den Mitarbeitern; das wünsche ich dem Projekt Chrysler, und das wünsche ich uns allen. Er hat aber auch einen negativen Satz gesagt: „Es ist bis auf die Anreise zu diesem Standort alles okay.“ Und daß dieses Okay vollständig wird, dafür wurde vorgesorgt. Wir haben vom Herrn Landeshauptmann gehört, daß die Pyhrnautobahn fertiggestellt werden wird. Und wenn es uns dann noch gelingt, diesen Anschluß nach Westen ganz zu finden, so wie wir ihn brauchen, plus Bahn, plus Flug und alles, was angeboten wird, dann werden wir das sein, was wir sein wollen. Ein Standort höchsten Ranges, einer der besten von Europa. (Beifall bei der ÖVP. – 11.43 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1048/1, ihre Zustimmung erteilen, ersuche ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1054/1, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist ebenfalls mit Mehrheit angenommen.

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1049/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1990 (2. Bericht für das Rechnungsjahr 1990).

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Kanape. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kanape (11.44 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Vorlage betrifft die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1990. Es geht um den zweiten Bericht für das Rechnungsjahr 1990, wobei festgestellt wird, daß in der Zeit vom 28. Februar bis 20. März 1990 für den Bereich der gesamten Landesverwaltung Mehrausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag von insgesamt 11.120.000 Schilling durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden. Diese Ausgaben wurden für die Wirtschaftliche Landesverteidigung in der Höhe von 200.000 Schilling verwendet, für den Steirischen Umweltlandesfonds, Beiträge für die Aktion Nachrüstkatalysatoren, 10 Millionen Schilling und für allgemeine Umweltschutzmaßnahmen 920.000 Schilling.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen, den zweiten Bericht für das Rechnungsjahr 1990 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag im Betrag von 11,120.000 Schilling zur Kenntnis zu nehmen und zu genehmigen. (11.45 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1050/1, über die Nachbedeckung des Zuschusses für den laufenden Aufwand der Vereinigten Bühnen sowie des Zuschusses an das Grazer Philharmonische Orchester durch Aufnahme von zusätzlichen Darlehen.

Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Barbara Kanape, der ich das Wort erteile.

Abg. Kanape (11.45 Uhr): Meine Damen und Herren!

Die Vorlage wurde im Finanz-Ausschuß ausführlich diskutiert und beschlossen. Ich darf daher den Antrag stellen, den vorliegenden Bericht über die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für den Zuschuß an das Grazer Philharmonische Orchester sowie den Zuschuß zum laufenden Aufwand der Vereinigten Bühnen zur Kenntnis zu nehmen und gleichzeitig zur Bedeckung die Aufnahme von zusätzlichen Darlehen im Gesamtbetrag von 1,629.918,11 Schilling zu genehmigen.

Soweit mein Bericht und Antrag. (11.46 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ussar.

Abg. Ussar (11.46 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Dame und sehr geehrte Herren der Steiermärkischen Landesregierung, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Wir alle freuen uns über das rege und vielfältige kulturelle Angebot in den Orten, Märkten und in den Städten unserer steirischen Heimat. Ich betone ausdrücklich „in der ganzen Steiermark“, weil viele kulturelle Aktivitäten sehr oft von Großveranstaltungen medial total überdeckt werden.

Vor nicht allzulanger Zeit hat nun die Leitung des Opernhauses in Graz eine Programmorschau für die Saison 1990/91 vorgelegt. Als Kulturreferent der Stadt Leoben habe ich mich über dieses ausgezeichnete Programm echt gefreut. Noch mehr freuen aber, sehr geehrte Damen und Herren, würde ich mich, wenn von der neuen Leitung des Opernhauses Produktionen des Opernhauses wieder so gestaltet werden, daß auch Aufführungen auf geeigneten Bühnen in steirischen Orten und Städten wieder möglich sind. Gerade das Stadttheater der Stadt Leoben feiert heuer das 200jährige Bestandsjubiläum, und immer wieder treten die Mitbürger mit dem Wunsch an mich heran, Produktionen des Opernhauses auch bei uns zu sehen. Vergessen wir nicht, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, daß wir gerade auch in diesem Hohen Haus

die Aufgabe haben, den Zugang auch zu hochwertigen kulturellen Veranstaltungen für alle Mitbürger in unserer steirischen Heimat zu sichern. Gerade die sogenannten Abstecher des Opernhauses in Graz haben bisher den Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die aus beruflichen und finanziellen Gründen nicht in der Lage sind, das Opernhaus in Graz zu besuchen, Aufführungen in ihren Heimatorten immer wieder ermöglicht. In diesem Zusammenhang möchte ich wirklich den Verantwortlichen und vor allem auch den Schauspielern des Schauspielhauses in Graz herzlich danken, die immer wieder mit ausgezeichneten Produktionen auch in die Märkte und Städte unserer steirischen Heimat kommen. Ich weiß sehr genau, daß das nicht einfach ist, aber ich glaube, daß gerade der Beifall diesen Schauspielern auch immer wieder ein großer Lohn ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin der Ansicht, daß die Vereinigten Bühnen, die vom Land Steiermark mit namhaften Subventionen – heuer sind es mit dem Philharmonischen Orchester über 85 Millionen Schilling – mit Recht, und ich betone „mit Recht“ – gefördert werden, auf Grund dieser Subventionen die Verpflichtung haben, bei der Spielplangestaltung den gesamtsteirischen Aspekt im Auge zu haben. Sind wir froh, daß so viele Steirerinnen und Steirer am kulturellen Leben in unserer Heimat teilnehmen. Allein in unserer Stadt – das habe ich zusammengezählt – haben in den letzten fünf Jahren 1368 Veranstaltungen stattgefunden, und ich weiß, daß die Damen und Herren Abgeordneten aus ihren Orten und Städten sicher gleiche kulturelle Berichte bringen könnten. Allein bei den Aufführungen des Stadttheaters Leoben waren in den letzten fünf Jahren 53.000 Mitbürger anwesend. Im genannten Zeitraum – und das ist jetzt sehr wichtig – fanden 31 Aufführungen des Schauspielhauses statt. Aber demgegenüber stehen nur zwei Aufführungen des Opernhauses in Graz, „Pimpinone“ und „Der Barbier von Sevilla“. Aus diesem Vergleich sehen Sie, daß das Schauspielhaus den Verpflichtungen wohl nachkommt, wir aber beim Opernhaus berechtigte Forderungen anmelden.

Ich ersuche daher noch einmal – und ich habe es schon einmal getan – die Verantwortlichen für die Spielplangestaltung des Opernhauses, auch in Zukunft dafür zu sorgen, daß wieder die ausgezeichneten Produktionen des Opernhauses in steirischen Städten und Orten, und ich betone, wo die Voraussetzungen gegeben sind, aufgeführt werden. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 11.50 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

7. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 634/3, zum Antrag der Abgeordneten Schrittwieser, Meyer, Sponer, Erhart und Genossen, betreffend die Förderung eines Berufsfindungszentrums in Kapfenberg.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer, dem ich das Wort erteile.

Abg. Rainer (11.50 Uhr): Verehrter Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

In der Sitzung des Steiermärkischen Landtages vom 24. Jänner 1990 wurde der Antrag der Abgeordneten Schrittwieser, Meyer, Sponer, Erhart und Genossen, betreffend die Förderung eines Berufsfindungszentrums in Kapfenberg, der Steiermärkischen Landesregierung zugewiesen und der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung zur Behandlung übermittelt.

Die Fachabteilung für Wirtschaftsförderung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung berichtet dazu wie folgt:

Das berufliche Bildungs- und Rehabilitationszentrum Linz (BBRZ) betreibt seit 1975 in Linz ein Rehabilitationszentrum für die berufliche Rehabilitation Behinderter, dessen Wirkungsbereich sich auf das gesamte Bundesgebiet erstreckt. Bis zum Jahre 1977 war dieses Zentrum als Bestandteil des BFI geführt worden und in diesem Jahr durch die Gründung des Vereins „Berufliches Bildungs- und Rehabilitationszentrum“ rechtlich verselbständigt. Die Leistungsschwerpunkte des BBRZ sind die Führung der Geschützten Werkstätte sowie die berufliche Rehabilitation.

Auf Grund der hohen Auslastung der Linzer Kapazitäten und der weiterhin steigenden Nachfrage hat man sich im Jahre 1986 entschlossen, mit einem Teil des Leistungsangebotes in die Bundesländer zu gehen.

In der Steiermark ist seit August 1986 in Kapfenberg das Berufsfindungszentrum Steiermark als Geschäftsstelle des BBRZ Linz tätig. Im Jahre 1988 wurde das zunächst angemietete Objekt angekauft und in der Folge umfassend saniert und behindertengerecht adaptiert. Bis Dezember 1989 wurden (einschließlich des Liegenschaftskaufes) Investitionen per insgesamt rund 18 Millionen Schilling durchgeführt.

Da diese Investitionen durch das BBRZ Linz nicht finanziert werden können, ist man im Jahre 1988 an das Land Steiermark mit der Bitte um Unterstützung herangetreten. Dieses Ersuchen wurde in der Folge auch vom Steiermärkischen Landtag unterstützt und die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, „dafür einzutreten, daß dem BBRZ Linz für die Errichtung des Berufsfindungszentrums Kapfenberg ein Förderungsbeitrag für dieses Vorhaben zur Verfügung gestellt wird“.

Das Leistungsangebot des Berufsfindungszentrums Steiermark (BFZ) hat sich seit seiner Inbetriebnahme im Jahre 1986 (begonnen wurde mit der Durchführung von fünfwöchigen Berufsfindungsmaßnahmen für erwachsene Behinderte) stark ausgeweitet.

Neben der Abteilung für Berufsfindungsmaßnahmen, welche außer den Maßnahmen zur Berufsfindung für Erwachsene (Dauer: fünf Wochen) auch noch Maßnahmen zur Berufsfindung für Personen, die insbesondere psychische Beeinträchtigungen, soziale Lerndefizite und Mehrfachbehinderungen aufweisen (Dauer: zehn Wochen), sowie Maßnahmen zur Berufsfindung für behinderte, schwervermittelbare und arbeitsmarktpolitisch benachteiligte Jugendliche (Dauer: 22 Wochen) durchführt, wurden eine Abteilung für individualisierte Bildungsmaßnahmen und Vorförderung sowie ein Betriebskontaktereferat eingerichtet.

Im BFZ sind derzeit 20 Mitarbeiter beschäftigt, eine ebenso große Anzahl von Experten arbeitet zusätzlich

auf Honorarbasis mit. Damit können in diesen Maßnahmen laufend etwa 80 bis 90 Personen betreut werden, insgesamt wurden zwischen 1986 und 1989 etwa 600 Personen betreut.

Bereits im Dezember 1989 wurde dem BFZ ein Betrag in Höhe von 68.791 Schilling aus berufsfördernde und berufsbildende Maßnahmen – Beiträge an sonstige berufsfördernde und berufsbildende Einrichtungen, zur Verfügung gestellt.

Nunmehr soll ein weiterer Betrag in Höhe von 1.200.000 Schilling in Form eines Investitionskostenzuschusses aus allgemeinen Wirtschaftsförderungsmiteln gewährt werden.

Auch im Ressortbereich von Landesrat Tschernitz wird für das gegenständliche Projekt eine Förderung in Aussicht genommen. Die Förderung soll zirka 600.000 Schilling betragen, wobei diese Förderung in drei Jahresraten zur Auszahlung gelangen soll. Verbunden mit dem gegenständlichen Förderungsvorschlag und den bereits gewährten Förderungen aus Wirtschaftsförderungsmiteln würde insgesamt eine Landesförderung für das gegenständliche Projekt in Höhe von rund 13,8 Prozent (bezogen auf die Förderungsobergrenze von 75 Prozent der gesamten Investitionskosten per rund 18 Millionen Schilling) erreicht werden.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher den Antrag, diese Vorlage zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Sie wurde im Ausschuß ebenfalls zustimmend zur Kenntnis genommen. Ich beantrage die Annahme der Vorlage. (11.55 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (11.55 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Der Herr Kollege Prof. Dr. Eichinger hat es richtig gesagt, es wurde schon viel gesagt. Ich möchte mich aber trotzdem beim BBRZ dafür bedanken, daß sie diese Institution in Kapfenberg errichtet haben und daß sie eine so positive Entwicklung genommen hat. Waren es 1986 noch vier Personen, die mit der Ausbildung beschäftigt waren, sind es heute 20, und waren es damals 15 Klienten, die im Berufsfindungszentrum aufgenommen wurden, sind es heute zwischen 80 und 90, und ich glaube, dies ist eine sehr positive Entwicklung. Ich möchte auch herausstreichen, daß die Arbeitsmarktverwaltung diesen Kurs sehr maßgeblich fördert, ansonsten wäre der Betrieb ja nicht möglich. Die Sozialversicherungsträger sowie auch die Rechtsabteilung 9 fördern nach dem Steiermärkischen Behindertengesetz, wenn eine Behinderung vorliegt, dieses Berufsfindungszentrum beziehungsweise die Abwicklung. Für die Investition darf ich mich hier besonders bedanken. Wir waren ja bei der Frau Landesrat Klannic, die für unser Anliegen Verständnis gehabt hat, und bei Herrn Landesrat Tschernitz, der hier ebenfalls Mittel bereitgestellt hat. Es wird bereits überlegt, daß dieses Berufsfindungszentrum erweitert wird, weil der Bedarf einfach immer größer wird. Und auch hier wird es wieder Wünsche geben, und ich darf heute schon hier bitten, daß man für diese Wünsche wiederum Verständnis hat.

Auch ein Wohnheim muß beim Berufsfindungszentrum in Kapfenberg errichtet werden, und ich darf

heute schon bitten, daß dieses, wenn es Möglichkeiten gibt, mit Mitteln der Wohnbauförderung errichtet werden kann. In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. Hat nicht so lange gedauert. (11.57 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Bei den Tagesordnungspunkten 8 und 9 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hohen Haus vertretenen politischen Parteien vor, diese beiden Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Fall Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Zum Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 888/3, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Rader, Weilharter, Kammlander und Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Umwidmung der im Budget 1989 vorgesehenen 40 Millionen Schilling für das KVA-Verfahren für private Betriebsansiedlungsprojekte beziehungsweise zur Aufstockung der Wirtschaftsmilliarde und damit für Klein- und Mittelbetriebe,

erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Leopold Johann Dorfer das Wort zur Berichterstattung.

Abg. Dr. Dorfer (11.58 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es handelt sich hier um die Regierungsvorlage zum Antrag der Abgeordneten Mag. Rader, Weilharter, Kammlander und Dr. Korber, betreffend die Umwidmung der im Budget 1989 vorgesehenen 40 Millionen Schilling für das KVA-Verfahren für private Betriebsansiedlungsprojekte beziehungsweise zur Aufstockung der Wirtschaftsmilliarde und damit für Klein- und Mittelbetriebe. Es ist im Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschuß diese Thematik behandelt worden und ich darf namens dieses Ausschusses den Antrag stellen zu beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der erwähnten Abgeordneten, betreffend die Umwidmung der im Budget 1989 vorgesehenen 40 Millionen Schilling für das KVA-Verfahren für private Betriebsansiedlungsprojekte beziehungsweise zur Aufstockung der Wirtschaftsmilliarde und damit für Klein- und Mittelbetriebe, wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Ihre Zustimmung. (11.59 Uhr.)

Präsident: Zum Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 888/4, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Rader, Weilharter, Kammlander und Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Umwidmung der im Budget

1989 vorgesehenen 40 Millionen Schilling für das KVA-Verfahren für private Betriebsansiedlungsprojekte beziehungsweise zur Aufstockung der Wirtschaftsmilliarde und damit für Klein- und Mittelbetriebe,

erteile ich ebenfalls dem Herrn Abgeordneten Dr. Leopold Dorfer das Wort zur Berichterstattung.

Abg. Dr. Dorfer (11.59 Uhr): Auch hier, meine Damen und Herren, geht es um eine Landesregierungsvorlage zum Antrag der früher schon erwähnten Abgeordneten, betreffend die Umwidmung der im Budget 1989 vorgesehenen 40 Millionen für das KVA-Verfahren für private Betriebsansiedlungsprojekte beziehungsweise zur Aufstockung der Wirtschaftsmilliarde und damit für Klein- und Mittelbetriebe. Ebenso stelle ich hier namens des Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschusses den Antrag, dieser Vorlage Ihre Zustimmung zu erteilen. (12.00 Uhr.)

Präsident Meyer: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ussar. Ich erteile es ihm.

Abg. Ussar (12.00 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, sehr geehrte Dame und sehr geehrte Herren der Steiermärkischen Landesregierung, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Uns liegen heute praktisch zwei Anträge zur Umwidmung der im Budget 1989 vorgesehenen 40 Millionen Schilling für das KVA-Verfahren für private Betriebsansiedlungsprojekte beziehungsweise zur Aufstockung der Wirtschaftsmilliarde und damit für Klein- und Mittelbetriebe vor. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten hat nun im ordentlichen Gewerbegerichtsverfahren in letzter Instanz bestätigt, daß beim Probetrieb des KVA-Verfahrens im Hüttenwerk Donawitz die vom Gesetzgeber festgelegten Grenzwerte überschritten wurden, weshalb der Betrieb einzustellen ist.

Die Stadtgemeinde Leoben hat nun daraufhin in einer einstimmig im Gemeinderat der Stadt Leoben beschlossenen Resolution alle zuständigen politischen und wirtschaftlichen Funktionsträger um Unterstützung bei der Erhaltung der Arbeitsplätze für rund 3000 Arbeiter und Angestellte und Lehrlinge im Hüttenwerk Donawitz ersucht. Eine Reduzierung, sehr geehrte Damen und Herren, des Mitarbeiterstandes im Hüttenwerk Donawitz brachte schon bisher unausweichlich eine Verminderung der Mitarbeiter in den übrigen Betrieben der Wirtschaft der Stadt und des Bezirkes Leoben. Der Gemeinderat der Stadt Leoben erwartet daher mit Recht im Interesse der Bevölkerung des ganzen Bezirkes auch die gesamtösterreichische Unterstützung in dieser Hinsicht.

Wenn ich Ihnen sage, daß der letzte Bericht des Arbeitsamtes Leoben ein betrübliches Bild zeigt, so werden Sie mir dies bestätigen. Es sind derzeit 2399 Mitbürger ohne Arbeit, davon 1373 Männer und 1026 Frauen – eine Arbeitslosenrate von 8,9 Prozent.

Besonders schwer wiegt in diesem Zusammenhang, daß von den Arbeitsuchenden 500 mehr als 50 Jahre alt sind und daher nur sehr schwer einen neuen Arbeitsplatz finden.

Der Bezirk Leoben weist darüber hinaus aber auch eine hohe Abwanderungsrate auf. Die Arbeitslosen-

rate, meine Damen und Herren, liegt aber nicht nur jetzt schlecht, sondern permanent schon über dem Landesdurchschnitt. Leider haben vor allem – und das möchte ich besonders betonen – die Frauen nur sehr geringe Beschäftigungschancen. Bedenkt man aber, daß auch in Zukunft sicher noch Rationalisierungsmaßnahmen greifen werden – VOEST-Alpine derzeit 2600 Beschäftigte, Hinterberg 600 –, so sind weitere Arbeitsplätze im Raum Leoben akut gefährdet.

Es ist daher unbedingt notwendig, die zunächst für das KVA-Verfahren im Standort Donawitz vorgesehenen Landesmittel für den Bezirk Leoben umzuwidmen. In bezug auf das Hüttenwerk Donawitz ist das Ziel, unter besonderen Rahmenbedingungen ein konkurrenzfähiges Werk auf moderner Basis und mit möglichst umweltschonender Technologie, mit qualitativ hochwertigen Produkten und humanen Arbeitsplätzen auszubauen. Bedenkt man, daß das Hüttenwerk Donawitz bereits jetzt eine bedeutende Palette von Funktionen erfüllt, ich betone: als Vorlieferant Rohstahlversorgung für vier steirische Standorte, als Anbieter höchstwertiger Produkte im Investitionsgüterbereich, als Drahterzeuger für österreichische und europäische Märkte, als weltweit anerkannter Schienenproduzent von höchster Güte – und die Abgeordneten Hammer und Gennaro, die bei der Eröffnung der Schienenfließadjustage dabei waren, werden bestätigen daß hier wirklich von höchster Qualität gesprochen werden kann.

Vor allem aber hat das Hüttenwerk Donawitz eine besondere Bedeutung als Rückgrat der Region mit besonderer Beachtung auch des steirischen Erzberges.

Sehr geehrte Damen und Herren, in diesem Zusammenhang ist es aber auch unbedingt notwendig, die Arbeitsplätze in der Forschung und Entwicklung in Leoben zu erhalten. Der Herr Landesfinanzreferent Dr. Klauser hat in seiner Budgetrede am 28. November 1989 sich besonders ausführlich mit dem von ihm genannten Problemfall KVA und der Hütte Donawitz beschäftigt. Als Ausweg schlug damals der Herr Finanzreferent die Gründung eines Industrieparks Leoben-West vor. Wie Dr. Klauser betonte, könnten die entsprechenden finanziellen Mittel zum größten Teil umgeschichtet, der Rest mit einer Kraftanstrengung bereitgestellt werden.

Die Frau Landesrat hat heute von dem Optimismus gesprochen, sie hat auch einmal ein Wort von der „Zukunftsregion Obersteiermark“ geprägt. Ich glaube, wir würden diesen Optimismus in unserer Region teilen, wenn diese Umwidmung der KVA-Millionen für den Raum Leoben wirklich durchgeführt wird.

Ich ersuche daher die Steiermärkische Landesregierung noch einmal, die für das KVA-Verfahren vorgesehenen Landesmittel unbedingt für die Region Leoben umzuwidmen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 12.05 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kollmann.

Abg. Kollmann (12.05 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus!

Der Kollege Ussar hat mir in weiten Teilen seiner Ausführungen aus dem Herzen gesprochen, als er

nämlich die Situation der Donawitzer, sprich obersteirischen, Arbeitsplätze geschildert hat. Er hat allerdings auch davon gesprochen, daß Mittel umgewidmet werden sollen, die es eigentlich noch gar nicht gibt, weil die Kreditaufnahmen noch gar nicht beschlossen sind und weil diese Mittel Gott sei Dank in weiser Voraussicht auch nicht zu früh freigegeben wurden, und zwar so früh, als der Flop des KVA noch nicht bekannt war. Kollege Ussar hat auch gemeint, daß Herr Landesrat Dr. Klauser in seiner Funktion als Landesfinanzreferent in seiner Budgeteinbegleitungsrede gemeint hat, man sollte einen Industriepark Leoben-West schaffen. Ich halte das – bitte entschuldige, lieber Kollege Ussar – für ein nicht zielführendes Unternehmen oder für einen nicht zielführenden Plan. Denn es gibt die Notwendigkeit, den Industriepark St. Peter-Freienstein endlich einmal zu füllen, nachdem die VOEST-Alpine unter Führung des Arbeiterbetriebsratsvorsitzenden Fauland die Ermöglichung dieses Industrieparks so lange durch ungerechte Forderungen – Forderungen in einer Höhe, die einfach astronomisch waren – verhindert hat. Und trotzdem hat das Land Steiermark versucht, hier etwas zu machen. Und die Tatsache, daß Villas Styria jetzt als Generalunternehmer insolvent geworden ist, würde – glaube ich – die Zusammenarbeit aller erfordern, um diesen Industriepark, für den schon etliche Firmen da waren, aber natürlich auf Grund dieser Insolvenz auch wieder abgesprungen sind, zu füllen, bevor man an einen zweiten Industriepark Leoben-West denkt.

Meine Damen und Herren, KVA: Bogdandys Ruf, der das KVA-Verfahren erfunden hat, war eigentlich, schon bevor er zur VOEST-Alpine gekommen ist, nicht der allerbeste, obwohl er im Jahr 1972 vom Klöckner Vorstand als großer Technikkaiser eingestellt wurde und beauftragt wurde, das Hüttenwerk Bremen von Klöckner zu bauen. Dieses Hüttenwerk Bremen ist letztlich überdimensioniert gewesen, die Geschichte ist ihm nicht gelungen, und bis zu 340 Millionen Mark – so steht da im „Manager-Magazin“ von 1984, einem deutschen Magazin – haben die Banken jährlich für die Bremer Hütte von den Konzernkonten abbuchen müssen, weil die Anlagen etwa nur zur Hälfte ausgelastet waren. Dann kam Bogdandys zweiter Streich – bitte, ich zitiere nur das „Manager-Magazin“ aus dem Jahre 1984 –, und da haben er und seine Techniker am Klöckner Stahlerzeugungsverfahren getüftelt, und letztlich haben die niedersächsischen Stahlkocher das veraltete Stahlwerk Georg-Marien-Hütte samt diesem neuen Verfahren auch schließen müssen beziehungsweise sie haben letztlich den Stahl wieder nach Sitte der alten Väter erschmelzen müssen.

Trotzdem, bitte, gebe ich zu, haben Bogdandys Ideen vor allem im Zusammenhang mit dem Standort Donawitz einen gewissen Reiz gehabt, und es wäre jetzt falsch zu sagen, daß sich nur gewisse Herren der VOEST-Alpine dafür interessiert haben. Es waren auch namhafte Leute, die vom Stahlkochen schon etwas verstehen, die gemeint haben, daß das unter Umständen ein Ausweg wäre, obwohl ich hinzufügen muß, daß sich die VOEST-Alpine – und das wurde mir von der Montanuniversität auch bestätigt – nie und nimmer mit den dauernd im wissenschaftlichen Forschungsbetrieb tätigen Professoren zusammengesetzt hat, um da Gutachten ausarbeiten zu lassen.

Aber Bogdandy hat geglaubt, er sei selbst gescheit genug. Es war für die Region irgendwie wie ein Strohalm, an den man sich geklammert hat, an den sich die Wirtschaft, die Politiker und auch die Betriebsräte geklammert haben. Das ist heute nicht wegzudenken. Allerdings hat es schon, als es diese Überlegung gegeben hat, einige deutliche warnende Rufe gegeben, eben mit Rücksicht auf die erfinderische Vergangenheit des Generaldirektors Bogdandy. Viele haben damals gedacht, dieses KVA-Verfahren würde einen ähnlichen Siegeszug antreten wie seinerzeit das berühmte LD-Verfahren, das ja wirklich rund um die Welt ging und das bedeutendste Stahlkochverfahren der Nachkriegszeit geworden ist und im Schoße von Linz und Donawitz in den Forschungsabteilungen geboren wurde und in den Werken. Das ganze hat sich nun als Flop herausgestellt. Wenn der Antrag des Kollegen Mag. Rader und der Genossen Weilharter, Kammländer und Dipl.-Ing. Korber am 17. Oktober 1989 eingebracht wurde, so sehe ich das ein. Das war eine Idee. Das sollte man nun einmal aussetzen, und man sollte diese Millionen, die vorgesehen, aber noch nicht beschlossen waren, umwidmen. Das ist bitte an sich zu diesem Zeitpunkt schon absehbar gewesen, daß dieses KVA-Verfahren nicht zuletzt wegen der Umweltbelastung, aber auch wegen der technischen Mängel ein Flop ist. Denn wenige Tage später, nachdem dieser Antrag eingebracht wurde, hat Herr Bogdandy persönlich in einem Schreiben an Frau Landesrat Waltraud Klasnic, ich lese da einen Absatz vor, gemeint, daß die VOEST-Alpine sich aus diesem Verfahren weitgehend zurückzieht, und hat wörtlich geschrieben: „Aus diesem Grund hat der Vorstand der VOEST-Alpine Stahl AG. nach ausführlicher Abwägung sich entschlossen, die von Ihnen freundlicherweise in Aussicht gestellte KVA-Hilfe nicht in Anspruch zu nehmen und die Zusammenarbeit mit der geplanten Gesellschaft ITT auf rein marktwirtschaftlicher Basis abzuwickeln.“ Das heißt also, Bogdandy hat namens der VOEST-Alpine mit Schreiben, ich zitiere noch einmal, vom 23. Oktober 1989 auf diese Förderungen verzichtet. Nun, meine Damen und Herren, es haben sich viele gefragt, was macht das Land mit diesen Millionen, die es noch gar nicht gehabt hat? Es haben sich viele gewundert, wieso das Land nicht einfach Gelder, die es noch gar nicht hat, umwidmet und unter Umständen, wenn neue Betriebsansiedlungen oder neue Verfahren in der Obersteiermark gefunden werden, auch Garantien verlangt, so wie das Land es Gott sei Dank im Falle der Hütte Donawitz im Zusammenhang mit dem KVA-Verfahren getan hat. Bitte, wir müssen hier als Steiermärkischer Landtag ein für alle Mal feststellen: Nicht nur die Landesregierung, auch wir als Landtagsabgeordnete sind für die Budgetmittel des Landes Steiermark verantwortlich, und daher müssen wir für die Mittel, die uns der Steuerzahler zum Verwalten in die Hand gibt und die die Regierung durch Beschlüsse auch ausgeben kann, Garantien verlangen, daß diese Mittel nicht irgendwie in Flops versickern à la Magdalen oder sonstwie.

Meine Damen und Herren! Überlegen wir einmal, wie schaut es in unserem Bereich jetzt aus? Es hat groteskerweise nicht in Österreich, sondern in Hannover anläßlich der Messeeröffnung eine Pressekonferenz des Herrn Hugo Michael Sekyra und des Herrn Ludwig von Bogdandy gegeben, und die Herren haben

gemeint, das Hüttenmonster Donawitz soll zu einem mittelständischen Werk geschrumpft werden. Einen der beiden Hochöfen will man bis 1991 ausblasen, was allerdings bedeuten würde, daß man 1994, wenn der zweite Hochofen zugestellt werden muß, was etwa 100 Millionen Schilling kostet, sich sicherlich überlegen wird, diesen zweiten Hochofen überhaupt noch neu zuzustellen. Denn das bedeutet viele Monate Stillstand in der Roheisenproduktion. Man hat in Hannover aber auch sehr deutlich unterklingen lassen, und Sekyra hat es öffentlich zu verstehen gegeben, siehe „Profil“ von gestern, daß er auch die Schließung des zweiten Hochofens und der restlichen LD-Konverter, zwei gibt es noch, nur mehr für eine Frage der Zeit hält. Nun fragt sich natürlich auch das „Profil“, was sagen dazu die Belegschaftsvertreter der Hütte Donawitz? Sie kommen letztlich zum Schluß, daß Fauland, „der alte Kämpfer, Kreide gefressen haben muß und sich ins Unvermeidliche fügt und sich wider besseres Wissen auf wahljahresbedingte Übungen in Zweckoptimismus einstellt“. Das ist bitte nicht meine Meinung, das ist die Meinung des „Profils“. Wer die letzten Äußerungen des Betriebsratsvorsitzenden Fauland von Donawitz kennt, spürt direkt, daß sich der gute Adi Fauland schon wirklich auf die Schließung von Donawitz in den nächsten Jahren einstellt. Das ist bitte etwas sehr Bedauerliches, wenn ein Land, wenn die Wirtschaft in der Region, wenn die offiziellen Stellen, Bürgermeister und so weiter um einen Standort kämpfen, daß sich dann die Belegschaftsvertretung nicht ordentlich einschaltet. Genausowenig einschaltet, wie sich die Donawitzer einen Tinnel darum scheren, was mit der Forschung in Leoben geschehen soll. Jetzt muß ich wirklich fragen: Ist es noch ordentlich, ist es noch anständig, wenn eine VOEST-Alpine von einem zu privatisierenden Forschungsunternehmen 110 Millionen Schilling für den Verkauf dieses Forschungsgebäudes in Leoben verlangt, hingegen vom Rektor der Montanuniversität lediglich einen Preis von 50 bis 60 Millionen Schilling haben will und der Minister Streicher gar meint, man müßte der Montanuniversität diese Gebäude schenken? Ich habe nichts gegen die Montanuniversität. Vielleicht könnte sie diese Gebäude auch brauchen, aber das wäre gleichbedeutend mit der Auflösung der Forschung in Leoben. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das ist ja Wahnsinn!“) Jener Forschung, die seinerzeit sehr maßgebend schon am Entwickeln des LD-Verfahrens mitgearbeitet hat, jener Forschung, die die ganzen Steuerungsanlagen gebaut hat für die ausländischen, von der VOEST-Alpine gebauten Stahlwerke, unter anderem in Slobin in Rußland. Jener Forschung, die hochqualifizierte Akademiker und Arbeitskräfte beschäftigt, die dann plötzlich nicht mehr vorhanden sein werden. Meine Damen und Herren, da stellen sich bei mir wirklich die Haare auf, und sie stellen sich noch mehr auf, wenn ich einen Brief sehe, den der Vorstand der VOEST-Alpine Stahl vor kurzem der Belegschaftsvertretung der VOEST-Alpine Leoben geschrieben hat. Ich zitiere auch nur einen Absatz: „Aus dieser Sicht verbleibt uns nur mehr die Möglichkeit, nach Informationen der Betroffenen, der Einleitung der entsprechenden GKG-Maßnahmen.“ Das heißt aufhören. „Bevor wir diesen Schritt gehen, der sicherlich für einen Großteil unserer heutigen Leobner Mitarbeiter einen tiefen Einschnitt in deren bisherige Berufslaufbahn mit sich bringen wird,

haben wir nach intensiver Diskussion beschlossen, trotz aller in letzter Zeit gefällten Negativäußerungen in der Öffentlichkeit, Ihnen ein allerletztes Gespräch zum Thema IIT anzubieten. Wir hoffen, daß es Ihnen innerhalb der nächsten drei bis vier Wochen gelingt, doch noch zusätzliche Mittel zur Verbesserung der Kapitalausstattung zu erlangen". Ein Unternehmen verlangt, daß die Belegschaftsvertretung ihres Unternehmens die Kapitalausstattung für eine Betriebsstätte übernimmt oder dafür sorgt. Also bitte, dafür sind die Belegschaftsvertretungen nun wirklich nicht da. So hoch ich sie schätze. Für die Kapitalausstattung eines Unternehmens ist der Unternehmer verantwortlich, und es ist letztlich die VOEST-Alpine, und das ist der Bund. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Kollmann! Wo sind die sozialistischen Regierungsmitglieder bei diesem entscheidenden Problem? Das möchte ich fragen. Das ist unglaublich. Es geht um ein Gebiet, wo die Not so groß ist!“) Sie werden wahrscheinlich zu tun haben, aber man kann – (Abg. Dr. Maitz: „Das interessiert sie anscheinend nicht!“ – Glockenzeichen des Präsidenten – Präsident Meyer: „Der Herr Abgeordnete Kollmann ist am Wort.“)

Meine Damen und Herren! Es kann nicht Aufgabe des Landes sein, bei allem Entgegenkommen, sich direkt an Firmen zu beteiligen oder sie voll zu finanzieren, während der bisherige Eigentümer, die VOEST-Alpine, sprich Bund, sich still und leise aus seiner Verantwortung entfernt. Das geht nicht! Das Land hat sich bereit erklärt. Und Sie lesen in dem der Vorlage angeschlossenen Brief von Frau Landesrat Klasnic eine Zusage, hier mitzuhelfen, diese Forschung vor Ort, vor den Toren des Hüttenwerkes und vor den Toren der obersteirischen Hüttenwerke, zu erhalten. Aber daß sich die VOEST-Alpine dazu hergibt, ihr Kind wegzulegen, ein Kind, dem sie sehr, sehr viel Forschungstätigkeit verdankt, das ist mir unerklärlich. Oder wird es vielleicht dadurch erklärlicher, daß der treibende Motor dieser IIT-Geschichte in Leoben vielleicht der ÖVP-Nationalratsabgeordnete Burgstaller ist? (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das wird es sein!“) Hat das vielleicht die Herren von der VOEST-Alpine oder der Bundesregierung auf der linken Reichshälfte veranlaßt, diese Forschung einfach gedanklich schon aufzugeben? Meine Damen und Herren, das kann nicht sein! Ich bitte Sie, zu bedenken, wann immer Sie hören, daß die VOEST-Alpine dem Land Steiermark die Schuld für solche Vorgänge vorwirft, dann bitte überlegen Sie, daß das Land Steiermark für alle Unternehmer, für die großen der Verstaatlichten, für die großen der Privatwirtschaft wie auch für die mittleren und kleinen, gleich helfend da sein muß. Und das Land Steiermark wird die Verantwortung sicherlich nicht ablegen, wenn es darum geht, auch der großen VOEST-Alpine wieder einmal zu helfen. Nur, die Chancengleichheit zwischen groß und klein, zwischen Verstaatlichter und Privater muß gegeben sein.

Meine Damen und Herren, ich fasse diese Einladung des Vorstandes zu einem letztmaligen Gespräch mit den Belegschaftsvertretern für den 22. Mai als nichts anderes auf als eine Erpressung. Das ist kein Ultimatum mehr, das ist eine Erpressung, wenn man den Belegschaftsvertretern sagt: „Ihr müßt die Millionen bringen, ihr müßt das Kapital bringen, dann lassen wir euch euren Betrieb.“ Diese Vorgänge sind ganz miese

Spielereien mit hochqualifizierten Belegschaftsmitgliedern, meine Damen und Herren. Und aus diesem Grund kann ich mich nur wundern, welch (Abg. Dr. Maitz: „Alle Manager sind von der SPÖ nominiert!“) Geistes diese Herren der VOEST-Alpine, des Vorstandes und natürlich auch der ÖIAG sind. Ich hoffe, daß hier noch ein Sinneswandel möglich ist. Ansonsten bitte müßte ich daran zweifeln, ob die Herren überhaupt noch eine Verantwortung als Unternehmer haben wollen. (Beifall bei der ÖVP. – 12.24 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Weilharter. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Weilharter (12.24 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Es war eigentlich angenehm, den beiden Vorrednern zuzuhören, und es gibt auch vieles, was man durchaus unterstreichen kann. Ich gehe mit dem Kollegen Ussar durchaus konform, der die Bedeutung des Produktes hervorgehoben hat. Und das kann man also durchaus respektieren, und wir wissen ja, daß das Produkt – der Kollege Ussar hat die Stahlgewinnung zitiert, den Draht und so weiter – durchaus in Ordnung ist. Der Kollege Kollmann hat eigentlich für die Situation in diesen Betrieben das Management, die Führung, die Belegschaftsvertretung verantwortlich gemacht.

Ich erinnere mich noch ganz genau, meine Damen und Herren, als im Mai 1986 zwei Vertreter dieser Landesregierung, nämlich der Herr Landeshauptmann und der damalige Stellvertreter Hans Gross, durch die Straßen von Leoben gezogen sind und gesagt haben, sie werden in diesem Bereich für jeden steirischen Arbeitsplatz kämpfen. Tatsache ist mittlerweile, daß einige Tausende Arbeitsplätze gerade in Donawitz und Leoben im Bereich der Verstaatlichten verlorengegangen sind. Was will ich damit sagen? Daß damals – (Abg. Reicher: „Ihr wart nicht einmal positiv eingestellt. Ihr habt gesagt, ihr rationalisiert das weg!“) Herr Kollege Reicher – die beiden Regierungsmitglieder in Summe dasselbe getan haben wie meine Vorredner heute. Sie haben nämlich wiederum dieser Belegschaft, den Betroffenen in Donawitz, falsche Hoffnungen gemacht.

Wenn ich mir nämlich die Regierungsvorlage genauer vor Augen und zu Gemüte führe, dann ist da eine vage Begründung drinnen. Es wird gesagt, daß das KVA-Verfahren an und für sich als gescheitert zu betrachten ist, nachdem die umweltpolitischen Auflagen nicht erfüllt werden können, das heißt, daß Grenzwertüberschreitungen vorhanden sind und es daher umweltpolitisch bedenklich ist und von seiten des Bundes, des Wirtschaftsministers, dazu kein grünes Licht gegeben werden kann.

Ich frage mich, meine Damen und Herren: Hätte man sich nicht ursprünglich, als diese fünfmal 40 Millionen Schilling, diese 200 Millionen Schilling in fünf Tranchen, diskutiert wurden und vor allem die 40 Millionen Schilling für die erste Tranche budgetiert wurden, schon kümmern können beziehungsweise sich die Umweltauflagen und Gesetze zu Gemüte führen müssen, damit in dieser Region nicht falsche Hoffnungen entstehen? Und heute von seiten der Landesregierung zu sagen, daß das Budget, die Ansätze, mehrheitlich

von fast allen Fraktionen dieses Hauses beschlossen sind, läßt wirklich den Schluß zu, daß man künftighin bei Budgetbeschlüssen die Festlegung der Verwendung von seiten der Regierung verlangen muß, denn wenn man schon das Vertrauen in eine steirische Wirtschaftspolitik hat und eine Subvention für die steirische Wirtschaft, dann kann dieses Vertrauen nicht dazu verwendet werden, daß man in einer solchen Frage wiederum die gesamte Verantwortung und die Schuld dem Landtag zuschiebt.

Das KVA-Verfahren – (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Es ist doch alles schon viel früher gelaufen!“) und genau diese Behandlung, lieber Kollege Prof. Dr. Eichtinger – hat mir bestätigt, daß einerseits – wie ich schon gesagt habe – falsche Hoffnungen geweckt werden, und es andererseits das Ergebnis ist, daß das Verhältnis zwischen Bund und Land in dieser Frage mehr als bedenklich ist. Denn hätte man damals bei der Budgetierung dieses vielgerühmte und von Ihrer Fraktion gelobte steirische Klima in diesem Konsens mit der Bundesregierung in Wien wirklich gehabt, dann hätte man damals vor der Budgetierung gewußt, daß es nie realisierbar sein wird. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Es ist doch schon vorher alles gelaufen, nicht im Jahr 1989!“) Daher sage ich dir, lieber Kollege Prof. Dr. Eichtinger: Dieses von deiner Fraktion so vielgepriesene gute Verhältnis, dieser Konsens zwischen Bund und Land, ist äußerst erneuerungsbedürftig.

Im Herbst, am 7. Oktober, werden wir einerseits im Bundesbereich die Gelegenheit der Erneuerung haben. Im Land, hoffe ich, daß dieser Tag der Erneuerung sehr bald kommt. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Mit dem kannst du uns nicht kommen!“) Unverständlich, meine Damen und Herren, ist aber auch für mich, wenn ich jetzt einen Vergleich anstelle. Dieses KVA-Verfahren, das nie in die Tat umgesetzt werden kann und nie realisiert werden kann, veranlaßt einerseits die Landesregierung und die zuständige Referentin, die Frau Landesrat Klasnic, daß sie an und für sich sehr moderat und sehr locker bereit ist, ursprünglich Budgetansätze dafür vorzusehen. Die zweite Seite ist aber auch – und da habe ich wirklich sehr wenig Verständnis, Frau Landesrat –: Wenn wir schon wissen, daß die Entwicklung der Verstaatlichten in diesem Bereich sehr fragwürdig ist und uns vor allem die Ziele nicht bekannt sind, dann wäre es wirklich vernünftiger gewesen, dieses vorgesehene Geld von 40 Millionen Schilling umzuwidmen. Deshalb haben wir auch seitens der freiheitlichen Fraktion hier in diesem Haus einen diesbezüglichen Antrag gestellt. Man muß auch wissen – und das ist auch das Problem der ÖVP; ich vermute, die ÖVP hat wirklich den privaten Klein- und Mittelbetrieb in der Steiermark bereits aufgegeben – (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Du bist der reinste Träumer!“), daß 43 Prozent, lieber Kollege Prof. Dr. Eichtinger, der Klein- und Mittelbetriebe weit (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Du kannst doch nicht so argumentieren!“) unter einem Monatseinkommen von 10.000 Schilling liegen, weit darunter liegen! Wenn der Kollege Schützenhöfer in den vergangenen Tagen und Monaten sehr lautstark ein Mindesteinkommen von 10.000 Schilling gefordert hat, dann kann es nicht für eine Berufsgruppe, für einen Teil unserer Bevölkerung gelten, sondern müßte auch Geltung haben für den Bereich der Klein- und Mittelbetriebe. Daß das aber

nicht momentan realisierbar ist bei einer solchen Wirtschaftspolitik, das wissen wir. Daher setzen wir einen ersten Schritt, widmen wir das Geld um in Richtung Privatwirtschaft. Die Privatwirtschaft wird es uns sicherlich lohnen. Denn sie tragen in erster Linie Eigenrisiko, sie sind auch bereit, eigene Arbeitskraft in das Unternehmen einzubringen und sichern Tausende Arbeitsplätze in der Steiermark. (Abg. Schützenhöfer: „Das wissen wir auch!“) Es läßt auch den Verdacht zu, Frau Landesrat, Sie haben leider eine unglückselige Hand bei der Personalpolitik. Ich weiß schon, daß es ein bißchen schwer machbar ist, aber trotzdem. Hätte man vielleicht den Herrn Krobath als Betriebsrat angeworben in Donawitz, dann wäre es dort ein bißchen ruhiger, und man hätte bei den Unternehmern nicht die falschen Hoffnungen erzeugt. (Landesrat Klasnic: „Betriebsräte werden nicht angeworben, sondern gewählt!“) Hätten Sie versucht den Herrn Burgstaller, der oft sehr wortgewaltig, sehr illusorisch in dieser Frage auftritt, als Obersteiermarkbeauftragten einzusetzen, dann hätten wir von dieser Seite manchmal ein Zeichen, daß es doch diese Funktion noch gibt und auch bezahlt werden muß. Daher werden wir als freiheitliche Fraktion in diesem Hause, weil die Bereitschaft nicht erkennbar ist und vor allem die Gleichstellung der kleinen und privaten Mittelbetriebe mit der Verstaatlichten, dieser Vorlage nicht unsere Zustimmung geben. (Beifall bei der FPÖ. – 12.36 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Vollmann das Wort.

Abg. Vollmann (12.37 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wieder einmal entzündet sich an der verstaatlichten Industrie und deren Förderung in diesem Haus eine eigentlich sehr hitzige Debatte. (Landesrat Klasnic: „Es ist zu ruhig!“) Frau Landesrat, auch wenn Sie meinen, es entzündet sich nichts, ich höre auch am linken Ohr Gott sei Dank recht gut. Ruhig ist es wahrscheinlich nur deshalb, weil der Großteil der Abgeordneten es anscheinend vorgezogen hat, den Nebenraum aufzusuchen, um das Mittagssmahl einzunehmen, Frau Landesrat. Aber ich muß Ihnen sagen, mit großem Bedauern ist immer wieder festzustellen, daß in der Gesamtfrage der verstaatlichten Industrie hier mit sehr geteiltem Herzen gesprochen wird. Ich habe hier gerade vorher, weil ich ein bißchen schlecht sehe, aber trotzdem gesehen habe, wen die Frau Landesrat hinten aufgesucht hat, den Herrn Abgeordneten Burgstaller in der ersten Reihe der Zuschauerbank, der ja der Verstaatlichtensprecher der ÖVP im Bund ist, im Nationalrat, und dies ja seit vielen Jahren tut und hier in dieser Frage tätig ist, ausfindig gemacht. Meine Damen und Herren, auch ich darf einmal zurückkommen auf die Rede, die unser Finanzlandesrat Dr. Klausner am 28. November 1989 hier gehalten hat. Und zwar hat er in einem Absatz gemeint: „Ich habe mich deshalb seit längerem bemüht, gemeinsam mit dem Bürgermeister der Stadt Leoben ein Gespräch mit Herrn Generaldirektor Bogdandy über die weitere Zukunft des KVA-Verfahrens zu führen. Ein solcher Termin“ – meint er – „zu diesem damaligen Zeitpunkt sei nicht zustande gekommen.“ Weiter führt er aus: „Aber vorige Woche erhielt ich plötzlich von der VOEST-Alpine Stahl AG.

ein Grundsatzpapier über die Ausgliederung des Forschungsbereiches und die Gründung einer neuen Gesellschaft mit dem Namen Informatik und innovative Technologien GesmbH. Diesem Papier nach soll die neue Gesellschaft Grund und Boden um 70 Millionen Schilling übernehmen. Dieser willkürlich festgesetzte Kaufpreis und so weiter, und so weiter . . .“ Ich erinnere mich noch in diesem Zusammenhang, als hier gemeint worden ist: Nun ja, dieses Forschungszentrum Leoben soll erhalten bleiben, und der Herr Paul Burgstaller soll dort auch der leitende Direktor werden, was ja auch in einem vorgelegten Vertrag, den der Kollege Gennaro mit der Unterschrift des Herrn Burgstaller vorgelegt hat, geschehen sollte. Ich habe hier dann einen Zeitungsausschnitt, wo der Herr Abgeordnete Burgstaller fordert, 10 Milliarden Schilling investieren, sonst droht eine neue Krise. Er fordert damit Investitionssummen für Judenburg, Donawitz, Bruck an der Mur, sicherlich auch Kindberg, ich habe es nicht ganz genau in den einzelnen Standorten durchgelesen, weil er meint, daß beim geringsten Lüfterl gegen die Konjunktur die Verstaatlichte in der Steiermark wieder weg ist vom Fenster, und gibt damit zu, daß sie sich in einer Aufholphase befindet, was auch nicht zu bestreiten ist und was natürlich in erster Linie den dort beschäftigten Arbeitnehmern, ich bin aber auch so vermessen zu sagen, den dort tätigen Betriebsräten und Belegschaftsvertretern, zu verdanken ist. Weil sie in bestimmten Phasen große Einsicht gezeigt haben. Kollege Burgstaller, er sitzt ja hier, gehört ja selbst zum Kreis der Belegschaftsvertreter, der, so meine ich, sicherlich auch die Verpflichtung hatte, für die Erhaltung dieser Betriebe einzutreten. Ich könnte nun, weil von der Privatisierung oder Wiederprivatisierung gesprochen wird, ich komme dann noch einmal zurück, warum ich das sage, hier Thomas Lachs zitieren in einem Artikel der Zeitung „Die Wirtschaft“, wo er meint: „Was ist mit der Privatisierung? Hier sollte man versuchen, sich von den einseitigen ideologischen Vorurteilen zu befreien. Ein Unternehmen ist weder besser noch schlechter, wenn es um ein paar tausend private Kleinaktionäre mehr hat. Das ändert erfahrungsgemäß an der Führung des Unternehmens wenig, um nicht zu sagen, gar nichts.“ Meine Damen und Herren, ich stimme hier mit Thomas Lachs überein. Das ist keine Frage, daß sich hier daran nichts ändert, sondern es sind Führungskräfte zu finden, die wir unbedingt in diesem Bereich brauchen. Es scheint nur so, wir finden sie wieder nicht, aber nicht nur in der verstaatlichten Industrie, auch in den Privatunternehmen, denn sonst müßten nicht, wie die letzten Beispiele in der Steiermark zeigen, jene Betriebe, die als Hoffnungs- und Rettungsanker für viele gegolten haben, nun auch in Konkurs gehen oder den Ausgleich anmelden.

Er schließt mit dem Bemerkten, daß die Mitarbeiter der Unternehmen ihrerseits einen unschätzbaren Beitrag geleistet haben. Unser Verstaatlichtenkonzern hat sich von seiner schweren Krise schon teilweise erholt. Der restliche Weg der Gesundung ist vorgeplant und absehbar. Nun, meine Damen und Herren, dürfte sich wirklich der größte Teil der verstaatlichten Unternehmen aus der Krise gelöst haben und in Ertragsituationen gekommen sein. Aber wie wir immer wieder feststellen, kann er sich in der Steiermark aus diesen Problemen – so scheint es – einfach nicht

lösen, weil entweder, und ich stelle das nur mit dieser Bemerkung in den Raum, die gescheiterten Köpfe fehlen oder die finanziellen Mittel, daß eine Aushungerung in bestimmten Teilen erfolgt. Und, meine Damen und Herren, es scheint mit diesen Problemen so zu sein. Der Kollege Hammer hat heute schon gemeint bei der Diskussion um Eurostar, man sollte neben dieser Förderung, die sicherlich eine der wichtigsten für die Zukunft des unteren Bereiches oder des Grazer Bereiches ist, nicht darauf vergessen, daß die Obersteiermark in großen Problemen steckt, daß die Obersteiermark diese Förderungen braucht, daß wir neue Möglichkeiten finden müssen, um Arbeitsplätze zu finden, wenn Donawitz tatsächlich so gefährdet ist, wie wir nun meinen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich habe gestern das „Profil“ durchgelesen und habe mir eine Ablichtung mitgenommen: „Hurra, wir leben noch: VOEST Donawitz.“ Interessant scheint es hier zu sein, daß genau das, was der Kollege Kollmann hier Fauland und seinen Freunden unterstellt hat, ins Gegenteil umschlägt und der Herr Burgstaller, der noch vor wenigen Monaten gefordert hat, man möge für die Verstaatlichte große Mittel aufwenden, hier sagt: „Während die Donawitzer Manager solcherart zu einem neuen Anlauf zur dauerhaften Verteidigung ihrer Hütte starten und sie der sozialistische Betriebsrat dabei kräftig unterstützt, hat der steirische ÖVP-Betriebsrat und Landesparteiobmannstellvertreter der ÖVP und Verstaatlichtensprecher im Parlament Paul Burgstaller mit Donawitz ganz anderes im Sinn. Burgstaller sagt: ‚Ich trete dafür ein, Donawitz zu privatisieren.‘ Daraufhin fragt der Reporter: ‚Ernsthaft?‘ ‚Ernsthaft‘, sagt daraufhin Burgstaller, in Form eines Management Mitarbeiter Buy-Outs. Aber nicht mit dem jetzigen Management, das sind lauter sozialistische Parteimarionetten, sondern mit einem neuen Management!“ (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Da hat er recht!“) Meine Damen und Herren, ich bezweifle, und das müssen Sie dem Herrn Bogdandy einmal sagen, daß er eine sozialistische Parteimarionette ist.

Er gehört in ein ganz anderes Lager, Herr Burgstaller, und ich erinnere mich, sehr geehrter Herr Burgstaller, welch gutes Verhältnis zwischen dir und dem Herrn Vorstandsdirektor Bogdandy geherrscht hat, wie es um die Frage des Abschlusses des Vertrages gegangen ist oder um die Weitererhaltung der Forschung in Donawitz-Leoben. Denn Herr von Bogdandy hat mir vor kurzem erst gesagt, daß er nach wie vor für die Erhaltung dieser Forschungsabteilung eintreten würde, nur findet man es in der Frage der Unterstützung und Finanzierung von seiten des Landes her nicht mehr sinnvoll.

Meine Damen und Herren (Zwischenruf von der Zuschauertribüne. – Glockenzeichen des Präsidenten.), wie ernsthaft die Herren, die hier zum Problem der verstaatlichten Industrie reden, all diese Dinge meinen, sehen Sie daraus, wenn es darum geht, aus all dem populistisch Kapital zu schlagen, was die Arbeitnehmer in der Steiermark an Unsicherheiten zu ertragen haben. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Kollmann: „Bogdandy ist nicht der Manager!“) Oftmals und sehr viel haben die obersteirischen Arbeitnehmer, Herr Kollege Kollmann, in der Vergangenheit zur Kenntnis nehmen müssen, daß jene, die ihnen am meisten

versprochen haben, sie dann im Endeffekt im Stich gelassen haben.

Ich habe das hier in diesem Haus schon einige Male gesagt. Auch wenn der Herr Landeshauptmann lächelt, es betrifft ihn selber (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Dr. Kreisky!“), denn der Herr Landeshauptmann hat oftmals schon auf Hauptplätzen in Hauptstädten gesagt, was er tut. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Hast du das gehört, was er jetzt gesagt hat? Hast du das verstanden?“) Der Kollege Prof. Dr. Eichtinger beliebt immer ein bißchen zu spaßen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß all diese Probleme so gesehen werden müssen, wie sie sich uns tatsächlich ergeben. Nur eine Bitte habe ich an Sie: Tragen Sie dieses Spiel der Unsicherheiten nicht auf den Köpfen der Schwächsten in diesen Unternehmen aus, bei den Arbeitnehmern. Daher bitte ich Sie auch, Frau Landesrat Klasnic, weiterhin um Ihre Hilfe, diese Millionen, die seinerzeit mit rund 213 – so ungefähr, wenn ich es in Erinnerung habe – für die Förderung des KVA festgesetzt worden sind, zukünftig für die Verbesserung der Strukturschwächen der Obersteiermark zu verwenden und zur Förderung neuer Arbeitsplätze. In diesem Sinne ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ. – 12.43 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger das Wort.

Abg. Prof. Dr. Eichtinger (12.43 Uhr): Lieber Kollege Vollmann, eine kurze Antwort einmal: Die Köpfe haben leider Gottes gefehlt. Die Mittel waren da, aber diese Köpfe haben die Mittel falsch verwendet. Das waren rote, sozialistische Manager, die dazu beigetragen haben, daß diese Region in den Niedergang geführt wurde. Und, Freunde, ich stelle jetzt fest: die Regierungsbank der Sozialisten ist noch immer leer. Daraus könnt ihr ermesen, welchen Anteil die hier am Schicksal dieser Tausenden nehmen, die heute um ihren Arbeitsplatz bangen müssen. (Abg. Hammer: „Wie viele Landtagssitzungen gibt es, wo der Herr Landeshauptmann nicht anwesend war?“) Das ist die Tatsache. (Abg. Hammer: „Wie viele Sitzungen sind es? Kannst du mir das beantworten?“)

Ich kann euch eines sagen: Daß die gesamte SPÖ-Mannschaft hier nicht vorhanden ist, das ist ein trauriges Kapitel in der Geschichte des Landtages, wie ich es nach langer Zeit noch nie erlebt habe, wenn es um eine Lebensfrage dieser Menschen und dieser Region gegangen ist.

Und, Pauli Burgstaller, ich freue mich, daß du da bist! Das möchte ich auch dazusagen.

Der Herr Kollege Vollmann sagte: „Ja, die so viel für die Verstaatlichte reden ...“ Ich muß mich wiederholen, denn er hat es anscheinend nicht gehört: „Der Mann, der allen alles versprochen hat und von dem Pittermann gesagt hat: „Sein Erbe wird schrecklich sein!“, das war Kreisky. Und heute büßen wir das, was dieser Mann in seiner „wirtschaftlichen Weitsicht“ uns eingebracht hat.

Jetzt möchte ich noch ein paar Dinge sagen, die natürlich nicht angenehm sind, besonders dem Herrn Hammer, aber auch anderen. Dem Herrn Hammer ist es zum Beispiel nie in den Sinn gekommen, auch nur

einmal das Wort „Sekyra“ zu sagen, das Wort „Bogdandy“ zu sagen, auch nur einmal zu erwähnen, welchen Leuten wir aufgesessen sind und daß Herr von Bogdandy den größten Flop seines Lebens hier gebaut hat und (Abg. Hammer: „Ich bin nicht der Anwalt des Herrn Bogdandy!“) wir darunter leiden. Du bist nicht in der Lage gewesen zu sagen: „Wir müssen um eine Sinteranlage kämpfen, weil ich die Bergleute dort oben in Eisenerz vertreten will.“ Wenn diese Sinteranlage nicht gebaut wird, lieber Freund, du weißt es, dann sind diese Arbeitsplätze gefährdet. Hätte man von diesen 700 Millionen Schilling 200 oder 300 für den Bau der Sinteranlage vorgesehen, dann wäre es anders gekommen. Und zu Herrn von Bogdandy sage ich euch noch eines: Das ist ja nicht so, lieber Freund Weilharter, daß das mit dem Dioxin so plötzlich vom Himmel gekommen ist. Das hat man ja vorher schon gewußt. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Bravo! Endlich ein wahres Wort zur rechten Zeit!“) Man hat ja vorher schon gewußt, was auf uns alle (Glockenzeichen des Präsidenten.) zukommt, und zwar hat man vorher schon gewußt, daß es sich hier um einen ausgesprochenen Flop handelt.

Ich erinnere mich, es hat eine Schrift gegeben, daß dieses KVA-Verfahren in Donawitz keine Chance hat. Aber nicht nur wegen des Dioxingehaltes – das ist jetzt für euch die schönste Ausrede –, sondern weil man von vornherein gewußt hat, daß dieses Erzeugen von Stahl mit Schrott zu teuer sein wird, daß nichts herauskommt. Lieber Hammer, da müßt ihr nun ansetzen, und da liegen die großen Fehler. Nur sage ich euch noch eines: ihr seid genauso mitschuldig. Der Herr Nationalrat Fauland hat ja nichts anderes getan, als den Herrn Bogdandy anzubeten. Die Betriebsräte haben mitgetan. Die haben mitgetan, obwohl sie bereits gewußt haben, welche Situation auf uns zukommt. Und wenn der Herr Kollege Vollmann das „Profil“ zitiert: meine Herrschaften, wenn man da liest, was der Nationalrat Fauland dazu aussagt, dann muß man nicht nur einen Schluck Wasser trinken (Abg. Hammer: „Prost!“), dann ist man tief erschüttert. Diese Frau, die den Artikel geschrieben hat, hat sehr richtig geschrieben, daß der Grant der Werkstätigen vor dem Tor im krassen Gegensatz zur Sanftmut der Funktionäre drinnen, des roten Arbeiterbetriebsratsobmannes, Nationalrates, Arbeiterkammerbosses, Betriebskrankenbosses und noch zigfachen Bosses und so weiter und seinen Getreuen steht. Denn auf der einen Seite stehen in Donawitz-Leoben die Werkstätigen, die arbeiten müssen, beinhart arbeiten müssen, denen man vieles abverlangt – man braucht nur einmal hineingehen –, und auf der anderen Seite steht die Schicht der Funktionäre und ihrer Zuträger und so weiter, die abgesichert sind. Dort die Ungesicherten, auf der anderen Seite die Abgesicherten. Diese Abgesicherten beten das an und müssen das anbeten, was ihnen die sozialistische, die höhere Crew von oben befiehlt. Wir haben es in diesen Jahrzehnten immer wieder erlebt: Gerade die steirische SPÖ hat Angst gehabt, in Wien endlich einmal kraftvoll aufzutreten. Das war schon unter Gross so, als es um unseren Betrieb in Hönigsberg-Mürzzuschlag gegangen ist. Ein gemeinsamer Termin mit dem Landeshauptmann kam nicht zustande, weil Gross mit seinen Leuten – ohne unsere Abgeordneten – schon draußen war. Aber was haben sie erreicht? Nichts haben sie erreicht! Und jetzt

fällt mir der Nationalrat Fauland noch einmal ein: Also, der gehört ja abgewählt. Der ist ja kein Vertreter mehr nach dem, was hier drinnensteht. (Abg. Hammer: „Das wirst nicht du bestimmen!“) Meine Herrschaften: Ich nehme es an, daß es aber dazu kommen wird, lieber Freund Hammer, und ich weiß es, daß es in Leoben und Donawitz an der Basis bereits mächtig gärt. (Abg. Hammer: „Du hast schon so viele Voraussagen gemacht!“) Und das, lieber Freund Hammer, was in Kapfenberg passiert ist, daß Tausende Arbeiter sich sagen: „Die wähle ich nicht mehr!“, das wird (Abg. Hammer: „Bei der Kammerwahl haben sie euch nicht gewählt!“) in allen anderen Teilen auch noch passieren. Hammer, in Eisenerz werdet ihr noch andere Zeiten miterleben, und in Donawitz und Leoben wird es auch kommen, weil sich das diese Leute in Zukunft ganz einfach nicht mehr gefallen lassen. Je mehr Nationalrat Fauland mit dem Dienstwagen und Chauffeur dahinkutschiert, desto weniger Verbindung hat er mit den Leuten, die es wirklich trifft. Das muß man euch in das Stammbuch hineinschreiben.

Nun komme ich noch einmal auf die Pressekonferenz in Hannover zurück. Es ist doch eine ausgesprochene Frechheit, wenn man aus deutschem Gebiet heraus Aussagen macht, die uns zutiefst betreffen. (Abg. Hammer: „Da gebe ich dir recht!“) Ihr sagt eh nichts dazu, aber ich rede auch noch einmal von den Stahlpensionisten. Von euch hört man ja nichts, weil ihr ja nicht mehr wißt, was diese Leute denken. Fragt einmal unseren Kollegen aus Bruck, Herrn Schrittwieser, der weiß, warum das in Kapfenberg passiert ist. Die Stahlpensionisten wissen, daß sie ungerecht behandelt worden sind. Während Betriebsratsobmänner diese Pension heute genießen (Abg. Hammer: „Langsamer sprechen!“), muß die Masse zur Kenntnis nehmen, daß sie diese Pension verloren hat. Das ist die Ungerechtigkeit, und das ertragen die Leute ganz einfach nicht mehr. (Abg. Vollmann: „Schau nach Kindberg!“)

Schrittwieser, das ist ein Problem, und ich rechne es dir zugute, daß du als einer der wenigen den Mut hast, das aufzuzeigen. Die anderen trauen sich ja nicht. Nun sagt dieser Herr Sekyra noch weiter, daß das Elin-Werk Weiz weiter herunterbrechen sein wird. Das sagt er. Das ist doch unverschämt. Falls ihr es nicht selbst wissen solltet, sage ich euch noch dazu: Der Herr Sekyra gehört dem Bund sozialistischer Akademiker an. Seid mir nicht böse, ich muß noch etwas zu unserer sozialistischen Führung in der Steiermark sagen. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter ist leider nicht hier. Als er gehört hat, was der Herr Sekyra in dieser Pressesendung gesagt hat, habe ich einen Sturm der Entrüstung erwartet. Dann lese ich am nächsten Tag in einer Zeitung, die „Kronenzeitung“ war es, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter erklärt „uns reicht es bald“. Er als führender steirischer Sozialist, Mitvertreter der steirischen Arbeiterschaft in der Krisenregion, mußte erst über das TV-Gerät erfahren, wie es mit der Zukunft der Hütte Donawitz und Hundertler Industriearbeitsplätze steht. So etwas muß man in einer Tageszeitung lesen. Da muß man sich doch sagen: der Mann hätte doch einen Aufschrei machen müssen, daß die Genossen in Wien, die uns Steirern schon so viel angetan haben, so in einer Pressesendung reden. (Abg. Hammer: „Eurostar nach Graz!“) Hammer, innerlich

wirst du auch weinen, daß man so aus Deutschland über unsere österreichischen Probleme und über die Probleme der Arbeiterschaft redet (Abg. Vollmann: „Wo haben der Dipl.-Ing. Riegler und der Landeshauptmann dagegen protestiert? Doppelzüngigkeit nennt man das!“), die übrigens von unserem Paul Burgstaller, lieber Heinz Vollmann, das möchte ich dir sagen, ausgezeichnet vertreten werden. Gut für Donawitz und gut für Leoben, daß wir so einen kräftigen Arbeitervertreter haben, der im Betrieb noch arbeitet, der sich nicht herumkutschieren läßt, sondern der da vor Ort seine Pflicht erfüllt. Aus dieser tiefen Misere soll euch Villas herausheben, wie es Hammer getan hat. Ich glaube, da geht es um 270 bis 300 Arbeitsplätze. (Abg. Schrittwieser: „Das ist eine traurige Tatsache!“) Immer noch sehr, sehr viel. Wir müssen alles unternehmen, daß wir sie retten. Aber daß es auf der anderen Seite um Zehntausende gegangen ist, da müßt ihr mehr reden, das müßte mehr euer Problem sein. Ich sage euch ein Beispiel aus meinem Bezirk im Mürztal. Krieglach, dieser VOEST-Betrieb, hätte gesperrt werden sollen. Alles war bereits niedergegangen, aus, vorbei. Dann kommt die Privatisierung. Beide Betriebe (Abg. Vollmann: „Donawitz soll also privatisiert werden?“) stehen nun ausgezeichnet da. Jetzt eine Antwort dem Herrn Vollmann. Wenn man jetzt diese privatisierten Krieglacher fragt, ob sie unglücklich sind, so sagte mir der Betriebsrat von dort: Du, alles ist in Ordnung. Wir bekommen gleich viel bezahlt, manche vielleicht etwas mehr, und was für uns das wichtigste ist, wir haben unsere Arbeitsplätze; wir sind glücklich darüber. Lieber privatisiert, und meine Lebensstellung ist gesichert, so sagt man es heute.

Vollmann, noch eines, weil du die Privatisierung herangezogen hast. Bei der Verstaatlichten liegt das Unglück am System der Verbeamtung und der Verpolitisierung. Das alles ist schuld, daß der Niedergang dieser Verstaatlichten einfach vorprogrammiert gewesen ist. (Abg. Vollmann: „Sag, wer verstaatlicht hat!“ – Abg. Dr. Hirschmann: „Dr. Taus hat das anders gemacht!“) Du kannst die Spitze der Verstaatlichten von oben nach unten nehmen (Abg. Vollmann: „Taus war damals noch gar nicht da!“), bis zum Vollmann hin; es ist eine schillernde, rötliche sozialistische Angelegenheit. Ich habe mich ja gefreut, Schrittwieser, es tut mir leid, daß ich dir das sagen muß, daß euch in Kapfenberg Tausende verlassen haben, nicht nur in Kapfenberg, sondern auch in anderen Bezirken, weil sie ganz (Abg. Hammer: „Euch haben sie auch nicht gewählt!“) einfach dieses System auch ablehnen und so, wie man sich im Osten von diesem sozialistischen System einer Verstaatlichung befreit hat, die nichts als Not und Elend gebracht hat, so wird man sich auch bei uns, lieber Vollmann, noch mehr entfernen. (Abg. Vollmann: „Du bist das nächste Mal nicht mehr herinnen!“) Ich möchte ehrlich noch einmal sagen: Man wird sich davon befreien. Denn wenn man mit Leuten spricht, die sagen: Du hast ja keine Ahnung, welcher Druck heute noch in diesen Betrieben besteht, ist man versucht, das einigen Redakteuren zu sagen. Man ahnt ja gar nicht, was es heißt, dort drinnen zu bestehen, wenn man Angst haben muß – (Abg. Schrittwieser: „Wie viele Prozente hat die ÖVP in Kapfenberg?“ – Abg. Vollmann: „18 Prozent!“) hoffentlich nicht so viel wie ihr, weil wir sind da besser –, was passiert, wenn ich aufmucke. Ich kenne einen Mitterdorfer Arbeiter

– ein ganz feiner Bursch –, der bei jeder Kritik die Antwort bekam: „Du kannst ja gehen.“ Sind das noch Argumente? Das ist doch das Schlimmste. So wie in den ostdeutschen Hochburgen die Arbeiter ganz einfach nicht mehr mitmachen, so wird es auch in den Hochburgen hier in der Obersteiermark weitergehen. Ich habe euch in der vorletzten Landtagssitzung gesagt: „Ihr werdet staunen, was sich in einigen Bereichen abspielt.“ Tatsächlich ist das auch eingetroffen und wird das noch im wesentlichen höheren Ausmaß der Fall sein.

Über die Firmenpensionen habe ich schon geredet. Diejenigen sind getroffen worden, die eigentlich nicht schuld sind. Diejenigen, die wirklich die Schuld tragen, die genießen heute mit Freude ihre Pension, und jene, die heute noch aktiv sind, sind so abgesichert, daß sie in wenigen Monaten oder Jahren ebenfalls zu den berühmten Pensionsbeziehern dazugehören werden. (Abg. Hammer: „So wie Krobath!“) Wenn ihr den Krobath nicht hättet, was tätet ihr? Eigentlich muß es gar nicht so leicht sein für euch, einen Krobath gegen 50, 65, 70 andere Genossen. (Abg. Vollmann: „Ein Versager ist zuviel!“) 1 zu 50, 1 zu 60, reden wir nicht, es wäre auch 1 zu 10 schon genug. Aber gut, daß ihr das in diesem Sinne habt.

Dann kann ich noch etwas bemerken. Es ist so schade, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner-Blazizek nicht da ist, denn durch seine „Profil“-Aussage war ich wirklich zutiefst erschüttert. Da habe ich gespürt, daß tatsächlich etwas verlorengangen ist, nämlich das Gefühl für den kleinen Mann. Ich warne euch alle. Jeder Mensch, der 200.000 oder noch mehr verdient, dann in die Politik geht, dadurch 30.000 oder 40.000 Schilling verliert und dann von einem Opfer spricht (Abg. Vollmann: „Bist du nicht ÖAAB-Vertreter? Wieviel verdienst du?“), das ist kein Arbeiterführer mehr, der verdient es nicht, daß man ihn dazuzählt. (Abg. Vollmann: „Was meint er?“ – Abg. Dr. Hirschmann: „Du weißt ganz genau, was er meint!“) Kollege Vollmann, ich zitiere nur noch den Herrn Norbert Leser, der Kreisky zitiert: „Es ist das unumstößliche Recht der Menschen in der Demokratie, von den in ihr Wirkenden zu verlangen, daß sie sich anderen Maßstäben unterwerfen als die, die sonst gelten mögen.“ Und das sagt Norbert Leser, ein großer Kenner eurer Situation in bezug auf jene Arbeiterführer, von denen heute schon viele Arbeiter sagen: „Arbeiterführer im Nadelstreif, das ist gefährlich!“ Da würden Altsozialisten sagen: „Um Gottes willen, was ist hier in unserer Partei geschehen?“ (Abg. Schrittwisser: „Bei uns geschieht noch etwas!“) Und dann schreibt Norbert Leser noch einmal: „Die Gewinnsucht und der ideelle Niedergang bedingen einander.“ Das schreibt er im Hinblick auf die heutige Situation des Sozialismus. Und das, liebe Freunde, müßte allen zu denken geben. (Abg. Vollmann: „Dir auch!“) Ich bin nämlich auch einer, der in der Schule vor 20 Jahren schon gesagt hat: „Und wenn wir keine Gewerkschaft hätten, die Gewerkschaft müßte geschaffen werden!“ Das ist damals vielleicht bei manchen nicht gut angekommen, aber ich war überzeugt davon. Und vielleicht ist damals die Situation der Gewerkschafter noch anders gewesen, vielleicht waren da noch zum Teil andere Männer, die hier das Sagen gehabt haben. Nicht Männer, die die Ideologie vergessen haben und

anderen Dingen nachstreben, sondern Männer, die wirklich ihr höchstes Ziel darin gesehen haben, die Arbeitnehmer zu vertreten.

Und ich bitte euch alle zum Abschluß, lest bitte durch, was Helmut Griess am 1. Mai 1990 auf Seite 2 geschrieben hat: „100 Jahre“. Ich möchte damit schließen:

„Tatsache ist, daß das, was einmal der Kampftag der Arbeiter und dann ihr Festtag war, zum 100. Jubiläum keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Es ist zwar schon längst zur Platitude geworden, daß die Arbeiter heute mehr zu verlieren haben als ihre seinerzeitigen Ketten und daß manche von ihnen daher träge geworden seien. Was seltener gesagt wird, ist, daß auch die Arbeiterfunktionäre, egal, ob in Partei, Gewerkschaft oder Kammer, längst viel mehr zu verlieren haben als die Ketten der von ihnen Vertretenen und daß sich die Parolen von einst durchaus gegen einige von ihnen richten könnten. Das sei manchem als Warnung gesagt.“ Glück auf! (Beifall bei der ÖVP. – 13.03 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (13.03 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich glaube, das war einmal eine ganz erhebende Stunde hier im Landtag, wenn man von Abgeordnetenkollegen hört, daß das, was wir schon vorher gewußt haben, auch heute hier von anderen klar ausgesprochen wird und wurde, nämlich, daß man bei diesem KVA-Verfahren schon vorher gewußt hat, daß hier die Ultragifte schlechthin, die Dioxine, im Spiel sind. Wir haben gewußt, daß trotz dieser Ultragifte hier Falschinvestitionen durchgeführt wurden, und wir haben dieses KVA-Verfahren – das, was sich hier oben abgespielt hat – auch bei der Staatsanwaltschaft angezeigt, und zwar bereits im Februar 1988. Doch siehe da, kurze Zeit später – verblüffend kurze Zeit später –, zwei Monate später – das ist für eine Untersuchung, für eine Vorerhebung nicht einmal eine angemessene Zeit – wurde von der Staatsanwaltschaft festgestellt, daß dieses Verfahren überprüft wurde und keine genügenden Gründe gefunden wurden, daß hier eine Gesundheitsgefährdung überhaupt stattfinden kann.

Und so stelle ich hier fest, daß auf der einen Seite die theoretischen und praktischen Erkenntnisse sind, und auf der anderen Seite leben wir in einem liberalen Rechtsstaat, wo die Gesundheit der Bevölkerung eigentlich keinen Stellenwert hat. Manche werden sagen: „Ja, das ist ja nichts Neues, das gibt es ja woanders auch.“ Ich bin aber der Ansicht, nachdem es hier um die Investition von Steuergeldern gegangen ist, ist hier die Frage nach der Verantwortlichkeit zu stellen. Denn eines steht fest: Jene, die die Förderung bewilligt haben, ganz gleich, von welcher Reichshälfte – ob schwarz oder rot, ob rot oder schwarz –, sind hier falschen Propheten aufgesessen. Sie sind einem Herrn von Bogdandy aufgesessen, sie sind einem deutschen Mundwerk aufgesessen, sprich einer Klappe, einer Klappe, die den Mund voll genommen hat. Jetzt sind die Millionen weg, jetzt fehlen die Millionen für energiesparende Maßnahmen, für die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben in der Steiermark, und das Geld

ist sozusagen wieder einmal verjuxt. Im Endeffekt ist eine Dioxinschleuder übriggeblieben, die eine 30.000fache Überschreitung gegenüber den Grenzwerten, die sozusagen eine Gesundheitsgefährdung bedeuten, verursacht hat, und zwei Jahre lang hat diese Dioxin- und Dreckschleuder in die Gegend von Leoben, in die Bevölkerung emittiert. Wir dürfen ja heute gar nicht mehr von Umweltschutz reden, wir müssen heute bereits von Menschenschutz reden, vom Schutz der Kinder, vom Schutz jener nicht Wahlberechtigten, um deren Stimme man heute noch nicht buhlen braucht, aber die unserer Verantwortung bedürfen.

Ich habe auch damals, wie die Frau Landesrat Klasnic einmal in einer Presseaussendung gemeint hat – obwohl ich mit ihr persönlich sehr gut bin –: „Na ja, noch drei Jahre Probebetrieb könnten wir uns überlegen“ – (Landesrat Klasnic: „Das habe ich nicht gesagt. Mit 31. Dezember 1989 beschränkt!“) Mit 31. Dezember 1989 – ich könnte Ihnen den Zeitungsartikel zeigen. Ich weiß, daß unter Umständen nicht alles wahr ist, was in den Medien steht. Wenn Sie das heute klarstellen, dann nehme ich das zur Kenntnis. Ich werde Ihnen aber den Zeitungsartikel bringen, und ich ersuche Sie, daß Sie eine Entgegnung verlangen – dann ist das eine Falschinformation. Auf jeden Fall war es damals für mich so weit, daß ich gesagt habe: „Jetzt gehört auch gegen die verantwortlichen Politiker reagiert“, und ich habe damals auch eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft in Erwägung gezogen, habe das aber, nachdem das KVA-Verfahren dann praktisch eingestellt wurde, wieder verworfen.

Für uns sind diese Probleme eben, daß wir heute einer falschen Technikgläubigkeit zu viel Vertrauen schenken, daß wir in falsche Technik Investitionsmillionen und -milliarden investieren und daß wir heute mit dem Argument Arbeitsplatzsicherung von gewissen tüchtigen Managern und Leuten mit sprich großer Klappe, die alle bisherigen Erkenntnisse negieren und dann auch noch straffrei ausgehen – das muß man auch dazusagen –, überrollt werden. Wir haben dieses Arbeitsplatzargument auch bei Eurostar, und ich bin der Ansicht, wenn wir heute noch von Vehikeln reden, die mit fossilen Brennstoffen und vor allem mit Platinrückständen die Umwelt belasten, daß wir auch nicht gerade bestens beraten sind, wenn hier die Steuergelder investiert werden. Man redet von Arbeitsplatzsicherung, man muß aber heute ins klare kommen: Sind diese Arbeitsplätze nicht gefährlich? Früher waren die Arbeitsplätze für die Arbeitnehmer gefährlich, die dort arbeiten mußten. Heute sind jene Arbeitsplätze wesentlich gefährlicher für Menschen und Kinder, die in dieser Region leben und überleben müssen. Und für solche gefährliche Investitionen haben wir einfach kein Verständnis.

Also, die Einstellung des Herrn Bogdandy, daß die Steirer ein kleines Bergvolk über den Alpeern sind und ohnedies nicht in der Lage sind zu messen, hat sich Gott sei Dank nur teilweise bestätigt. Er hat die Steirer wohl oder übel drei Jahre am Schmah gehalten. Er hatte praktisch kurzzeitig mit seiner Einstellung, daß hier die Umweltproblematik noch nicht so ernst genommen wird, wie immer wieder gesprochen wird – wir reden immer wieder von fünf Minuten vor zwölf oder wir wissen fünf Minuten vor zwölf, daß es bereits

zehn Minuten nach zwölf ist –, die Verantwortlichen und auch das rechtsstaatliche Prinzip mit seinen falschen Argumenten überrollt und leider auch jahrelang überzeugt.

Er hat die Verantwortlichen und das rechtsstaatliche Prinzip mit seinen falschen Argumenten überrollt und leider auch jahrelang überzeugt. Wir haben nicht die Möglichkeit, hier diese Dinge abzustellen. Wir können warnen, wir können Anzeigen machen, wir müssen uns im Rahmen des liberalen Rechtsstaates bewegen und mehr als Anzeigen zu machen und zur Kenntnis zu nehmen, daß das nicht mehr ein Grund ist, um diese Dinge gewissenhaft zu untersuchen, ist einfach eine traurige Erkenntnis, denn kein Mensch kann mir weismachen, daß vom Beginn der Anzeige in Graz und der Behandlung der Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Leoben und der Beendigung dieser Anzeige, das heißt nicht einmal einer weiteren Verfolgung von zwei Monaten, hier Messungen gemacht wurden. Wir sind nicht einmal in der Lage, wenn heute Anzeigen gemacht werden auf Umweltschädigungen, auf menschengeschädigende Industrieanlagen, daß Messungen gemacht werden. Wir als politisch tätige Menschen müssen uns aussetzen, daß wir dann von diesen Firmen wegen Kreditschädigung geklagt werden. Klagen auf Millionenhöhe. Ich sehe es nicht ein, daß man auf der einen Seite politisch tätig ist und der Verantwortlichkeit voll unterliegt, diese Dinge aufzudecken, und auf der anderen Seite Kopf und Kragen, sein ganzes Privatleben riskiert mit solchen zivilrechtlichen Kreditschädigungsklagen. Das möchte ich einmal hier in den Raum stellen, und da hilft Ihnen die ganze Immunität nichts, wenn Sie zivilrechtlich geklagt werden. Daher ist meiner Meinung auch hier der Schutz des Abgeordneten, der der Bevölkerung verantwortlich ist, heute nicht mehr gegeben. In diesem Sinne möchte ich hier gleich feststellen, daß andere Riesenkonzerne in der Steiermark, sprich die Pöls AG., mit Kreditschädigungsklagen über Leute herfallen, die sagen, das Verbrennen von Sedimentationsschlamm ist zu untersuchen, ist zu überprüfen. Wenn man erfährt, daß in der Obersteiermark von einem Postbeamten in Maria Puch Probebetriebe, Versuche auf Schlammverbrennung für die Pöls AG., gemacht werden und die Leute dort zusammenrennen, weil sie nicht einmal mehr ein Gefühl auf der Zunge haben. Klar, wenn dort Dioxine entstehen, das ist ja ein Nervengift, fängt als erstes bei der Zunge an, daß der Geschmack behindert wird. Wenn dann diese Firmen gegen Abgeordnete dieses Hauses, nur weil sie behaupten, daß das untersucht gehört, daß das ein Wahnsinn ist, das von einem Postbeamten überprüfen zu lassen, eine Kreditschädigungsklage von 800.000 Schilling einbringen, wie es mir, Herr Landeshauptmann, in dem Fall passiert ist, dann hört sich eigentlich der Spaß richtig auf. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das ist doch geschützt!“) Nein, das ist eine andere Sache. Das war die Geschichte Benzpyrene, Frischluftschleuse Graz. Ich bin ein Dauerbrenner. Ich bin ein Dauerbeklagter. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Herr Kollege Korber, den Fall haben Sie nicht an mich herangetragen!“) Herr Landeshauptmann, ich komme in der Sache gerne zu Ihnen. Denn ein Betrieb, der in der Steiermark ohne wasserrechtliche Bewilligung beziehungsweise ohne Kläranlage täglich 25 Tonnen chlorierte Kohlenwasserstoffe in die Mur läßt und man genau in

Graz weiß, wann die oben Betriebsferien haben, denn dann ist die Mur nämlich grün, dann gehört gegen die Verantwortlichen, Herr Landeshauptmann, strafrechtlich vorgegangen. Das hat alles noch mit dem bevorzugten Wasserbau, das ist ein altes Gesetz aus der Kriegszeit, Nazizeit, zu tun, sozusagen die kalte Enteignung, wenn man mit solchen Gesetzen, die damals vom Herrn Minister Haiden über die Steiermark hereingebrochen sind, arbeiten will und heute gegen das Wasserrechtsgesetz, ein Bundesgesetz, in dieser Art vorgeht, dann ist das ein strafbarer Tatbestand. Herr Landeshauptmann, ich ersuche Sie, in dieser Angelegenheit Pöls – Einleitung der Abwässer ohne Kläranlage, täglich 25 Tonnen chlorierte Wasserstoffe, Ultra gifte, in die Mur als flüssige Müllabfuhr – etwas zu unternehmen. Mich wundert nur, daß sich die Jugoslawen noch nie bei der österreichisch-jugoslawischen Mur-Kommission darüber aufgeregt haben, wenn Abgeordnete nur deshalb, weil sie sagen, man kann keine Schlammverbrennung von einem Postbeamten in Maria Puch machen lassen beziehungsweise ohne Meßgeräte, vor allem auf Dioxin. Sie haben auch im Wasser Chloride. Sie haben in jedem Wasser Chloridverbindungen. In Verbindung mit organischen Substanzen ist das alles dioxinverdächtig.

Wenn die Bezirkshauptmannschaft diesen Versuch ablehnt, auf der anderen Seite aber die Rechtsabteilung 4 des Landes das wieder bewilligt, dann hört sich der Spaß auf, und da paßt es vorne und hinten nicht zusammen. Im Grunde genommen ist für mich und für uns dieses KVA-Verfahren ein abgeschlossenes Kapitel. Es hat sicher keinen Sinn mehr, über verschüttete Steuermillionen oder über verschüttete Milch zu jammern. Es kann nur für uns alle eine Anregung sein, in Zukunft doch mehr mit den Hochschulen und mit der Wissenschaft zusammenzuarbeiten. Denn eines steht fest: Die VOEST hat mit unseren Experten in Leoben auf den Hochschulen nicht einmal Kontakt aufgenommen. Wir müssen wirklich versuchen, daß in Zukunft alle gewerberechtlichen Anlagen, die nur dioxinverdächtig sind, wo Stoffe im Spiel sind, die Ausgangsprodukte für Dioxin sind, daß die alle schleunigst auf Dioxine untersucht werden, gemessen werden, daß das von den Gewerbebehörden vorgeschrieben wird. Ich war entsetzt über die Anfragebeantwortung einer Anfrage von mir, ob das nicht sofort gemacht werden müßte. Die Antwort war: Ja, ja, wir haben aber kein Geld dazu, und in Graz ist das kaum meßbar, und eine Untersuchung kostet so viel. Dann muß man eben mit der Hochschule Kontakt aufnehmen, muß schauen, daß diese die Meßgeräte bekommt. Eines steht fest, Dioxinmessungen in Deutschland liegen im Bereich von rund einer Million Schilling. Wenn wir aber die Geräte selbst installiert haben, wenn wir Leute eingeschult haben, die das machen können, dann liegt eine Messung im Bereich von 50.000 Schilling. Daher müssen wir auf diesem Gebiet nachholen. Der Herr Landeshauptmann hat früher gesagt, ich bin in der Sache Frischluftschleuse, Asphaltwerke, Benzpyrene vom Landtag geschützt worden. Bitte, der Schutz gilt ja nur so lange, solange ich Abgeordneter bin. Wenn ich aus diesem Hohen Haus wieder hinausgehe, dann können die ganzen Kläger über mich herfallen. Das ist ja nur ein Aufschieben einer Strafverfolgung. Es kann jedem von Ihnen passieren, wenn Sie im Sinne eines Umweltschutzes, eines Menschenschutzes das und das feststel-

len oder das und das verlangen, daß Sie eine willkürliche Kreditschädigungsklage bekommen. Es ist nicht angenehm, ständig mit den Gerichten und mit den Richtern zu tun zu haben. Ich glaube auch, daß die Frage der Immunität in Umweltschutzbelangen grundsätzlich auch auf Bundesebene überprüft gehört, denn die können, wenn einer aus dem Landtag geht, jemanden auf das Existenzminimum bringen, wenn er in seiner Zeit Dinge gesagt hat, die er auf Grund seiner finanziellen Möglichkeiten nicht nachweisen kann. Wenn ich behauptet habe, beim KVA-Verfahren ist Dioxin im Spiel, habe ich es nur theoretisch und auf Grund meiner ganzen Erkenntnisse nachweisen können, aber ich habe beim KVA-Verfahren nicht messen können. Die hätten mich dort nie messen lassen. Die hätten mich mit fünf Grundbesitzstörungsklagen einmal davonporozessiert. In dieser Situation stehen wir, daß wir Dinge, von denen wir überzeugt sind, die wir heute auf Grund theoretischer und praktischer Kenntnisse sagen müssen und sagen können, daß wir für diese Dinge nicht den Nachweis führen können. Es kann doch von mir keiner annehmen, wenn hier steht: „Sie haben vier Wochen Zeit, eine Privatklage gegen die VOEST zu machen“, daß ich auf meine Kosten eine Untersuchung mit einer Million Schilling in Auftrag gebe. Das kann doch von mir kein Mensch verlangen. Hätte ich damals das Geld gehabt, wäre dieses KVA-Verfahren eineinhalb Jahre später zum Stillstand gekommen. Ich habe es nicht gehabt. Ich kann auch meine Familie nicht aufs Existenzminimum setzen.

Kurz und gut, wir haben andere Probleme, die ähnlich wie das KVA-Verfahren sind, wir haben andere Probleme in der Steiermark, wo wir amtsärztliche Gutachten haben, die eine eindeutige Gesundheitsgefährdung ausweisen, und, Herr Landeshauptmann, ich darf Sie zum Schluß bitten, weil Sie gesagt haben, ich kann in diesen Dingen da jetzt zu Ihnen kommen, wir haben den Bereich Graz-Nord, Andritz. Wir haben dort bitte Asphaltwerke, die entgegen amtsärztlichen Gutachten arbeiten, und zwar, Herr Landeshauptmann, ohne Widmungsbewilligung, ohne Baubewilligung, ohne gewerberechtliche Bewilligung, und viertens steht diese Anlage im Freiland. Ich bitte Sie als Gemeinderat von Weinitzen, daß Sie einmal bei der Staatsanwaltschaft nachfragen, was mit der Anzeige geworden ist, wo Sie den Bürgermeister von Weinitzen wegen des Paragraphen „Amtsmissbrauch“ bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht haben. Meiner Meinung nach vollkommen zu Recht, denn dieser Mann hat wider besseres Wissen vier Monate die Aufsichtsbehörde gepflanzt, bis die Anlage fertig war, und jetzt sind wir in der Situation, daß zwar der Auftrag ergangen ist, Strafverfahren auszuteilen, nur, der Betrieb fährt. Der Betrieb fährt, und wir stehen ohnmächtig im Sinne des Rechtsstaates gegenüber. Wir haben uns gewisse Dinge überlegt, von der Blockade angefangen. Nur, Herr Landeshauptmann, warum soll ich ständig blockieren, warum soll ich mich ständig anzeigen lassen? Bitte, versuchen Sie, Kontakt mit dem Herrn Hofrat Rupprecht, der wirklich ein gewissenhafter Beamter ist, und seiner Abteilung herzustellen. Diese Frage liegt seit zehn Monaten bei der Staatsanwaltschaft, bis heute nicht behandelt. Bitte, ersuchen Sie den Bezirkshauptmann, alle Maßnahmen zu setzen, daß dieser Betrieb ohne diese Bewilligungen einfach nicht benützt werden darf, sonst hört sich das

Vertrauen der Menschen, der Bevölkerung, sowohl zu den Behörden als auch zum liberalen Rechtsstaat, natürlich auch zu den Politikern, komplett auf. Herr Landeshauptmann, das ist in diesem Sinne sozusagen meine Bitte, und ich ersuche Sie für die Bevölkerung von Graz-Nord, dieses Benzpyrenproblem, dieses eindeutig gesundheitsgefährdende Problem nach Aussagen der Landessanitätsdirektion, nach schriftlichen amtsärztlichen Gutachten, wirklich unter die Lupe zu nehmen. Ich danke Ihnen im voraus. (13.24 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Hammer das Wort.

Abg. Hammer (13.24 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Die Nationalratswahl wirft ihre Schatten voraus, und wenn der Herr Kollege Prof. Dr. Eichinger die Anwesenheit der anderen Abgeordneten urgiert hat, dann könnte ich das gleiche jetzt bei ihm tun, aber wahrscheinlich hat der Mohr die Schuldigkeit getan, und dann ist er abgetreten. Aber es ist eigentlich – glaube ich – nicht im Interesse der Betroffenen, daß wir über die Anwesenheit bei den Landtagssitzungen diskutieren, sondern den betroffenen Arbeitnehmern geht es wohl darum, daß sie ihre Lohnzahlungen bekommen. Und im Falle eines insolventen Betriebes gibt es halt dann wieder nur den Insolvenzfonds, der wirklich die Leistungen und die Sicherstellung der finanziellen Unterstützung der Dienstnehmer auch garantiert.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich bin ich auch dafür, daß das Geld für KVA nun zurückgestellt und für ein Regionalprogramm des Bezirkes Leoben verwendet wird, in den natürlich auch Eisenerz einbezogen gehört. Das ist ganz besonders wichtig! Wir brauchen dort Initialzündung für die Schaffung weiterer Arbeitsplätze – ich habe das vorhin bereits betont.

Und, meine Damen und Herren, Herr Prof. Bogdandy ist sicherlich kein Sozialist; ich glaube, da sitzen Sie alle einem Irrtum auf, wenn Sie das annehmen, und ich bin auch nicht der Anwalt des Herrn Bogdandy, sondern ich bin auch einer der Betroffenen seiner Konzernpolitik, daß nämlich die Produktion am steirischen Erzberg um ein Drittel zurückgenommen wurde und damit auch der Belegschaftsstand reduziert wurde. Aber vielleicht haben wir auch ihm zu verdanken, daß es den steirischen Erzberg noch immer gibt, denn es hat andere Aussagen von VOEST-Vorstandsdirektoren gegeben, die nicht der SPÖ angehören, die aber sehr wohl von der ÖVP dorthin delegiert wurden, wie der Herr Finanzdirektor Raidl, der beim „Brücklwirt“ bei einer ÖAAB-Diskussion gesagt hat: „Diese Standorte sind zu schließen, und der Erzberg wird nicht aufrechtzuerhalten sein.“ Noch ist er im Bestehen, und ich würde mir auch wünschen, die Produktion am steirischen Erzberg würde nicht 2,3 Millionen Tonnen betragen, sondern nach wie vor 3,4 Millionen. Aber hier sind es gerade Ihre Finanzfachleute, die immer wieder sagen: „Das rechnet sich nicht“, „Das geht sich nicht aus“, „Das können wir nicht vertreten“, Herr Kollege. Und natürlich wären wir interessiert, daß es Investitionen in die Sinteranlage gibt, damit dort die Umweltbelastung verhindert wird, aber auch, daß heimisches Erz in dieser Sinteranlage entsprechend für den Hochofenprozeß aufbereitet werden kann.

Meine Damen und Herren, zum KVA-Prozeß: Technisch vielleicht durchaus eine mögliche Lösung, aber in der falschen Zeit vielleicht begonnen. Wenn KVA vielleicht in der Zeit des LD entwickelt worden wäre, hätte jeder gesagt: „Das ist eine gute Sache!“ Und ich darf vielleicht noch dazufügen: Auch ich war skeptisch, denn auch ich war der Meinung, daß sich durch unser Schrottlenkungssystem der Schrottpreis verteuern wird und daß heimisches Erz in der Verhüttung vielleicht billiger sein wird als Schrott. Natürlich, die Geschäftsleute haben uns etwas anderes gesagt als die Betriebsräte, und dann müssen wir irgendwann auch etwas zur Kenntnis nehmen, meine Damen und Herren. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das haben wir vorher schon gewußt!“) Und warum denn KVA? Weil die große Stahlkrise auf der ganzen Welt war, weil es Überkapazitäten in den Stahlwerken gegeben hat und eine sehr geringe Nachfrage, weil in Deutschland Stahlwerke zum Schließen vorgesehen waren, die heute noch produzieren, weil Gott sei Dank mittlerweile ohne Vorhersagen der Wirtschaftsexperten eine überdurchschnittliche Konjunktur auf dem Stahlsektor eingetreten ist und diese Werke nach wie vor weiterproduzieren. Man wollte mit diesem KVA-Verfahren ja nur Donawitz retten, um aus dieser prekären Zwangssituation der Überkapazitäten aus den europäischen und überseeischen Ländern herauszukommen, um diesen Standort abzusichern, weil es allen Betroffenen um die Beschäftigten dort gegangen ist.

Und ich glaube nicht, meine Damen und Herren, daß wir weitere Arbeitsplätze im Bereich Obersteiermark und Donawitz damit sichern, daß wir jetzt in ein Triumphgeheul über das Versagen von KVA ausbrechen, sondern ich glaube, es wäre viel vernünftiger, nach gescheiterten Lösungen zu suchen, daß dort weitere Beschäftigungsmöglichkeiten hinkommen, daß dort Arbeitsplätze geschaffen werden, meine Damen und Herren. Das wäre die Aufgabe, denn Donawitz weiter zu reduzieren, gefährdet ja auch die übrigen Stahlstandorte der Obersteiermark, und 5000 Beschäftigte sind damit in Gefahr, obwohl wir jetzt wissen, daß es gerade auf dem Vormaterialsektor einen Engpaß gibt. Und wer da mit Ostimporten spekuliert, wird sicherlich nicht immer recht haben, denn diese Ostimporte werden nicht die Qualität liefern, sie werden auch nicht den Preis halten, daß unsere obersteirischen Verarbeitungsbetriebe, wie Donawitz selbst, Kindberg und Judenburg, hier ein günstiges Vormaterial bekommen, um eine Ausgangsbasis zu haben, um im Konkurrenzkampf der Stahlwirtschaft bestehen zu können, meine Damen und Herren.

Und eng damit verbunden ist immer wieder die Situation mit dem steirischen Erzberg. Wenn der steirische Erzberg in Eisenerz nicht mehr die nötige Infrastruktur zur Verfügung stellt, dann habe ich größte Bedenken, daß es in Eisenerz noch weitere Betriebsansiedlungen geben wird, denn mit dem Schließen des steirischen Erzberges würde eine Reihe von wichtigen Infrastrukturen verloren gehen, so daß es keinen Anreiz mehr geben würde, andere Investoren oder Betriebsansiedlungen in den Raum Eisenerz zu bringen. Denn die topographische Lage von Eisenerz ist eben eine gegebene Tatsache, mit der sich jeder Unternehmer auseinandersetzen muß.

Meine Damen und Herren, wenn hier der Kollege Fauland zitiert wurde, dann darf ich wohl darauf verweisen: Ich kann mich noch sehr gut erinnern, als aus Ihrer Seite die Kritik über den Kollegen Fauland gekommen ist und über die Betriebsräte, weil sie sich für den Erhalt der Standorte, weil sie sich für den Erhalt der Beschäftigung in den verstaatlichten Betrieben eingesetzt haben. Damals wurden wir als Betriebskaiser abgestempelt, die nicht verstehen, daß man sich (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das ist heute noch so!“) in den Betrieben umstellen muß, meine Herren. Das ist Ihre Diktion dazu, die ja äußerst ungerecht ist, meine Damen und Herren! So kann man natürlich Politik unter keinen Umständen machen.

Es ist eigentlich bedauerlich, daß der Herr Kollege Kollmann heute eine Nationalratsdebatte vom Zaun gebrochen hat, aber es gibt eben schriftliche Vereinbarungen, Grundsatzvereinbarungen vom 20. November, wo der Herr Burgstaller als designierter Geschäftsführer unterschreibt, daß die Mitarbeiterbeteiligung eingeführt werden soll – Vorschlag vom Herrn Burgstaller –, und darauf dann die Antwort. Ich zitiere nur dieses Schreiben, meine Damen und Herren. Immerhin – Schreiben der VOEST auf diese Vereinbarung vom 20. November 1989 – es ist im November vorigen Jahres gelungen, in Verhandlungen mit dem designierten Geschäftsführer, Herrn Burgstaller, ein Konzept zu erarbeiten, welches von allen Beteiligten für durchsetzbar gehalten worden ist. Herr Burgstaller hat es übernommen, die entsprechenden finanziellen Leistungen des Landes sicherzustellen. Leider hat Herr Burgstaller das Land nicht zu den zugesagten Leistungen bewegen können. Bitte sehr. Ich gebe keinen Kommentar dazu ab. Sie können sich das selbst zusammenreimen. Selbstverständlich, Frau Landesrätin, werden Sie dazu einen Kommentar abgeben. Auch der Kollege Fauland hat sich in seiner letzten Presseausendung für die Erhaltung dieses Forschungszentrums eingesetzt. Der Kollege Rainer ebenfalls für die Erhaltung dieses Forschungszentrums. Ich bin auch dafür, aber ich frage Sie, ob es wirklich sinnvoll weiterhin bei der VOEST-Alpine angesiedelt ist oder ob eine andere Konstruktion in Zusammenarbeit mit der Leobner Universität nicht viel zielführender wäre, denn dort gibt es auch sehr gute Kapazitäten, die in dieser Zusammenarbeit noch besser ausgenutzt werden könnten im Interesse der Obersteiermark. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte daher noch einmal an alle appellieren, daß dieses freiwerdende Geld der KVA-Unterstützung für den Bezirk Leoben mit der Region steirischer Erzberg verwendet wird, und strengen wir uns an, daß wir nicht durch solches Parteigeplänkel – (Abg. Purr: „An deine eigene Adresse!“) Herr Kollege Prof. Dr. Eichinger, wenn du glaubst, uns laufen die Wähler davon, dann darf ich das zurückgeben an dich. Du hast schon so viele Prognosen hier aufgestellt, die alle nicht eingetroffen sind. Der einzig Glückliche, der eigentlich aus deiner Diskussion hervorgeht, ist der Kollege Mag. Rader, denn der freut sich, daß wir uns über solche Sachen streiten, von denen die betroffenen Arbeitnehmer keinen Schilling bekommen. Mit deinen Aussagen ist es nicht möglich, auch nur einen Schilling der Lohnzahlungen für diese Beschäftigten zu sichern. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ. – 13.33 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich erteile der Frau Abgeordneten Kammlander das Wort.

Abg. Kammlander (13.33 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich bin es eigentlich müde, in Sachen Obersteiermark und Donawitz seit vier Jahren wechselweise Schuldzuweisungen zu hören. Es wird von parteiennahen Managern, ob sie es jetzt sind oder nicht, das ist nicht die Frage, von Politikern und auch von Interessensvertretern jedesmal zu Zeiten von Wahlen Wählerfang betrieben. Die werfen dann ihre Netze aus. Ich denke da an eine ÖVP-Broschüre „Hart und stark in der Obersteiermark“. Auch die FPÖ macht da keine Ausnahme. Vor der Wahl war sie für Donawitz, nachher dagegen. Ich finde es wirklich unverantwortlich und auch empörend, wie auf den Rücken von Tausenden Beschäftigten wahltaktische Spiele inszeniert werden. Ich habe den Verdacht – ich wollte mich heute gar nicht zum Wort melden (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Wäre gut gewesen!“) –, daß das jetzt wieder passiert, weil der Wahltermin im Herbst auch für die Landtagswahlen noch nicht vom Tisch ist. Wird ja immer wieder erwähnt. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte nur erwähnen, daß mir der Herr Präsident heute in der Früh beiläufig gesagt hat: „Im Herbst machen wir eine Delegation nach Südtirol, aber nach der Wahl.“ Ich sage: „Welche?“ Er sagt: „Schauen Sie, daß ihr ein paar Stimmen zusammenbekommt.“ Welche hat er wohl gemeint? Die Landtagswahl. So war meine Kombination. Ich glaube nicht, daß er eine solche Bemerkung über die Nationalratswahl gemacht hätte. Also scheint es doch wieder, jedenfalls beim Präsidenten, noch haften zu bleiben. Ich wünsche mir ein gemeinsames Bemühen in der Sache der obersteirischen Betriebe, und nicht immer diese Schuldzuweisungen. Ein gemeinsames Bemühen der Bundes- und der Landesstellen. Ich muß sagen, daß in dem Brief von der Frau Landesrätin mir sehr vieles gefallen hat, sehr viel Gemeinsames schon angeklungen ist. Wenn es in Wien noch nicht so verstanden wird, tut es mir leid, aber das wäre ein Stil, den ich mir in der Sache wünschen würde. Wenn es jetzt darum geht, die Obersteiermark, den Betrieb in Donawitz oder drumherum zu retten, dann müssen wir uns wirklich innovative Schritte überlegen. Dazu wäre es für mich erfreulich, wenn es in Österreich ökologisch sinnvolle Verkehrsinvestitionen gäbe. Ich weiß aber auch, daß es für Österreich allein zu wenig ist, für den österreichischen Ausbau des Schienennetzes zum Beispiel zu produzieren und für die österreichische Infrastruktur und Nahverkehrsnetze etwas zu unternehmen. Aber wir wissen, daß jetzt west- und osteuropaweit sehr viel im Umbau begriffen ist, daß der ökologische Umbau der Verkehrsinfrastruktur ein Gebot der Stunde ist, und man sollte jetzt nicht gerade diesen Bereich vergessen, die für den Verkehr sehr wichtigen Produkte, ich denke an die „Konditorschiene“, daß man dort nicht mit Bedacht investiert. Wenn Forschung und Entwicklung dann nicht parallel gehen, dann wäre es wirklich schade, gerade auf Grund dieser Konkurrenzsituation, daß einerseits etwas schwarz und andererseits etwas rot ist, und daß die beiden dann nicht miteinander können, und daß dann der Herr Vranitzky in Leoben sagen muß, daß dort und da etwas nicht entwickelt

werden kann, weil die nicht mitmachen. Ich finde es wirklich übel, wenn man weiß, daß 5000 Leute da dran hängen. Für Wählerfang sollte uns das zu schade sein. Es gibt Modelle in Schweden, wo man mit der Stahlindustrie dementsprechende Maßnahmen getroffen hat und die heute schon beispielgebend sind. Wenn sich die Herren und Damen, die in der Stahlindustrie etwas zu sagen haben, nicht auf die Reise begeben und etwas anschauen können und immer noch weiter mit ihren Schuldzuweisungen herumraufen, so wie heute da im Landtag, dann werden wir nie zu etwas kommen. Mein Appell: Zusammensetzen und etwas tun. Danke. (13.39 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Rainer das Wort.

Abg. Rainer (13.39 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Kurt Hammer hat bereits meine Aussage zum Forschungs- und Dienstleistungszentrum in Leoben zitiert. Ich möchte es noch einmal herausstellen und unterstützen und auch hier im Hohen Haus zum Ausdruck bringen. Uns ist völlig egal, wer dort Geschäftsführer ist und was immer dort politisch im Zusammenhang mit diesem Unternehmen in der Öffentlichkeit dargestellt wird. Uns geht es darum, daß der vorhandene Personalstand abgesichert wird, weil wir davon ausgehen haben, daß hier ein gewaltiges geistiges Potential für die Region zur Verfügung steht, das wir nicht vergeuden sollten, das dort eingesetzt und genützt werden sollte, und daß die entsprechenden Mittel dafür vorzusehen sind, von wem immer sie eingefordert werden. Eines ist sicher, das Land Steiermark hat eine Verpflichtung dazu, und es ist daher richtig, wenn man sagt, daß wir diese Mittel für das KVA-Verfahren nicht aufwenden mußten, jetzt dafür verwendet werden können und verwendet werden sollten, und auch für die anderen Fragen, die heute Gegenstand der Vorlage sind. Vielleicht darf ich eine Anmerkung machen. Ich wußte nicht, daß der Kollege Prof. Dr. Eichinger Stahlexperte ist, aber meine Referenz, lieber Karl, ich bin begeistert von dem Sachverstand. Ich bedaure nur ungemein, daß der Herr Prof. Dr. Bogdandy nicht auf die Idee gekommen ist, dich vorher zu fragen. Vielleicht hätten wir uns einen teuren Umweg zu einer Entwicklungserspart. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das interessiert mich sehr!“) Faktum ist, lieber Freund, daß das keiner in diesem Ausmaß voraussehen konnte. Es ist heute schon richtigerweise herausgestellt worden, daß Wirtschaften immer risikoreich ist und daß dabei auch die Gefahr besteht, daß etwas einmal so ausgehen könnte, wie dieses Projekt ausgegangen ist. Dennoch muß man sagen, wir haben als Steirer große Hoffnungen darauf gesetzt. Wir waren der Meinung und guten Mutes, daß daraus etwas werden könnte und daß unser Standort dort abgesichert gewesen wäre. Wir verlangen daher heute zu Recht das, was Kurt Hammer und andere Vorredner vor mir bereits herausgestellt haben, daß wir sagen: Wenn das so ist, und wenn man zu akzeptieren hat, daß auf Grund der Umweltauflagen, die zweifellos zu erfüllen sind, hier ein derartiges Verfahren nicht umsetzbar erscheint, was wir alle nicht wußten, dann muß man nach Alternativlösungen für diese Region suchen. Man kann

daher – und das sollte man auch ganz deutlich zum Ausdruck bringen – die Verantwortlichen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen, und dazu gehört auch Austrian Industries. Auch die haben ihren Teil der Verantwortung, nicht nur die Gebietskörperschaften, nicht nur jene, die sich für die Arbeitsplätze zuständig fühlen, sondern auch die haben mit ihren Ertragnissen ihren Teil für unser Land beizutragen. Auch das an diese Adresse gerichtet. Es ist zu einfach, und es ist nicht zu verantworten, wenn man einen Auslandsaufenthalt dazu benützt – übrigens haben wir das schon einmal in einer anderen Situation ähnlich erlebt – neue Strukturen, die man da allenfalls als Rettung sieht, in die Öffentlichkeit zu bringen, und das Risiko oder die Gefahren für die Arbeitsplätze sind dann so, wie es hier bereits eingeschätzt wurde, daß wir davon ausgehen müßten, daß gewaltige Arbeitsplatzverluste bis zu 5000 eintreten könnten.

Wir lehnen das als Sozialdemokraten, als Arbeitnehmervertreter ganz entschieden ab, von welcher Seite her das immer kommt, weil wir wissen, daß die Region der Mur-Mürz-Furche eine ganz gewaltige, wirklich belastende Situation bereits hinter sich hat, wie wir glauben, unter den gegebenen Umständen gut meistern konnte und wir jetzt vor einer neuerlichen ähnlich gelagerten Situation stehen würden. Und da sind nicht nur jene ehemaligen Bereiche der verstaatlichten Industrie, sondern, wie man sehr wohl weiß, auch Private, die Pengg-Gruppe und andere, direkt Betroffene, die in dieser Region mit davon beeinflusst werden, wie dann dieses Problem gelöst wird. Und daher unsere Forderung, daß für diese Region Entsprechendes zu geschehen hat, und wir bekennen uns daher dazu, daß diese Mittel auch dafür eingesetzt werden müssen, im Interesse der Region der Obersteiermark, der Mur-Mürz-Furche, weil wir glauben, daß wir Arbeitsplätze nicht nur hier in Graz haben können, sondern gleichmäßig nach den Erfordernissen in unserem Bundesland verteilt. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 13.44 Uhr.)

Präsident Meyer: Als letzter Rednerin erteile ich der Frau Landesrätin Klasnic das Wort.

Landesrat Klasnic (13.44 Uhr): Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach dieser Debatte möchte ich vorausschicken, daß Wirtschaftsförderung für die Steiermärkische Landesregierung und insbesondere für den Landesreferenten ganz besonders immer Steiermark bedeutet. Wenn es heute eine ausschließliche Diskussion Obersteiermark und vor allem Region Leoben gewesen ist, dann möchte ich darauf hinweisen, daß bei der Verteilung von Mitteln und bei der Anforderung auch immer darauf Bedacht genommen werden muß, wie es zum Beispiel im Bezirk Voitsberg aussieht, wie es im Land an der Grenze aussieht. Und weil wir gerade vor kurzer Zeit vom Herrn Landeshauptmann ein Sonderprogramm für das Grenzland vorgelegt bekommen haben, darf ich heute auch darauf hinweisen, daß es eine Sonderfinanzierungsaktion Bund – Land, Land – Bund gemeinsam gegeben hat, die gerade für den obersteirischen Raum Tausende Arbeitsplätze gebracht, gesichert und gefestigt hat.

Und ich gebe den vielen Kollegen vollkommen recht, beginnend von Ussar bis Kollmann, die sagen: „Das ist das Bild der Arbeitsmarktsituation in Leoben, und es wird der Zusammenarbeit aller politischen Kräfte bedürfen.“ Ich würde mir wünschen, wenn sich die, die heute hier am Rednerpult gestanden sind, anschließend einmal zusammensetzen und sagen: „Was können wir gemeinsam tun?“, ohne daß wir uns gegenseitig sehr, sehr viele Vorwürfe machen, obwohl ich gleichzeitig dazusagen muß: Die Vorwürfe sind in weiten Bereichen auch gerechtfertigt. Aber ich weise sie in einer Form zurück, vor allem dort, wo sie vom Kollegen Weilharter gekommen sind, wenn er dem Land oder der Landesregierung heute vorwirft, daß sie die Verantwortung auf den Landtag abschiebt. Das ist es nicht. Es war ein gemeinsamer Antrag, es war ein gemeinsamer Beschluß, und es ist heute ein gemeinsamer Bericht an Sie. Vor allem müßte man eigentlich froh sein, wenn Mittel erst ausgezahlt werden, wenn ordentlich geprüft wird, und darauf komme ich noch einmal zurück.

Irgendwo hat der Herr Weilharter auch gesagt, man soll jemanden zum Betriebsrat bestimmen. Ich glaube, die Demokratie ist bei ihm noch nicht sehr weit, bei uns werden Betriebsräte und Personalvertreter noch gewählt. Darauf möchte ich auch Wert legen.

Ich sage noch einmal, wie die KVA-Mittel entstanden sind, wie sie vorgesehen waren und wie es läuft. Sie wurden geplant, im Budget vorgesehen, eigentlich in der Regierung ohnehin einstimmig und im Haus fast einstimmig beschlossen, aber auch mit Bedingungen angesprochen. Und die Bedingungen lauteten: Es muß umwelttechnisch in Ordnung sein, betriebstechnisch, wirtschaftlich, aber vor allem muß es arbeitsplatzsichernd für Donawitz sein. Und das Ergebnis, das heute am Tisch liegt, ist nicht arbeitsplatzsichernd für Donawitz, und aus diesem Grunde habe ich der Landesregierung den Vorschlag gemacht, in der jetzigen Konzeption diese Mittel nicht zur Auszahlung zu bringen. Eigentlich müßten damit die Kollegen im Landtag spüren, daß wir nicht unverantwortlich, sondern daß wir verantwortlich handeln und daß wir uns vor jeder Auszahlung nach Möglichkeit die Frage stellen: „Ist alles in Ordnung? Ist es zumutbar?“, weil wir ja Steuermittel verantworten.

Und ich glaube, daß es richtig war, daß der Verstaatlichtensprecher Pauli Burgstaller heute hier gewesen ist, und es ist vielleicht eine Frage der Information: Es wäre ohne weiters auch möglich gewesen, den Herrn Nationalrat Fauland hier zu haben; er hat mir ein Konzept geschickt. Vielleicht wäre es auch gut, hier in diesem Haus mit ihm einmal ein Gespräch zu führen. Ich hätte dieses sehr, sehr gerne wahrgenommen.

Aber was ist eigentlich geschehen? (Abg. Rainer: „Sie brauchen ihn nur einladen. Wir werden dafür sorgen, daß er kommt!“) Ja, lieber Herr Kollege Rainer, ich komme gerne darauf, und wir können gerne einen Termin ausmachen.

Ich glaube, der Kollege Vollmann war das, der gemeint hat, er hätte gesehen, daß ich mit dem Verstaatlichtensprecher Burgstaller gesprochen habe. Und Sie haben dann hier an diesem Pult 10 Milliarden Schilling Forderung des Kollegen Burgstaller zitiert. Und jetzt möchte ich eines hier feststellen: In der

Legislaturperiode der großen Koalition auf Bundesebene wurden 32,9 Milliarden via Parlamentsbeschluß in die ÖIAG und 13 Milliarden Schilling durch Abverkauf aufgebracht. Das sind 45 Milliarden Schilling. Ich stelle heute an dieser Stelle die Frage: Wieviel von diesen 45 Milliarden Schilling ist in die Steiermark gekommen? Und die zweite Frage ist, ob es wirklich so vermessens ist, wenn man auf der einen Seite hört, daß es schon Gewinne in der ÖIAG gibt, wenn wir Sicherung für die Standorte der Steiermark verlangen. Das muß unser gemeinsames Anliegen sein und muß es auch bleiben. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein praktisches Beispiel, was wir vom Land her versucht haben: Man könnte vieles aufzählen, aber wenn wir von einem Jahrzehnt sprechen, so wie es gestern Vizekanzler Riegler angesprochen hat, dann nenne ich die Initiativen, die Maßnahmen und auch das fertige Projekt Niklasdorf, ein Technologie- und Schulungszentrum mit angeschlossenem Laserzentrum, das Elektronik-College. Das heißt, wir haben Maßnahmen vor Ort gesetzt, damit wirklich in dieser Region etwas geschaffen ist, was Zukunft hat. Um die Gemeinschaft und um die Zustimmung haben wir in weiten Bereichen sehr lange ringen müssen.

Und ein Zweites darf ich dazusagen, weil es in diesem Konzept eben nicht aufgeschienen ist und verlangt wurde. Und das ist auch der Brief an den Verantwortlichen der ÖIAG; nicht nur an den Herrn Generaldirektor Sekyra, auch an den Verstaatlichtensminister Streicher habe ich diesen Brief geschrieben: „Wir brauchen echte Konzepte, wir brauchen Zukunftsperspektiven, und wir müssen wissen, wie es mit dem Standort Donawitz in Zukunft ausschaut.“ Das ist Übereinstimmung. Diesen Brief, auch diese Antwort, hat die Landesregierung einstimmig zur Kenntnis genommen. Ich glaube, man muß auch dazusagen: Wenn es heute eine Diskussion über Forschung und Entwicklung in Leoben gibt, dann ist das eine Diskussion, die den Mitarbeitern dort oben fast nicht mehr zumutbar ist. Sie wissen seit ein bis zwei Jahren wohl immer, daß dieser oder dieser Bereich aufgelöst werden soll, daß es wahrscheinlich mit den Aufträgen in Zukunft nicht mehr paßt. Es ist eine ständige Verunsicherung, und ich werde Ihnen noch mitteilen, daß es nicht stimmt, daß sich das Land Steiermark von einer Hilfestellung für F & E im Bereich der Verstaatlichten der Obersteiermark distanziert hat, sondern sogar im Gegenteil: Wir haben eine Förderung in Form einer Beteiligung, aber auch in Form einer Haftung angeboten.

Der Brief vom 8. März, der heute bei Ihnen liegt, ist schriftlich bis heute nicht beantwortet. Ich nehme das zur Kenntnis. Es gibt aber einen Gesprächstermin, der um den 20. Mai stattfinden wird. Ich selbst hätte mir eine schriftliche Antwort gewünscht, weil die hätte ich Ihnen auch beigelegt. Leider ist dies nicht erfolgt. Wenn ich Forschung und Entwicklung in Leoben so als hervorragend bezeichnen möchte, dann stelle ich fest, weil es mir der Kollege Burgstaller gerade früher erzählt hat, und das war der Grund des Gespräches, daß zum Beispiel diese neue Schienentechnologie, die eröffnet und vorgestellt wurde, in diesem Haus von F & E Leoben entwickelt worden ist und daß man eben nur mit Forschung und Entwicklung veraltete Industrien wieder in Schwung bringen kann. Ich habe hier

eine lange Liste, ich werde Ihnen die Zahlen ersparen, von der Summe der Belegschaftsstände in den letzten zehn Jahren. 1980: 23.829, 1990: 14.457. Aber ich möchte eines festhalten: Das Land Steiermark hat sich in diesem Zeitrahmen bemüht, unendlich viel für die verstaatlichte Industrie und für die Mitarbeiter in diesem Bereich zu geben. Unendlich viel. Ich sage das bewußt dazu, weil es eine Aufgabe, weil es ein Auftrag, weil es ein Anliegen der Verantwortlichen in der Steiermark gewesen ist, und es ist ein Viertel der Förderungsmittel in diesem Bereich eingesetzt worden. Ich glaube, das muß man aussprechen und das muß man auch anerkennen, und es hat eigentlich überhaupt keinen Sinn, wenn wir glauben, uns vorwerfen zu müssen, welcher Betriebsrat der bessere Wirtschaftspolitiker ist. Ich lege Wert darauf, daß mancher Bereich, auch dort oben, besser geführt werden könnte, wenn man nicht, wie zum Beispiel in Leoben-Hinterberg, in einem Jahr vier Manager einsetzt und mit jedem nur das Defizit in dreistellige Millionenstellen steigt. (Abg. Vollmann: „Da sehen Sie, daß mancher Betriebsrat mehr von der Wirtschaft verstehen muß als ein Manager!“) Auf das lege ich Wert. Lieber Kollege Vollmann, Sie wissen ganz genau, von wem ich rede und wie das seit Februar dort gelaufen ist. Abschließend darf ich noch einmal dazu sagen: Dieser Brief ist ein weiterer Schritt. Die Zusammenarbeit und die gegenseitige Hilfe auch für die Verstaatlichten in diesem Lande ist uns ein Anliegen. Die Mitarbeiter und die Verantwortungsträger sind dort unsere Partner, mit denen wir reden wollen. Wir werden dieses Gespräch weiter suchen. Noch hat es diese Antwort nicht gegeben. Aber wenn wir es ehrlich meinen, dann darf ich wohl dazusagen, werden wir uns gemeinsam anstrengen müssen, um die steirischen Standorte der Verstaatlichten, der ÖIAG, nicht weiter zu gefährden, und wir müßten uns miteinander laut zu Wort melden, weil das, was bisher geschehen ist, ist wohl von verschiedenen Seiten gekommen, aber ich würde mir wünschen, daß die heutige Diskussion ein Anlaß ist, um laut und deutlich zu sagen: Forschung und Entwicklung werden gebraucht, Ausbildung wird gebraucht, Donawitz muß geschützt werden, die Arbeitsplätze müssen geschützt werden, der Erzberg ist uns ein Anliegen. Die Liste könnte ich endlos fortsetzen. Da sitzen wir in einem Boot. Das ist unsere Verantwortung, und da glaube ich, daß uns gerade die Herren von seiten der Gewerkschaft, die Betriebsräte, sehr unterstützen können, weil nur Papier und Memoranden sind zuwenig. Gehen wir es an. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 13.54 Uhr.)

Präsident Meyer: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 888/3, ihre Zustimmung erteilen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 888/4, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist somit mit Mehrheit angenommen.

10. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 354/7, zum Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Kirner, Rainer, Vollmann und Genossen, betreffend die Erlassung von Datenschutzverordnungen für die Behörden, Dienststellen und Ämter des Landes Steiermark.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Karlheinz Vollmann, dem ich das Wort erteile.

Abg. Vollmann (13.55 Uhr): Die Steiermärkische Landesregierung erstattet zum Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Kirner, Rainer, Vollmann und Genossen, betreffend die Erlassung von Datenschutzverordnungen für die Behörden, Dienststellen und Ämter des Landes Steiermark, eingebracht in der Sitzung vom 26. Jänner 1988, folgenden Bericht:

Die Präsidialabteilung – Verfassungsdienst hat 1988 den Entwurf einer derartigen Verordnung ausgearbeitet und dazu ein umfangreiches Begutachtungsverfahren durchgeführt. Nach Einlangen der Äußerung der Datenschutzkommission und des Datenschutrates wurde der Entwurf dieser Verordnung am 18. Dezember 1989 von der Landesregierung beschlossen. Damit ist dem genannten Antrag der Abgeordneten entsprochen. Die Kundmachung ist im Landesgesetzblatt Nummer 4/1990 erfolgt. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 26. März 1990 den Antrag: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Erlassung von Datenschutzverordnungen für die Behörden, Dienststellen und Ämter des Landes Steiermark, wird zur Kenntnis genommen. (13.56 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

11. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 874/3, zum Antrag der Abgeordneten Kammlander, betreffend die Novellierung der Bestimmung des Paragraphen 26 Absatz 3 des Landesrechnungshof-Verfassungsgesetzes.

Berichtersteller ist die Frau Abgeordnete Gundi Kammlander. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kammlander (13.57 Uhr): In der Sitzung des Steiermärkischen Landtags vom 17. Oktober 1989 wurde von mir der Antrag eingebracht, das Landesrechnungshof-Verfassungsgesetzes dahin gehend zu novellieren, daß eine Kontrollinitiative von 5000 zum Landtag Wahlberechtigten gestellt werden könnte. Die derzeitige Regelung sieht vor, daß 2 Prozent der zum Landtag Wahlberechtigten eine Kontrollinitiative ergreifen können.

Der Landtag hat zwischenzeitig am 7. Dezember 1989 einen Gesetzesbeschluß zur Ausführung des Paragraphen 26 des Landesrechnungshof-Verfas-

sungsgesetzes gefaßt. In den Beratungen zu diesem Gesetzesbeschluß ist auch der Antrag von mir diskutiert worden, hat aber keine Mehrheit gefunden. Schon allein im Hinblick darauf wäre es nicht zweckmäßig, den Landtag derzeit mit einer Novellierung des Paragraphen 26 Absatz 3 des Landesrechnungshof-Verfassungsgesetzes zu befassen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher zufolge ihres Beschlusses vom 12. März 1990 den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Kammlander, betreffend die Novellierung der Bestimmung des Paragraphen 26 Absatz 3 des Landesrechnungshof-Verfassungsgesetzes, LGBl. Nr. 59/1982, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme und um Vertretung durch den Abgeordneten Kollmann. (13.59 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander. Ich erteile es ihr.

Abg. Kammlander (13.59 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

In der Verhandlung zum Kontrollinitiativgesetz im Dezember 1989 habe ich bereits eine Abänderung der Bestimmung des Paragraphen 26 verlangt. Eine Reduktion der Zahl der Antragsteller und Antragstellerinnen von rund 17.000 Personen, also 2 Prozent, auf 10.000 wäre notwendig, habe ich damals gemeint, weil ich der Meinung bin, daß sonst von diesem Partizipationsrecht wenig Gebrauch gemacht wird. Betroffene Bürgerinnen und Bürger in einer Region werden für spezifische Kontrolldefizite sehr weit über den Nahbereich hinausgehende Unterstützungsunterschriften sammeln müssen. Ohne große Organisation oder Parteiapparate wird das eben nur sehr schwer möglich sein.

Und Partizipationsrechte sind nur dann wirkungsvoll, wenn sie nicht durch unverhältnismäßig hohe Hürden erreicht werden können.

Zwei weitere Vorschläge habe ich damals zum Kontrollinitiativgesetz eingebracht. Sie wurden ebenfalls nicht berücksichtigt. Das eine ist die genaue Festlegung des Prüfungsumfanges, daß das insofern problematisch ist, wie ja auch der Kalnoky-Bericht zeigt, daß der dem Landesrechnungshof aufgetragene Umfang eben nicht ausreicht, am Beginn ein Gesamtbild des Kontrollfalles zu geben. Die obligatorische Notwendigkeit der Angabe des Umfangs der Kontrolle wäre verzichtbar gewesen. Die zwingende Berichtspflicht des Kontroll-Ausschusses und die amtliche Darstellung des Prüfungsgegenstandes waren weitere Kritikpunkte. Im Sinne von Zeitökonomie möchte ich es damit aber belassen. Danke. (14.00 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

12. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 839/4, zum Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Trampusch, Gottlieb, Herrmann, Vollmann und Genossen, betreffend die rasche Inangriffnahme der Errichtung von Schallschutzeinrichtungen im Bereich des Kilometers 25,0 bis Kilometer 25,3 links der B 76, Radlpaßstraße.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Walter Kohlhammer, dem ich das Wort erteile.

Abg. Kohlhammer (14.02 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Zustimmung zur Ausführung einer 1,5 Meter hohen und 250 Meter langen Lärmschutzwand wurde vom Wirtschaftsministerium mit Erlaß vom 24. November 1988 erteilt.

Die Realisierung der straßenseitigen Lärmschutzwand wird nach Genehmigung des diesjährigen Bundesstraßenbauprogrammes durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten umgehend erfolgen.

Ich ersuche, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen. (14.03 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

13. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 542/5, zum Antrag der Abgeordneten Gennaro, Erhart, Dr. Ficzkó, Freitag, Gottlieb, Hammer, Herrmann, Kohlhammer, Meyer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schrittwieser, Sponer, Trampusch, Ussar, Vollmann, Zdarsky und Zellnig, betreffend die Anhebung der Bruttoeinkommensgrenzen bei der Pendlerbeihilfe.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Alexander Freitag, dem ich das Wort erteile.

Abg. Freitag (14.04 Uhr): Frau Präsidentin, Hohes Haus!

Diese Vorlage geht auf einen Antrag der SPÖ-Fraktion zurück und betrifft die seit 1983 unverändert gebliebene Bruttoeinkommensgrenze seit Einführung der Pendlerbeihilfe im Jahre 1983.

Die Präsidialabteilung hat statistische Auswertungen von 1983 bis 1988 durchgeführt. In den Zeiträumen von 1983 bis 1988 wurden insgesamt 198.713 Anträge eingebracht, davon wurden 186.105 positiv erledigt. 7417 Ansuchen mußten wegen zu hohen Einkommens abgelehnt werden. Die ausbezahlten Beihilfen betragen bis zum Stichtag 23. Oktober 1989 296.310.765 Schilling.

Es wurde dabei auch festgestellt, daß die Ablehnungen wegen zu hohen Einkommens ständig zunahmen, und ein Vergleich der verschiedenen Indizes zeigt ja auch, daß diese zwischen 1983 und 1990 um zirka 18 Prozent gestiegen sind. Daher wäre es durchaus gerechtfertigt, meint die Präsidialabteilung, die Brutto-

einkommensgrenze um 20 Prozent, das ist von 250.000 auf 300.000 Schilling, anzuheben.

Die Steiermärkische Landesregierung hat in ihrer Sitzung am 18. Dezember 1989 den einstimmigen Beschluß gefaßt, die Richtlinien für die Gewährung der Pendlerbeihilfe des Landes wie folgt zu ändern: „Eine Beihilfe wird nur gewährt, wenn das jährliche Bruttoeinkommen in dem Kalenderjahr, für das die Beihilfe gewährt wird, 300.000 Schilling nicht überstiegen hat.“

Diese Vorlage wurde im Sozial-Ausschuß einstimmig genehmigt, und ich ersuche um Annahme durch das Hohe Haus. (14.05 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kohlhammer. Ich erteile es ihm.

Abg. Kohlhammer (14.05 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

In dieser Vorlage zum Thema Pendlerbeihilfe geht es also darum, die Einkommensgrenze für wirtschaftlich schlechter gestellte Berufspendler anzuheben, nämlich von 250.000 auf 300.000 Schilling im Jahr, und damit 5000 bis 6000 Pendler wieder – oder wenn Sie wollen neu – in den Genuß der Pendlerbeihilfe einzubeziehen. Wir freuen uns natürlich, daß dieser SPÖ-Antrag positiv erledigt wurde, ich möchte aber doch bei dieser Gelegenheit anmerken, daß es damit im Sinne besserer Bedingungen für die Pendler für uns noch nicht getan ist. Ich meine damit nicht eine weitere Erhöhung der Pendlerbeihilfe, aber sehr wohl möchte ich auf die Belastungen hinweisen, die den Pendlern verbleiben. Darf ich Ihnen kurz einige Beispiele sagen:

Weiblich, ein Kind, ledig, wohnhaft Aibl-Eibiswald. Fahrt zuerst mit dem eigenen Pkw vier Kilometer, dann mit einem Firmenbus nach Graz, drei Stunden unterwegs, das heißt, insgesamt 11,5 Stunden unterwegs. Nettoeinkommen: 7000 Schilling. Kostenaufwand dafür 940 monatlich, das heißt, 11.300 Schilling im Jahr. Wenn sie den Zug benützt, ist sie noch einmal eine halbe bis eine Stunde länger unterwegs.

Oder auch aus dieser Gegend, aus St. Oswald: Männlich, zwei Kinder, verheiratet, Monateinkommen: 12.000 Schilling netto. 13 Kilometer mit eigenem Pkw, dann Firmenbus zur Firma Puch, konkret, nach Graz – ganz aktuelle Fahrtrichtung –, Zeitaufwand: vier Stunden täglich. Wieder so: Mit dem Zug noch wesentlich länger beziehungsweise kaum eine Verbindung vom Hauptbahnhof auf das Puchgelände, die zumutbar ist. Kostenaufwand: 1550 Schilling im Monat, das sind 18.600 Schilling rund im Jahr. Kostenersatz, Pendlerbeihilfe, davon 2500 Schilling zirka.

Ich will damit sagen, meine Damen und Herren, daß, wenn ich hier die Regelung Verkehrsverbund Ost, Wiener Raum, und die dort begünstigten Fahrtarife ansetzen würde, daß dies in der Größenordnung 6000 Schilling Einsparung bedeuten würde. Also, hier gibt es eine Differenz, die für die Arbeitnehmer in dieser Einkommensgruppe doch ganz erheblich ist.

Oder vielleicht noch ein anderes interessantes Beispiel: Jungakademiker von Graz hinaus nach Deutschlandsberg, Einkommensgrenze beim Anfangsgehalt überschritten, in der Regel eigener Pkw von Graz nach

Deutschlandsberg, bedeutet 80 bis 90 Kilometer täglich. Das sind im Jahr ungefähr 80.000 Schilling, wenn man das Kilometergeld anrechnet. Jetzt kann man entgegenhalten: Na ja, teilweise fahren sie in Fahrgemeinschaften, und außerdem mildert der Firmenzuschuß noch das Ausmaß der Belastung.

Meine Damen und Herren, ich wollte damit nur drei Beispiele – ich hätte noch eine ganze Menge da – herausgreifen, die zeigen, daß uns noch viel einfallen darf und daß wir nicht sagen: „Na ja, jetzt haben wir ja für die Pendler so viel getan, wir geben ihnen mehr Geld, und die Sache ist erledigt.“ Ich meine damit, daß wir wirklich schauen, daß die Nahverkehrsverbindungen entsprechend modernisiert, verbessert werden beziehungsweise daß dieses Anliegen Verkehrsverbund und Tarifverbund wirklich rasch verwirklicht wird.

Konkret für meinen Bezirk möchte ich bei dieser Gelegenheit die Betriebsmittel ansprechen. Ich habe das schon mehrfach getan, nur leider muß ich feststellen, daß es jetzt Schwierigkeiten gibt mit der Beschaffung von den neuen Doppelstockwaggons. Und zwar habe ich hier ein Schreiben der GKB-Leitung, die unter anderem ausführt, ich zitiere: „Es besteht unseres Erachtens berechtigter Grund zur Befürchtung, daß womöglich Mittel, die für die GKB zur Verfügung stehen sollten, für die Steiermärkischen Landesbahnen verwendet werden.“ So, jetzt gönne ich natürlich den Steiermärkischen Landesbahnen jeden Betrag und jeden zusätzlichen Betrag, möchte aber schon reklamieren, daß auch in die Weststeiermark Steirerinnen und Steirer unterwegs sind, und ich würde hier an die Frau Landesrat Klasnic appellieren, hier ausdrücklich und dringend zu intervenieren, daß die Finanzierung von Bundesebene für diese Beschaffung freigegeben wird. Niemand kann der Bevölkerung jetzt nach erfolgreichem Probelauf erzählen, daß man das Geld dafür nicht freigeben kann beziehungsweise daß sich niemand so recht darum kümmert. Besser, schneller und billiger für den Kunden bedeutet auch im Verkehrsreich nicht gleichzeitig wirtschaftliche Unvernunft, im Gegenteil. Nur so werden diese öffentlichen Verkehrsmittel auch angenommen, denn auch die Kunden wahren ihren Vorteil. Das gilt für Firmen gleichermaßen wie für Pendler.

Meine Damen und Herren! Mit möglichst vielen Kilometern unterwegs mit öffentlichen Verkehrsmitteln, schneller, besser und billiger, wie gesagt von der Haustüre zur Arbeitsstätte und zurück, ist die Aufgabenstellung für Politiker, wenn sie für die Pendler, für die Umwelt, für die Wirtschaft tatsächlich etwas weiterbringen möchten. Schon ist man mit diesem Thema mitten drinnen in der Verkehrspolitik, in der Problematik über die Frage Ursache – Wirkung, die Frage der Einflußnahme der öffentlichen Hand. Mitten drinnen in der Frage: Wird genug getan, wer kann noch mehr tun, wird rasch genug getan und so weiter? Sehr weit pendeln müssen ja sehr oft zumindest jene, die zu Hause keine entsprechenden Arbeitsmöglichkeiten finden. Keine oder schlechte Möglichkeiten bedeutet schlechte Infrastruktur, schlechte Wirtschaftsentwicklung und führt schließlich zur Forderung: Heraus aus der Sackgasse. Dies gilt sowohl für die strukturschwachen Gebiete als auch für die Steiermark insgesamt.

Als Leser der „Kleinen Zeitung“ danke ich für die Aktualisierung des Themas Verkehr. Die „Kleine Zeitung“ hat tatsächlich auch in der Vergangenheit schon die geographischen, geopolitischen und wirtschaftlichen Sorgen unseres Landes – wie sie schreibt – immer wieder aufgezeigt, damit unser Bundesland – ich zitiere: „... endlich optimale Verbindungen auf der Straße, auf der Schiene und in der Luft bekommt“ – wie sie am Sonntag schreibt. Leider, meine Damen und Herren, werden auch von der „Kleinen Zeitung“ die Zuständigen nicht in dem Maße angesprochen, wie wir uns das wünschen würden. Sie hätten nämlich damit unsere Bemühen, die wir seit Jahren tätigen, sehr wesentlich, vielleicht entscheidend unterstützen können. Wenn der Herr Chefredakteur hier schreibt: „Heraus aus der Sackgasse, das ist heute der Appell an Sie, liebe Leserinnen und Leser. Wir dürfen nicht darauf warten, daß uns eine gute Fee das herbeizaubert, was unsere Lebensnotwendigkeiten sind.“ Dann unten weiter der Appell an die Leser, die Gedanken einzubringen. Man würde Raum geben und dann Druck in der Öffentlichkeit machen. Wenn man hinüberblättert, finden wir als Adressaten immer wieder die Bundesregierung. Hier wird die Möglichkeit der Einflußnahme der Landesebene leider übersehen, und das, finde ich, ist der springende Punkt. Solange diese Zuständigkeiten nicht angesprochen werden, werden wir nicht rechtzeitig aufwachen. Das haben wir ohnehin nicht getan nach „Kleiner Zeitung“, weil sie verlassen sich offensichtlich nicht auf das Expertenteam, das bis zum Herbst einen Gesamtverkehrsplan entwickeln will, sondern hat jetzt den Weg gewählt, in einer Aktion, die Steirer einzuladen, dieses Konzept sozusagen selbst zu erarbeiten und es dann direkt an die Bundesregierung heranzutragen. Meine Damen und Herren! Ich möchte aber dazusagen, trotzdem ist diese Aktion begrüßenswert. Jede Aktion, jede Öffentlichkeit ist uns recht, damit man überhaupt beginnt, sich mit diesen Themen auseinanderzusetzen und die Dinge weiterzutreiben. Landeshauptmann Dr. Krainer hat ja jahrelang als zuständiger Referent die SPÖ-Forderungen zur überparteilichen Zusammenarbeit in Verkehrsfragen nicht gehört, unlängst die Parteienabstimmung zwar nicht begrüßt, aber seine Bereitschaft angedeutet. Offen bleibt für mich die Frage, wann beziehungsweise in welchem Stadium der Konzeption wird dann darüber geredet beziehungsweise mit welcher Konzessionsbereitschaft? Unser mehrfach erklärtes Ziel ist es jedenfalls, dieses Thema tatsächlich mit vereinten Kräften anzugehen über alle Parteigrenzen hinweg, um gemeinsam unsere Interessen, unsere Forderungen auf Bundesebene vorzutragen, soweit dort die Zuständigkeit liegt. Wir hätten uns auch gewünscht, daß das noch vor der Nationalratswahl passieren hätte können, und nicht erst offenbar im timing vor der Landtagswahl dann als Forderungspaket daliegen wird.

Abschließend darf ich noch einmal unserer Freude Ausdruck verleihen, daß die Zahl der begünstigten Pendler damit wieder auf 33.000 erhöht wird. Wir hatten 26.700 im Jahre 1988 und damit also wieder das Niveau von 1985 erreicht. Aber, wie gesagt, meine Anmerkungen dazu sollten uns ermuntern, darüber hinaus aktiv zu sein. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ. – 14.17 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Bevor ich zur Abstimmung komme, bitte ich die Kollegen, die auf den Seitenbänken sitzen, ihre Sitze einzunehmen, damit genügend Anwesende sind. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

14. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 545/5, zum Antrag der Abgeordneten Freitag, Ussar, Minder, Vollmann und Genossen, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Pflichtschülerhaltungsgesetzes.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Alexander Freitag, dem ich das Wort erteile.

Abg. Freitag (14.18 Uhr): Frau Präsidentin, Hohes Haus!

Der gegenständliche Antrag wurde damit begründet, daß es immer häufiger vorkommt, daß die Bürgermeister, den Wünschen der Eltern entsprechend, Schüler als Gastschüler in eine nicht sprengelzugehörige Schule einschulen lassen. Das führt dazu, daß bestehende Schulen, die vor Jahren mit hohem finanziellem Aufwand errichtet worden sind, an Schülernachwuchs leiden und dadurch auch immer mehr in ihrem Bestand gefährdet werden und auch Lehrerdienstposten verlorengehen. Gemäß Paragraph 23 des Steiermärkischen Pflichtschülerhaltungsgesetzes bedarf die Aufnahme eines nicht sprengelzugehörigen Schülers der Zustimmung des gesetzlichen Schulerhalters, also der Gemeinde. Die Aufnahme eines Gastschülers ist daher nur dann möglich, wenn sich die Wohnsitzgemeinde schriftlich zur Leistung eines Gastschulbeitrages verpflichtet hat. Im gegebenen Fall handeln die Gemeinden im selbständigen Wirkungsbereich, und es ist daher keine Weisung an die Bürgermeister möglich, keine Gastschulbesuche zu bewilligen. Die Bestimmungen über den sprengelfremden Schulbesuch sind im Pflichtschülerhaltungsgrundsatzgesetz enthalten und müssen somit in die Ausführungsgesetze der Bundesländer aufgenommen werden.

Eine Eliminierung dieser Bestimmung aus dem Steiermärkischen Pflichtschülerhaltungsgesetz wäre grundsatzgesetzeswidrig und somit auch verfassungswidrig und kann daher nicht in Betracht gezogen werden.

Ich stelle daher namens des Volksbildungs-Ausschusses den Antrag, diese Vorlage zur Kenntnis zu nehmen. (14.20 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

15. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 914/6, zum Beschluß Nr. 567 des Steiermärkischen Landtages vom 7. Dezember 1989 über den Antrag der Abgeordneten Kanduth, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Freitag, Ussar und Mag. Rader, betreffend die Errichtung einer Höheren Technischen Lehranstalt im Bezirk Liezen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Prof. DDr. Hans Steiner, dem ich das Wort erteile.

Abg. Prof. DDr. Steiner (14.21 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus!

Es liegt also der Antrag der Antragsteller Kanduth, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Freitag, Ussar und Mag. Rader, betreffend die Errichtung einer Höheren Technischen Lehranstalt im Bezirk Liezen, vor.

Die Begründung besteht darin, daß es tatsächlich aus dem Raume Liezen für Schüler keine Möglichkeit gibt, eine Höhere Technische Lehranstalt zu besuchen, außer sie fahren in die Ballungsräume nach Kapfenberg oder Zeltweg.

Nun ist aber diese Errichtung einer Schule nicht im Entwicklungsplan des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport vorgesehen gewesen. Der Landesschulrat für Steiermark hat aber diesen Antrag zum Anlaß genommen, Überlegungen anzustellen, das heißt, der Landesschulrat ist bereit, Erhebungen durchzuführen, die Bedarfsfrage zu überprüfen und dann eben antragstellend beim Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport vorstellig zu werden. Das heißt also, es bedarf einer langen Erhebung, bis das alles genau festgelegt ist, und dann soll dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport ein neuer steirischer Entwicklungsplan vorgelegt werden.

Ich bitte um Annahme dieses Vorlageberichtes der Landesregierung. (14.23 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Schoiswohl. Ich erteile es ihr.

Abg. Schoiswohl (14.23 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Der Bezirk Liezen, größter Bezirk Österreichs, hat, wie uns allen bekannt ist, und darüber wird auch immer wieder in diesem Hause diskutiert, große wirtschaftliche Schwierigkeiten. Ein Grund dafür ist wohl auch die mangelhafte Infrastruktur, die noch immer schlechten Verkehrsverbindungen hindern Betriebe daran, sich in unserer Region anzusiedeln. So ist die Chance für unsere Jugend gering, in Zukunft Arbeit zu finden.

Bei einem erst kürzlich stattgefundenen Wirtschaftsgespräch in Trieben haben sich alle Referenten für eine HTL im Bezirk Liezen ausgesprochen. Wenn wir in Richtung EG gehen wollen, müssen wir für unsere Kinder gute Ausbildungsmöglichkeiten schaffen. Wir haben derzeit zwei höhere Schulen mit Maturaabschluß, eine HAK und eine Kindergärtnerinnenschule. Die nächstgelegenen technischen Schulen befinden sich in Zeltweg und Kapfenberg. Zum Teil besuchen Schüler unseres Bezirkes auch die HTL in Steyr.

Wenn sich Jugendliche für diesen Ausbildungsweg entschließen, so bedeutet das für die Eltern, daß sie große finanzielle Belastungen auf sich nehmen müssen, wenn junge Menschen in einem Internat wohnen müssen. Eine HTL im Bezirk würde auch ganz wesentlich die – wie ich schon angeführt habe – etwas geschrumpfte Industrie beleben. Ich kenne einige Bürgermeister, die gerne bereit sind, Grundstücke für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Eine HTL wäre auch eine optimale Fortsetzung der technischen Hauptschule. In einem Ort des Bezirkes ist dieser Schultyp installiert und erfreut sich größten Zuspruchs.

Auch auf die vorhandene Lehrwerkstätte in Liezen möchte ich hinweisen.

Wenn in der Regierungsvorlage angeführt wird, daß Erhebungen neu gemacht werden, ob ein Bedarf für diesen Schultyp gegeben ist, dann müßte auch der Bezirk Kirchdorf mitberücksichtigt werden, da ja bereits Schüler von dort in die HAK nach Liezen kommen.

Ich fordere alle zuständigen Stellen auf, daß die Vorbereitungsarbeiten rasch aufgenommen werden, denn es ist schon zuviel Zeit verstrichen, dahin gehend initiativ zu werden, daß alle Voraussetzungen für die Errichtung einer Höheren Technischen Lehranstalt im Bezirk Liezen geschaffen werden. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 14.25 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

16. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, Einl.-Zahl 926/3, Beilage Nr. 91, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 926/1, Beilage Nr. 76, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Landarbeiterkammergesetz 1981 geändert wird.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Johann Neuhold, dem ich das Wort erteile.

Abg. Neuhold (14.26 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wie schon gesagt, soll mit dieser Vorlage das Steiermärkische Landarbeiterkammergesetz 1981 geändert werden. Dazu ist zu berichten, daß im Artikel I in den Paragraphen 1, 2, 6, 7, 8, 11 und 12 Änderungen vorgesehen sind. Der Paragraph 12 regelt die Zusammensetzung des Vorstandes. Hier ist neu, daß nur ein Vizepräsident im Vorstand vertreten sein soll. Weiters regelt dieser Paragraph 12 die Rechte und Pflichten des Vorstandes und die Aufwandsentschädigungen sowie die Beschlußfassung über die Entsendung von Vertretern in Körperschaften und sonstige Einrichtungen, weiters auch die Beschlußfassung über Ansuchen von Kammerzugehörigen um die Gewährung von Darlehen, Subventionen, Beihilfen und so weiter.

Weiters wird hier auch die Entscheidung über die Kammerzugehörigkeit und Beitragspflicht geregelt.

Der Paragraph 14 hat zu entfallen. Der Paragraph 15 regelt den Wahlvorgang bei der Vollversammlung und die Angelobung.

Weitere Änderungen sind in den Paragraphen 16, 17, 23, 26, 27 und 28 vorgesehen. Im Paragraph 28 soll insbesondere das Wort „Präsidium“ durch das Wort „Vorstand“ ersetzt werden.

Im Artikel II ist zu vermerken, daß die Worte „Dienstnehmer“ und „Dienstgeber“ durch die Worte „Arbeitnehmer“ und „Arbeitgeber“ zu ersetzen sind.

Zu berichten ist auch, daß zu dieser Gesetzesvorlage Parteienverhandlungen stattgefunden haben und Einigung erzielt wurde.

Ich bitte daher namens des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft um die Annahme der Gesetzesvorlage. (14.28 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schrammel. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrammel (14.28 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren des Hohen Landtages!

Es hat zur Novelle der Landarbeiterkammerordnung und des Landarbeiterkammergesetzes Parteienverhandlungen gegeben, und ich bin froh darüber, daß wir eine Einigkeit insofern erzielen konnten, daß zumindest über die beiden Großparteien heute ein einstimmiger Beschluß gefaßt werden kann.

Die Novelle regelt vier Schwerpunkte: Es gibt in Zukunft kein Präsidium mehr, die Anzahl der Vizepräsidenten wird von zwei auf einen reduziert, die Zusammensetzung von Vorstand und Vollversammlung schützt mit der neuen Regelung auch die Minderheiten, und schließlich wird der Begriff „Dienstnehmer“ durch den Begriff „Arbeitnehmer“ ersetzt. Diese neue Regelung konnte dadurch zustandekommen, weil bei der letzten Wahl in die Landarbeiterkammer mit dem besonderen Erfolg der Österreichischen Volkspartei Entflechtung eingeleitet wurde. Es entfällt damit ein Vizepräsident. Die ÖVP verzichtet nach dieser Novelle auf den Vizepräsidenten zugunsten der zweitstärksten Fraktion, das ist die SPÖ: Die von der SPÖ zur Sprache gebrachte Überlegung, auch bei den Mitgliedern des Vorstandes und auch bei der Vollversammlung zu reduzieren, kommt in dieser Novelle nicht zum Tragen. Es soll auch den Minderheiten mehr Recht zugesprochen werden, was die neue Regelung vorsieht. Es wird also in Zukunft weiterhin mindestens vier Vorstandsmitglieder in der Vollversammlung der Landeskammer geben, und die Anzahl der Kammerräte bleibt mit 35 wie bisher unverändert gleich. Der Vizepräsident fällt der zweitstärksten Fraktion zu, wenn sie mindestens ein Drittel der Mandate erreicht. Es verzichtet damit die ÖVP mit dieser Novelle auf den ihr nach der bisherigen gesetzlichen Regelung zustehenden Vizepräsidenten zugunsten der SPÖ.

Diskutiert wurden auch die Begriffe „Dienstnehmer“ und „Dienstgeber“, und sie wurden dann einhellig durch die Begriffe „Arbeitnehmer“ und „Arbeitgeber“ ersetzt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß diese Landarbeiterkammergesetznovelle nur durch das hervorragende Abschneiden der österreichischen Volkspartei bei den letzten Landarbeiterkammerwahlen am 11. Dezember 1988 möglich wurde. Die ÖVP-Fraktion gewann bei dieser Wahl bekanntlich zwei Mandate dazu, und das Mandatsverhältnis in der Vollversammlung der Landarbeiterkammer ist zur Zeit mit 27 ÖVP-Mitgliedern zu acht sozialistischen Mitgliedern gegeben. Wenn ich mir dazu noch eine Bemerkung erlauben darf, dann eine, die doch von besonderer Bedeutung ist. Die freiheitlichen Abgeordneten haben im Steiermärkischen Landtag am 20. Juni 1989 einen Antrag, betreffend die Durchführung einer Volksbefragung über die Zwangsmitgliedschaft, wie sie das formuliert haben, in die Steirische Landwirtschafts- und Landarbeiterkammer verlangt. Damit sollte eine Volksbefragung in der Steiermark durchgeführt werden. Wir vertreten die Meinung, wenn eine Urabstimmung erfolgen sollte, daß diese jeweils immer nur die zugehörigen Kammermitglieder machen kön-

nen. Meiner Meinung nach haben die Mitglieder der Landarbeiterkammer bei der letzten Kammerwahl bereits in einer sehr beeindruckenden Weise bei einer Wahlbeteiligung von 75 Prozent bekundet, daß sie ihre Landarbeiterkammer wollen und daß sie zu ihrer Landarbeiterkammer auch stehen. Ich möchte das Wort Zwangsmitgliedschaft wirklich als ungeschickt hinstellen und zurückweisen. Wir alle sollten uns glücklich schätzen, daß wir in der Zweiten Republik die Möglichkeit hatten und haben, über Interessensvertretungen unsere berufständischen Interessen vertreten zu wissen und daß wir gesetzlich geregelte Kammern haben. Wenn es auch andere sogenannte kleine Kammern, wie die Apothekerkammer, die Tierärztekammer, die Ärztekammer, gibt, so ist, glaube ich, der Bestand der Landarbeiterkammer gleichfalls angebracht. Ich möchte diesen Antrag der freiheitlichen Abgeordneten als äußerst ungeschickt und undemokratisch zurückweisen. (Abg. Mag. Rader: „Daß eine Volksbefragung undemokratisch ist, muß man dem Herrn Landeshauptmann erzählen. Das ist eine Ungeheuerlichkeit!“)

Ich möchte, Kollege Mag. Rader, schon ersuchen, mir nicht Dinge zu unterstellen. Ich möchte ersuchen, daß du noch einmal das anhörst, was ich früher gesagt habe. (Abg. Mag. Rader: „Hast du ‚undemokratisch‘ gesagt oder nicht?“) Habe ich gesagt. (Abg. Mag. Rader: „Na eben!“) Aber nochmals: Wenn eine Volksbefragung über eine Kammer, dann über ihre Mitglieder, die dieser Kammer zugehören. (Abg. Mag. Rader: „Macht doch eine Urabstimmung!“) Alles andere halte ich für undemokratisch. Deshalb, weil wir Bauern beispielsweise ja auch nicht über die Tierärztekammer, über die Apothekerkammer und eine andere Interessensvertretung befinden sollen. Aber weil du mich gerade ansprichst, Herr Kollege Mag. Rader, es ist sehr bezeichnend, und vielleicht ist dir das nicht bekannt. Der Kärntner Landeshauptmann und Großgrundbesitzer in Bärntal hat die Frage der Pflichtmitgliedschaft ja zum politischen Thema gemacht. Dr. Haider ist allerdings am allerwenigsten dazu geeignet, meine ich. Wenn ich nur ein Beispiel herausgreifen darf. Mir wurde von der Steiermärkischen Landarbeiterkammer berichtet, daß er einen Förster im Alter von 50 Jahren gekündigt hat. Rechtlich mag das gestimmt haben. Dieser Förster hat aber dann in seinem Beruf keinen Arbeitsplatz gefunden, und ich empfinde das als äußerst unsozial. (Abg. Mag. Rader: „Was hat das mit der Kammer zu tun?“) Wenn das noch dazu ein Landeshauptmann macht. (Abg. Mag. Rader: „Dann muß die Kammer schwach gewesen sein!“) Wenn ich bitte eines sagen darf, daß dieser Förster zwei behinderte Kinder zu versorgen hatte. Es ist nachweislich: Ich möchte, Kollege Mag. Rader, wirklich ersuchen, die Vorstellungen der Freiheitlichen bezüglich der gesetzlich geregelten Interessensvertretungen der Berufsgruppen zu überdenken. Es ist undenkbar, sich seine Kammer durch eine Partei absprechen zu lassen. Ich meine, daß ein Großteil des Wohlstandes in der Zweiten Republik sehr wohl über die Sozialpartnerschaft aufgebaut werden konnte. Ich möchte mir nicht wünschen, daß die parteipolitischen Auseinandersetzungen, wie etwa in der Ersten Republik, wieder so weit führen müssen, daß es zum Zusammenbruch der Demokratie kommt und daß dann wieder mühsamst die Interessensvertretung mit der Sozialpartnerschaft aufgebaut wurde und die in Ergänzung zur Gesetz-

gebung, glaube ich, für alle Berufsgruppen in Österreich Gutes und viel geleistet hat. Über die Leistungen der Landarbeiterkammer im einzelnen zu sprechen, würde zu weit führen. Ich darf nur eines sagen: Gemessen an den Mitgliedsbeiträgen hat die Landarbeiterkammer beachtlich viel und Großes für ihre Mitglieder geleistet, und es ist nur zu wünschen, daß diese Kammer auch in Zukunft die Möglichkeit hat, für die Landarbeiter in der Steiermark tätig zu sein. (Beifall bei der ÖVP. – 14.40 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zellnig. Ich erteile es ihm.

Abg. Zellnig (14.40 Uhr): Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren dieses Hohen Hauses!

Zu dieser Novelle und zu den Parteienverhandlungen zum Landarbeiterkammergesetz möchte ich einige Anmerkungen machen. Der Kollege Schrammel hat mit Recht und auch mit einem gewissen Stolz – ja, warum soll es nicht sein, wenn Wahlen gewonnen werden – auf den Wahlerfolg innerhalb der Landarbeiterkammer hingewiesen. Ich habe damit keine Freude, aber als Demokrat ist dieses Ergebnis anzuerkennen. Ich hatte auch keinen Einfluß darauf, wenn ich ehrlich bin.

Die Folgeerscheinung dieses Wahlerfolges war, daß der ÖAAB in der Landarbeiterkammer bemüht war, aus dieser Kammer eine Präsidialkammer zu schaffen, indem alle Befugnisse, ja, alle Entscheidungen in das Zweierpräsidium hineintransferiert worden sind und daß der Vorstand, welcher nach dem Kräfteverhältnis nach dem Wahlausgang zusammengesetzt ist, nichts mehr oder sehr wenig mitzuentcheiden gehabt hätte. Das war der Entwurf, wie er uns zu den Parteienverhandlungen vorgelegen ist und vorgelegt wurde. (Abg. Dr. Dorfer: „Ihr habt den Vizepräsidenten verlangt für den Fall, daß ihr nur einen Kammerrat habt!“) Ich danke für den Zwischenruf, ich komme darauf zurück. Ich meine, wir als Sozialdemokraten sind mit unserem Bekenntnis zur Demokratie bekannt, bei uns gibt es den größten Minderheitenschutz. Die ÖVP kann von uns noch lernen. (Abg. Dr. Dorfer: „Das würde ich nicht unterstreichen!“) Sehr geehrte Damen und Herren, und gerade in diesem Zusammenhang haben meine Gesinnungsfreunde in der Landarbeiterkammer sehr konstruktiv mit Vorschlägen gearbeitet, und ich muß es objektiverweise sagen, bei diesen Parteienverhandlungen sind die Vorstellungen von unseren Verhandlungspartnern voll akzeptiert worden, auch von der ÖVP. Dem Verhandlungsleiter, Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, gebührt Dank für sein Bemühen zum positiven Abschluß der Parteienverhandlungen, aus der Präsidialkammer wurde eine Vorstandskammer. Die ganzen Befugnisse, die zuerst dem Präsidenten zugeordnet waren, sind vom Vorstand zu vollziehen. Das ist sehr positiv. Für die Zukunft ist dadurch eine gedeihliche Arbeit in dieser Kammer gesichert.

Ja, und ein bißchen wahrheitsgetreu muß man halt dann auch immer berichten: Intern ist der ÖAAB an unsere Gesinnungsfreunde herangetreten – ihre Vorstellung war: „Wenn ihr euch als Sozialdemokraten bei der Arbeiterkammer bemüht, daß von diesen 500 oder etwas mehr Bedienstete zukünftig in der Landarbeiterkammer wahlberechtigt werden, dann bekommt ihr

den dritten Präsidenten. Ja, den Kuhhandel haben wir abblocken können; wir sind auf diese Vorschläge nicht eingegangen. Verändert wurde: „Dienstgeber“ auf „Arbeitgeber“, ebenso „Dienstnehmer“ auf „Arbeitnehmer“. Ich meine, das ist eine sinnvolle Veränderung.

Die Kompetenzen habe ich schon gesagt: Diese werden zur Gänze vom Vorstand wahrgenommen werden. Die Drittellösung für den zweiten Präsidenten finde ich als einen sehr guten demokratischen Ansatz für die Zukunft. Im großen und ganzen wurden unsere Vorschläge akzeptiert. Darüber bin ich froh, und ich glaube, daß die weitere Arbeit in der Landarbeiterkammer sehr positiv weitergehen wird.

Vielleicht noch einen Satz zur Diskussion über die Kammer generell. Wir haben einige Gespräche geführt. Wir haben als Sozialdemokraten klar ausgesagt, wie wir darüber denken. Ich bin der Meinung – und auch meine Gesinnungsfreunde –, wir stehen zur Kammer, wir stehen voll zur Kammer, wir sind aber nicht der Meinung, daß es in dieser keine Veränderungen geben soll, sondern wir sind der Meinung, daß auch die derzeitige Kammer dort oder da verändert und angepaßt werden wird und muß, und von da aus kann ich sagen: Wir arbeiten an diesem Konzept für die Zukunft. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 14.46 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader (14.46 Uhr): Frau Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Wenn schon der Kollege Schrammel, der an sich – zumindest in der Zeit, in der ich dieses Haus beobachten darf – einer der Ruhigsten und Seriösesten hier ist, gezwungen ist, im Sinne eines neu entstandenen Stils nach der Handelskammerwahl anscheinend seine wadlbeißerischen Pflichtübungen zu machen – (Abg. Dr. Maitz: „Im Wadlbeißen bist du ja auch nicht ganz harmlos!“), dann akzeptiere ich das, daß das der neue Stil in diesem Hause ist. Wir werden heute noch ausreichend Gelegenheit haben, diesen neuen Stil, wenn er gewünscht wird, selbstverständlich in vollem Umfang auch zu praktizieren. Nichtsdestotrotz muß ich jetzt schon einigen Bemerkungen, die er da gemacht hat, in aller Klarheit widersprechen:

Erstens: Er erzählt da irgendeine uralte Raubergeschichte von dem, was der Jörg Haider anscheinend in einer Zeit, wo er nicht Landeshauptmann war – aber das ist auch wurscht –, im Zuge eines Kündigungsverfahrens gemacht haben soll. Ich weiß nicht, was es ist; es ist mir auch persönlich egal. Mir fällt nur eines auf (Abg. Dr. Maitz: „Das ist dir unangenehm!“), lieber Kollege Schrammel: Wenn diese Landarbeiterkammer ein so wesentliches und unverzichtbares Instrument für die Arbeitnehmer ist, wo war sie dann zum Teufel damals, wo diese grauslichen Geschichten da in Kärnten passiert sind? Warum hat sie denn nicht aufgeschrieben in Kärnten? Warum hat sie denn nicht einen Dienstgeber, der angeblich so etwas Grausliches inszeniert hat, wie das der Jörg Haider – ich bin der letzte, der ihn verteidigt; du weißt es – angeblich getan hat, zur Rede gestellt, und wieso hat sie das nicht verhindern können? Wenn sie nicht einmal das – wenn es so

schwach war, wie du sagst – verhindern kann (Abg. Dr. Maitz: „Menschlich verwerflich!“), dann können wir sie vergessen. Dann sperrt sie zu, dann brauchen wir sie nicht!

Oder, lieber Herr Kollege, die Geschichte war gar nicht so grauslich, wie sie immer kolportiert wird. (Abg. Dr. Maitz: „Rechtlich hat er es sich gerichtet, aber menschlich war es grauslich!“) Also, was immer die Geschichte ist – jedenfalls ziehe ich daraus den ganz nüchternen Schluß, daß diese Landarbeiterkammer in Wahrheit zu vergessen ist, wenn sie nicht einmal diese Dinge weiterbringt – in Kärnten. Wir reden aber von der steirischen Kammer, und ich muß schon sagen: (Abg. Schrammel: „Rechtlich war es schon, aber unsozial!“) Also, bitte schön, zu einem Zeitpunkt, wo jeder Abwind – verzeihen Sie mir diese Bemerkung – schon durch ein Gesetz geregelt wird, kann ich mir nicht vorstellen, daß irgend etwas nur, was nicht in Ordnung ist, nicht von mindestens 10 bis 15 gesetzlichen und verordnungsmäßigen Bestimmungen und sonstigen Bescheiden abgesichert ist. Wir haben sowieso schon viel zuviel Gesetze, daher kann ich mir nicht vorstellen, daß wir da irgendwo ein Gesetz zuwenig haben, das die wirklich negativen Dinge verhindern kann.

Aber, was mich noch viel mehr irritiert hat, weil wir ja von der Steiermark reden, ist, daß der Kollege Schrammel, der aus der Oststeiermark kommt und den ich menschlich hoch schätze, wirklich hoch schätze, plötzlich im Zusammenhang mit dem Verlangen über etwas, was ohnehin keiner mehr versteht, nämlich die – und ich sag's noch einmal in aller Deutlichkeit – Zwangsmitgliedschaft in den Kammern in Österreich und auch in den Kammern, die durch die Landtage geregelt sind, eine Volksbefragung verlangt. Und das soll undemokratisch sein, und das zu einem Zeitpunkt, wo ihr vor einigen Tagen mit eurer Regierungsfraktion und unter tätiger Mithilfe der SPÖ beschlossen habt, eine Volksbefragung abzuhalten, wo sogar der Doyen der innerpolitischen Journalisten der Steiermark, der Erwin Zankel, schreibt: Das ist typisch so, daß man zuerst beschlossen hat, eine Volksbefragung zu machen, und nächher darüber nachgedacht hat, was man das Volk fragen möchte. Eine Volksbefragung nennst du undemokratisch. (Abg. Schrammel: „Das ist ein wesentlicher Unterschied!“) Also bitte, das ist kein wesentlicher Unterschied. Ich frage jemanden, ob er das so geregelt haben möchte. Ich weiß schon, wir haben die Debatte im Rittersaal schon x-mal gehabt, und da seid ihr dahergekommen: Das ist unmöglich, daß da ein Verkäufer darüber entscheidet, wie die Landarbeiterkammer geregelt sein soll. Diese Behauptung ist verfassungspolitisch und demokratisch ein Nonsens. Aber bitte herzlich. Darüber, wo der Landtag zu befinden hat, hat wohl auch das Volk zu befinden. Der Landtag hat in seiner Gesamtheit die Zusammensetzung, die Organisation dieser beiden Kammern zu regeln, und daher kann ich das Volk natürlich fragen. Aber ich habe schon damals gesagt, daß ich einsehe, das ist bei euch ein emotionales Argument, ist in Ordnung. Wenn alle Kammern von sich aus sagen, wir lassen uns von niemandem dreinreden, weil wir machen selbst unter unseren Mitgliedern eine Urabstimmung, dann sage ich okay, ist in Ordnung, dann habe ich erreicht, was ich erreichen wollte, dann ziehe ich den Antrag auf Volksbefragung zurück. Aber dann

sind sie ja alle aufgetanzt, die Herren Präsidenten und Kammeramtsdirektoren, ich weiß nicht, wie viele es waren, 17 an der Zahl oder so. (Abg. Dr. Dorfer: „Es war kein einziger deiner Meinung!“) Ich habe nur so gestaunt, was es in der Steiermark an Kammern gibt. Das ist ja gigantisch, auf was man da erst draufkommt. (Abg. Dr. Dorfer: „Der Unsinn für euch ist nur, daß in keiner einzigen Kammer die Freiheiten die Mehrheit haben!“) Die Herren Präsidenten und der Herr Kammeramtsdirektor haben alle erzählt, das kommt überhaupt nicht in Frage, daß man die Zwangsmitgliedschaft aufhebt. Nur, ich verstehe euch schon, euch zwei. Wenn ich Kammeramtspräsident bin, hätte ich auch gerne, daß meine Mitglieder per Gesetz gezwungen sind dazubleiben, auch wenn sie mich zehnmal nicht mögen, und nicht davonlaufen dürfen, um die Abstimmung mit den Füßen, Herr Kollege Ing. Stoisser, zu unterbinden, die es dann möglicherweise gäbe und vor der ihr euch so furchtbar fürchtet. (Abg. Ing. Stoisser: „Kollege Rader, du würdest anders reden, wenn ein Blauer Präsident wäre!“) Ist aber keiner, Gott sei Lob und Dank. Solange dort ein Schwarzer sitzt, wird es kein Problem geben. Wenn dem blauen Präsidenten die Wähler davonrennen und die Mitglieder davonrennen, dann sollen sie doch, um Himmels willen. Worum geht es denn, meine verehrten Damen und Herren? Sind wir doch ehrlich! In dem Augenblick, wo mir einer davonrennen kann, wenn er mit mir nicht zufrieden ist, werde ich mich mehr anstrengen. (Abg. Ing. Stoisser: „Ganz deiner Meinung!“) Ich weiß natürlich schon, daß für jemanden, der ganz einfach in einer Leitungsfunktion ist, es viel angenehmer ist, wenn ich dem verbiete per Gesetz, daß er mir davonrennt, nur das Faktum ist eigentlich, daß ihr euch alle – (Abg. Ing. Stoisser: „Er könnte einen anderen wählen!“) Du ja nimmer, du mußt nicht. Bitte herzlich, vielleicht ist er mit der ganzen Institution nicht zufrieden. Auf die Idee kommt ihr ja überhaupt nicht. Daß die überhaupt möglicherweise mit der ganzen Institution nicht zufrieden sind. Ja um Himmels willen, warum gehen die Grazer überhaupt nicht mehr hin zur Kammerwahl?

Weil sie überhaupt nichts mehr anzufangen wissen mit eurer Institution. Das ist die nüchterne Realität. (Abg. Dr. Dorfer: „69 Prozent sind zur Wahl gegangen. Dr. Zilk würde sagen, das ist westliche Demokratie!“) Der Zilk sagt alle fünf Minuten etwas anderes. In der Frage sage ich, lieber Freund, seit Jahren ganz konsequent immer wieder dasselbe. Daher, was soll man denn diskutieren. Selbst wenn die Volksbefragung über die Zwangsmitgliedschaft nicht stattfindet, das werdet ihr wohl noch in der Hand haben, das einstweilen mit Mehrheit zu verhindern, und das werdet ihr auch tun, davon bin ich überzeugt. Es nützt euch ja nichts. (Abg. Dr. Dorfer: „Du hast dich schon hundertmal geirrt. Da kommt es auf einmal mehr oder weniger auch nicht an!“) Es gibt ja nichts Ärgeres als die Zwangsmitgliedschaft, die sich zwangsläufig sogar ohne Zutun von irgendjemandem von außen von selbst erledigen wird. Die Geschichte wird sich erledigen. Da könnt ihr euch mit den Fersen einklemmen soviel ihr wollt und was auch immer. In Wahrheit habe ich mich genau, was die Dinge betrifft, die mit dir zu tun haben – leider Gottes –, noch nie geirrt. Ich bin überzeugt, diese demokratiepolitisch wirklich obsolete Geschichte wird sich über kurz oder lang selbst erledigen. Ob ihr euch dagegen wehrt oder nicht. (Abg. Dr. Dorfer: „Das

ist in der Mehrheit der westlichen Demokratie auch so!) Daher ist es ja an sich müßig, daß ich mich so bemühe. Nur muß man mit der politischen Erneuerung etwas weiterkommen, und zwar früher, als ihr euch das vorgestellt habt. Tatsache ist, und diese Debatte um diese Landarbeiterkammer, die ja wirklich – verzeihen Sie – eine der wichtigsten nicht ist in Österreich, bei Gott nicht, zeigt ja, um was es geht. Es ist ein Pokern um eine Pseudomacht gewesen im wesentlichen. Worum ist es denn gegangen? Ob der jetzt einen Vizepräsidenten oder keinen Vizepräsidenten hat, ob der dort einmal mehr abstimmen oder weniger abstimmen darf und ob irgendein – verzeihen Sie – Pimperlproblem im Vorstand gelöst werden muß, darum ist es in Wahrheit gegangen. Ich bitte um Entschuldigung, ich bedanke mich beim Herrn Landesrat, daß er mich auch zur zweiten Verhandlungsrunde eingeladen hat, ich bin gar nicht mehr hingegangen, weil ich ja durch die vorherigen Verhandlungen, lieber Kollege Dr. Dorfer, schon gesehen habe, daß ihr nicht im Traum daran denkt, am System irgendetwas zu ändern außer dieser Kosmetik. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist eine wesentliche Einsparung!“) Lieber Karl Maitz, entschuldige. Weißt du, was eine wirkliche Einsparung wäre? Wenn ihr die Landarbeiterkammer, von der außer dem Präsidenten niemand mehr weiß, wozu sie da ist, einsparen würdet, und zwar ersatzlos. Das ist die nüchterne Realität. (Abg. Dr. Maitz: „Fragt die Mitglieder, wofür sie da ist!“) Ja, jetzt habt ihr den Vizepräsidenten eingespart. Ist einer weniger. Aber sei ganz ehrlich, da sind ja schon bald mehr Funktionäre als Mitglieder dort. Das ist ja die nüchterne Realität. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist die Arbeitnehmerkammer mit den größten Dienstleistungen überhaupt!“) Ja freilich, weil das Land das ganze Geld hineinzahlt. Zahlt das Geld gleich den Arbeitnehmern in der Landarbeiterkammer, dann braucht ihr den großen Umweg über den Herrn Ing. Wahl, oder wie immer er heißt, nicht machen. Das, was schlußendlich als Kompromiß zwischen euch herausgekommen ist, den ich schon gesehen habe, üblicherweise pflegen wir das immer als Elefantenhochzeit zu bezeichnen, aber das, was ihr in diesem Minikammerl gemacht habt, ist keine Elefantenhochzeit mehr, sondern eine Elefantenhochzeit höchstens. Was da herausgekommen ist, ist ja völlig wurst. (Abg. Dr. Dorfer: „Es gibt noch viel kleinere Kammern!“) Ich weiß, es gibt kleinere Kammern, aber nicht unbedeutendere. Diese haben wenigstens noch ein Disziplinarrecht zu verwalten. Das ist etwas ganz anderes. Das ist etwas, was ihr bei der Landarbeiterkammer natürlich alles nicht habt. Die kleinen Kammern, die das Disziplinarrecht zu verwalten haben, sind zumindest in diesem Punkt, allerdings nur in diesem Punkt, anders zu bewerten. Was wir brauchen, meine Damen und Herren (Abg. Schrammel: „Bist du gegen die sogenannten kleinen Menschen, die die Vertretung brauchen?“) Diese üble Unterstellung, daß ich gegen die kleinen Menschen bin, wenn ich gegen die Landarbeiterkammer schimpfe, ist ein zweiter Untergriff.

Ich wollte mir das ersparen. Ich habe früher Oststeiermark gesagt und habe dann nicht weitergeredet. Also ganz ehrlich: Dieser Mangel an Demokratiebewußtsein, den ich in den letzten Monaten in der Oststeiermark erlebt habe, schlägt alles, was ich jemals für denkmöglich gehalten habe. (Abg. Dr. Dorfer: „Gibt es das?“) Da gibt es tatsächlich Bürgermeister in

der Oststeiermark, die sagen in aller Öffentlichkeit, sogar in einer Zeitung, ich habe gedacht, ich träume, bitte, eine Opposition ist etwas Blödes, die stört nur unsere Arbeit. Das sind eure Bürgermeister in der Oststeiermark. Ich bin wirklich entsetzt. Daß dieses Demokratiebewußtsein bis zu einem gewissen Grad auch bei dir durchschlägt, tut mir – offen gestanden – weh, ich habe dich anders eingeschätzt. (Abg. Schrammel: „Wer zum Beispiel? Man kann nicht verallgemeinern!“) Lies nach im „Standard“. Im Hartberger Bezirk sind die besonderen Experten zu Hause. Da gibt es einen, nachdem er nicht hat verhindern können, daß es eine weitere Liste gibt, obwohl das seit 20 Jahren nicht der Fall war, hat er keine Wahlzelle aufgestellt, damit alle zuschauen können, wie da gewählt wird. Das sind sie. (Abg. Harntodt: „Hofkirchen!“) Hofkirchen, Bezirk Hartberg. Kannst du alles haben, weitere Beispiele liefere ich dir nach. Am 10., nehme ich an, wird die Landeswahlbehörde ja hoffentlich, wenn sie für irgendetwas sind, die Gemeinderatswahl dort aufheben, um euch einmal zu zeigen, wie das geht, oder sie haben eine Möglichkeit gefunden, das doch noch zu unterbinden. Was wir denn wirklich brauchen: Wir brauchen eine grundsätzliche Neugestaltung des berufständigen Vertretungswesens. Ich weiß schon, bei unseren Verhandlungen, nachdem nichts mehr zu finden war, hat man auf irgendwelche parlamentarischen Protokolle aus dem Jahre 1919 zurückgegriffen, die erste große Koalition. Damals schon nichts Besseres gewesen, wie jetzt die letzte große Koalition. Im Jahre 1919 hat man sich ausgetüfelt, daß alle mit dabei sein müssen und alle zahlen müssen. Das haben sie nicht einmal in ein Gesetz geschrieben.

Das hat dort irgendeiner gesagt, wahrscheinlich einer so wie du. Das ist im Protokoll drinnengestanden, und alle Verfassungsexperten finden jubelnd: Das ist plötzlich – hurra – der Beweis, warum es diese Zwangsmitgliedschaft in Wahrheit noch geben muß. Mag sein, mag 's im Protokoll stehen, nur, wir schreiben jetzt bitte 1990, nicht 1919. (Abg. Dr. Dorfer: „Warum gibt es diese gesetzliche Mitgliedschaft in Deutschland, in Frankreich, in Belgien? Wovon redest du?“) Was in Deutschland gilt, interessiert mich nicht. Lieber Kollege Dr. Dorfer, wir schreiben heute das Jahr 1990, nicht 1919. Daher brauchen wir eine grundsätzliche Erneuerung dieser Strukturen von unten herauf. Und da müßt ihr irgendwann einmal den Mut haben, euch dieser Auseinandersetzung zu stellen. Okay, ich gebe jetzt schon zu, die Sozialisten haben den Mut genauso nicht, aber die haben wenigstens den Mut, von vornherein offen zu sagen: „Über das Thema braucht ihr mit uns überhaupt nicht zu reden. Da denken wir überhaupt nicht nach!“ Das halte ich für falsch, Sie werden dafür natürlich die Quittung zahlen, aber wenigstens ehrlich ist es. Nur, mit euch verhandeln wir jetzt ein Dreivierteljahr, und alle fünf Minuten kommt irgendein neuer Schmähdaher, nur, um nicht abstimmen zu müssen. Ja, selbstverständlich, ich verstehe schon, weil ich zum Beispiel weiß, daß der Kollege Schützenhöfer durchaus nicht so denkt wie der Kollege Dr. Dorfer – durchaus nicht! –, weil er die Erfahrungen mit den Sozialisten in der Arbeiterkammer gemacht hat. Ich glaube, wir müßten den Dr. Dorfer einmal ein paar Monate in die Arbeiterkammer schicken, damit er weiß, wie es einer Minderheit geht. Dann würde er wahrscheinlich anders denken. (Abg.

Trampusch: „Er hat schon genug Funktionen!“ – Abg. Dr. Dorfer: „Unserer Minderheit geht es sehr gut!“ Ja, nicht als Kammeramtsdirektor. Da verdient er ja noch mehr. Nein, nein, als ganz normaler Kammerrat dorthin, nicht als Kammeramtsdirektor – um Gottes willen! Jetzt haben 's schon wieder gedacht, ich will ihm noch etwas zubeuteln. Nein, das ist es ja: Wir brauchen eine grundsätzliche Erneuerung. Das nutzt alles nichts, und mit solchen papierernen kleinen kosmetischen Dingen, wie ihr sie da macht, werden wir diese Erneuerung nicht weiterbringen. Daher bitte ich höflich um Verständnis dafür, daß wir uns bei diesen Dingen nicht beteiligen. (15.01 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Purr. Ich erteile es ihm.

Abg. Purr (15.01 Uhr): Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Polemik des Abgeordneten Mag. Rader war ja eigentlich zu erwarten, gerade zu diesem Thema, und es hat so den Anschein gehabt, als wollte er jetzt in einer seiner Wählerversammlungen auftreten, in der Kritik einerseits gegen den Vorredner, Kollegen Schrammel, andererseits aber auch gegen unseren Präsidenten Ing. Stoisser. Der Herr Mag. Rader weiß aber als Jurist sicher, daß das Bundesverfassungsrecht verlangt, daß Bundeskammern eine gesetzliche Mitgliedschaft haben. Das ist scheinbar eben eine andere Rechtsauffassung, aber (Abg. Mag. Rader: „Das ist falsch!“) nach meinem Wissensstand hat das volle Gültigkeit.

Lieber Kollege Mag. Rader, auch dazu ein offenes Wort noch: Wie stellst du dir im Bereich der Handelskammer vor, daß es zum Beispiel eine freiwillige Mitgliedschaft gibt, wo Mitglieder dort freiwillig die Kosten dafür übernehmen, daß Gesetze im Interesse der Wirtschaft geändert werden, und jene, die nicht Mitglieder sind, Nutznießer dieser Gesetzesänderung sind? Und ich fürchte sehr, daß es nach deinen Vorstellungen dann jene Lobbies gibt, die wir auf anderen Gebieten in unserer Bundeshauptstadt zu zahlreich haben. Es gilt bei uns immer ein Grundsatz: Wer zahlt, schafft an. Und wenn das dann wenige sind, die das Geld dafür haben, dann werden diese wenigen bestimmen, was zu erfolgen hat, und alle Mittleren und Kleinen werden es sich einerseits nicht leisten können, dort mit dabei zu sein, müssen mit dem zufrieden sein, sind einfach dann nicht mehr einverstanden, haben kein Mitspracherecht mehr. Ja, noch mehr, ich würde sagen, man wird dann jenen kleineren politischen Gruppen oder anderen Gruppierungen überhaupt kein Interesse mehr zeigen und sagen: „Wir richten 's uns so, wie wir 's brauchen.“

Grundsätzlich – glaube ich –, gerade was die Kammerorganisationen betrifft, ist eben hier zu unterscheiden zwischen jenen Gütern, die hier öffentlich angeboten werden – Gesetzesänderungen, Gesetzestexte –, und andererseits auch den privaten Angeboten, sprich den Serviceleistungen, die die Kammern haben. Und wenn Zweifel daran besteht, wende man sich bitte an die Ärztekammer, an die Ingenieurkammer, an die Rechtsanwaltskammer und höre, was die dort sagen. Sie stehen alle dazu – vollinhaltlich. Natürlich gebe ich zu, daß vieles im Bereich unserer

Handelskammerorganisation in Österreich eben revisionsbedürftig, erneuerungsbedürftig ist. Wir sagen ja zur Reform innerhalb dieser Organisation, gerade im Hinblick auf die Änderung des Wahlrechtes in Richtung Direktwahl. Unser designierter Präsident Franz Gady hat das auch ganz deutlich ausgesprochen. Wir stehen auch auf dem Standpunkt, daß gerade das Servicenetz noch weiter ausgebaut gehört, im Hinblick EG-Beitritt zum Beispiel, um den Mitgliedern bei den Anpassungsproblemen zu helfen, nicht zuletzt aber auch eine Änderung zu erreichen, wenn es darum geht, jüngeren Leuten den Einstieg in die Selbständigkeit zu ermöglichen.

Aber Änderungen bedeuten noch immer in Summe ein „Ja“ zu dem bestehenden Kammerystem. Verständlich natürlich, daß gerade deine Gesinnungsgemeinschaft, die Freiheitlichen, bestrebt sind hineinzuwühlen und umzudrehen, Populismus zu betreiben, wie eure Spitze es vor allem wunderbar versteht.

Meine Damen und Herren, Sie wissen ganz genau, daß die Gründung der Handelskammern eigentlich erfolgte, um den Unternehmerinnen und den Unternehmern eine geschlossene Vertretung ihrer Interessen gegenüber den Arbeitnehmerverbänden, den Regierungen, den Parlamenten zu schaffen. Ohne diese Geschlossenheit gäbe es die für Österreich so erfolgreiche Sozialpartnerschaft – denken wir an die letzten 45 Jahre – überhaupt nicht.

Der Anteil der Unternehmer an der österreichischen Bevölkerung beträgt 3 Prozent. Eine Aufspaltung in freiwillige Vereine würde selbstverständlich die Vertretung entscheidend schwächen. 250.000 Unternehmerinnen und Unternehmer sind es, denen etwa 2,8 Millionen Arbeitnehmer gegenüberstehen. Lohn- und Gehaltsverhandlungen, sprich Kollektivvertragsverhandlungen, können nur von geschlossenen Interessensvertretungen geführt werden.

Ein wichtiges Recht besteht auch darin, daß hier die gesetzliche Interessensvertretung die Möglichkeit hat, Gesetze zu begutachten, zu beeinspruchen, und vor allem von der Möglichkeit Gebrauch machen kann, Einfluß auf die Gesetzwerdung zu nehmen. Denken wir, meine Damen und Herren, Steuersenkung, erste große Steuerreform seit 1947, seit Kamitz. Denken wir an die Privatisierung im Bereich der Staatsbetriebe, denken wir aber auch an die Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Wirtschaftsleben. Der Interessenausgleich, der in den Handelskammern herbeigeführt werden muß, würde sonst durch den Staat vorgenommen werden müssen, und das würde wieder bedeuten, daß kleine und politisch uninteressante Gruppen nicht mehr berücksichtigt werden können.

Natürlich ermöglicht diese gesetzliche Mitgliedschaft auch die Finanzierung der allgemein anerkannten Serviceleistungen: denken wir an das WIFI. Gehen wir einen großen Sprung, wenn wir die Bezirksstellen alle nicht erwähnen wollen, in das Ausland, wo es 90 Außenhandelsstellen gibt, die erfolgreich betrieben werden, die den österreichischen Unternehmen jene Kontakte im Laufe von Jahren verschaffen konnten, die sie brauchen, um exportieren zu können.

Und nochmals: Wenn es um eine freiwillige Mitgliedschaft geht, dann gilt der Satz: Wer zahlt, schafft

an. Austrittsdrohungen finanzstarker Gruppen würden den Hang zum Lobbyismus in Österreich noch verstärken. Die Sozialpartnerschaft ließe sich ohne geschlossenes Auftreten durch die Kammerorganisationen – und hier meine ich bitte alle – überhaupt nicht fortsetzen. Was wäre die Folge davon? Und das allein würde schon ein Pendant darstellen, das mehrere Stunden in der Diskussion beanspruchen würde.

Gerade in Blickrichtung auf den europäischen Binnenmarkt 1992 bedarf es einer Erneuerung in dieser Handelskammerorganisation und in den Kammerorganisationen wahrscheinlich überhaupt. Aber mich stimmt eines bedenklich: Wenn ein uns allen nicht unbekannter Mann, ein gewisser Herr Zumtobel, sich zur Notwendigkeit und Bedeutung der Handelskammerorganisationen bekennt, er diese unterstreicht, und andererseits ein und derselbe vom Fallen einer Pflichtmitgliedschaft zugunsten einer Finanzierungsform mit höheren Entgelten für gebotenes Service spricht. Und wer hier genau zugehört hat, weiß auch, wohin der Wagen fährt, wie es die Mittelständler dann meinen. Das schließt die Meinungsfreiheit nicht aus, und Gott sei Dank gibt es diese Organisation, die auch hier, gerade wenn es um solche Meinungen geht, einen Ausgleich schafft. Ich sage das deshalb, weil du, lieber Kollege Mag. Rader, es eigentlich blendend verstehst, alles möglich so wirtschaftsfreundlich zu schildern, opportunistisch, und dabei soll eines nicht übersehen werden: Wenn es um die Wirtschaft gegangen ist, im Bereich der Einkommensteuer, haben die Freiheitlichen nein gesagt. Wenn es um eine Änderung der Gewerbesteuer gegangen ist, haben die Freiheitlichen gesagt, brauchen wir nicht. Körperschaftssteuer: brauchen wir auch nicht zu ändern! Grunderwerbssteuer: bleibt wie bisher! Mehrwertsteuersenkung: kommt nicht in Frage. Privatisierung von Staatsbetrieben: keine Stellungnahme dazu. Bekämpfung sozialen Mißbrauchs: keine Wortmeldung dazu. Wurde abgelehnt. Verschiebung der Einheitswerte: (Abg. Mag. Rader: „Das hast du alles aus dem Traumbuch!“) So kannst du es darstellen. Ich habe es auch früher gemerkt, du wendest dich nach dem Blatt der Zeit, so wie es die Leute gerade gerne hören. Wenn es um die Einsparung von Regierungsposten gegangen ist, so wird es so gehalten, wie man es gerade braucht. Dein Herr Landeshauptmann von Kärnten lebt das blendend vor, wie das eben in der Öffentlichkeit dann gesagt wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie um Kenntnisnahme bitten und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 15.12 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schützenhöfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Schützenhöfer (15.12 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Zunächst einmal möchte ich sagen, weil das in der allgemeinen Debatte über die sogenannte Pflicht- oder Zwangsmemberschaft unterzugehen scheint, daß die Novelle, die wir heute beschließen, ein wichtiger demokratiepolitischer Schritt in Richtung Minderheiten ist. Ich lege auf das immer Wert, weil ich selbst mit auch in einem Bereich tätig bin, wo man mit der Minderheit relativ unterschiedlich, sehr vorsichtig for-

muliert jetzt, umgeht und wo man es mit Minderheitsrechten nicht besonders ernst nimmt, und es ist schon hervorhebenswert, daß die Führung der steirischen Landarbeiterkammer unmittelbar nach dem großen Wahlerfolg für unsere Liste 1 gesagt hat, auch wenn uns nach dem Gesetz nun beide Vizepräsidenten zustehen, wollen wir den einen nicht besetzen und eine Novelle anregen, die davon ausgeht, daß es in Hinkunft neben dem Präsidenten nur einen Vizepräsidenten gibt und dieser dann bei 30 Prozent der Minderheit zusteht beziehungsweise bei einem Drittel der Kammermandate, das würden wir uns in anderen Bereichen bitte nur wünschen. In der Arbeiterkammer gibt es vier Vizepräsidenten, und es steht uns nur – laut Fraktionsübereinkommen – einer zu, aber laut Gesetz nicht ein einziger. Wir werden darum kämpfen. Es gibt auch die entsprechenden Gespräche, zumindest auf Wiener Boden. Aber daß dann dazu das, was der Kollege Zellnig schon angesprochen hat, nämlich die wesentlichen Kompetenzen des abgeschafften Präsidiums, in dem die SPÖ nicht mehr vorhanden wäre, dem Vorstand übertragen worden ist, in dem die SPÖ selbstverständlich Mitwirkungsrechte hat, das möchte ich schon noch einmal hervorheben, ist demokratiepolitisch, und es ist auch anerkannt worden. Ich danke dem Kollegen Zellnig dafür, für uns alle erfreulich, weil es ja nicht nur die Bereitschaft zur Zusammenarbeit dokumentiert, sondern auch eine der wesentlichen Voraussetzungen ist, um hinkünftig in dieser kleinen, aber so wichtigen Landarbeiterkammer zusammenarbeiten zu können. Hoffentlich erfängt sich die SPÖ von ihrer internen Situation in der Landarbeiterkammer. Wir hatten es bei den Verhandlungen ja jeweils mit anderen Partnern zu tun, und es ist bei keiner Verhandlung gut, wenn man nicht weiß, ob das, was am Vormittag gesagt wurde, am Nachmittag noch gilt. Aber wir freuen uns, daß diese gemeinsame Beschlußfassung der beiden großen Fraktionen heute möglich ist.

Darf ich, nachdem der Kollege Mag. Rader und auch andere Kollegen, mein Freund Reinhold Purr, die Frage der Zwangsmemberschaft, die Frage der Pflichtmitgliedschaft angesprochen haben, aber ganz allgemein ein paar Worte in aller Kürze sagen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten uns nichts vormachen. Es ist zweifellos so, daß die Kammern in Österreich und daß die Sozialpartnerschaft große Verdienste haben, daß wir es der Sozialpartnerschaft und den Sozialpartnern verdanken, daß wir viele Jahrzehnte in der Zweiten Republik sozialen Frieden im Lande gehabt haben. Aber wenn ich mir Entscheidungen, im besonderen im letzten Jahrzehnt, anschau, dann muß ich doch als Demokrat die Möglichkeit haben, bestimmte Institutionen auf ihre Gültigkeit für die Zukunft zu hinterfragen (Beifall bei der FPÖ.), ohne daß ich damit eine Kammer abschaffen will oder ohne daß ich es mir so einfach mache, daß ich sage, alles würde nur von der Frage Pflichtmitgliedschaft ja oder nein abhängen. Verfassungsrechtlich, meine Damen und Herren, ist die Sache ohnehin klar. Es gibt verschiedene Verfassungsgutachten, die sagen, ohne die Pflichtmitgliedschaft gibt es die Kammer nicht. Gut, das ist ein Punkt. Dann kommt ja der politische hinzu, und da muß ich mich fragen, was ist in Österreich in den letzten zehn, 15 Jahren schiefgela-

fen, daß zwar Sozialpartner, zum Beispiel in Fragen Hainburg, Zwentendorf, ja bis zum Ladenschluß und, wenn Sie wollen, auch im wesentlichen Familienpaket einer Meinung sind, diese Meinung der Sozialpartner in der Gesellschaft nicht mehr durchsetzbar ist? Ja, da muß ich fragen, sind in dieser Sozialpartnerschaft, sind in diesem Kammerwesen alle jene drinnen, die betroffen sind, oder werden die Gruppen der Betroffenen, die nicht im Entscheidungsprozeß eingebunden sind, nicht immer größer? Ist es nicht so, daß man darüber nachdenken sollte, ob in bestimmten Fragen ja selbstverständlich eine Neuorientierung notwendig ist, um wieder die Lösungskapazität zurückzugewinnen? Hat man sich schon gefragt, ob es nicht, wie es etwa auch Gerhard Hirschmann, der geschäftsführende Parteipobmann der ÖVP, vor einiger Zeit angeregt hat, eine sogenannte ökosoziale Partnerschaft in Österreich geben könnte, in der auch Wissenschaftler, Hausfrauen, Arbeitslose, Ökogruppen und vor allem Konsumenten Platz haben in einem Ausmaß, wie das bis jetzt nicht der Fall ist? Warum sollte man darüber nicht, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, in aller Offenheit und ohne daß der (Präsident Dr. Kalnoky: „Ich bitte kurz, das Plakat wieder einzustecken. Es sind Willensbekundungen von der Zuschauertribüne nicht gestattet.) eine dem anderen vorwirft, ihn jeweils nichts anderes als abschaffen zu wollen.

Liebe Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte heute gar nicht näher auf die Frage der Arbeiterkammer in diesem Zusammenhang eingehen. Nur eines: Wenn einer solchen Kammer – und in dem Fall ist es die Arbeiterkammer, könnte jede andere wahrscheinlich auch genannt werden – alles in allem 340.000 Menschen angehören, und dann gehen, von diesen Zahlen ausgehend, 38 Prozent zur Wahl, dann muß ich mich doch fragen, was ist geschehen, und was ist für die Zukunft zu tun? Dann muß ich mich fragen: „Gibt es überhaupt ein demokratisches Wahlrecht?“, und wenn nicht, „Wie kann ich es schaffen?“ Dann muß ich mich fragen: „Vertrete ich die Kammermitglieder so, daß ich die Akzeptanz habe?“ Und, meine Damen und Herren, bei dieser Frage der Pflichtmitgliedschaft wird nie die Frage gestellt, ob die Akzeptanz einer Mehrheit der Vertretenen vorhanden ist. Und ob ich jetzt rechtlich die Pflichtmitgliedschaft habe oder nicht – eine Institution, ja auch dieser Landtag hier, der ja verfassungsrechtlich glücklicherweise nicht umzubringen ist, gibt sich ja auf, wenn die Mehrheit derer, die wir glauben zu vertreten, das nicht mehr glaubt. Daher meine ich, wir sollten hier nicht mit Standpunkten hausieren gehen, die es nicht einmal zulassen, eine öffentliche Diskussion seriös zu führen. Denn diese Diskussion, meine Damen und Herren – das möchte ich für mich sagen; ich weiß, da gibt es sehr unterschiedliche Meinungen auch in meiner Fraktion, aber das soll auch so sein; wir sind ja frei gewählte Abgeordnete –, haben wir in bezug auf die Zukunft reformierter Kammern und in bezug auf die Zukunft der Sozialpartnerschaft, die viel geleistet hat, die aber jetzt eine – meines Erachtens – Reform braucht, ganz sicher notwendig. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 15.22 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rainer. Ich erteile es ihm.

Abg. Rainer (15.22 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zur gegenständlichen Vorlage wurde ja durch den Abgeordneten Zellnig unsere Haltung der Fraktion dargestellt. Zur Pflichtmitgliedschaft darf ich nur unterstreichen, was herausgestellt wurde, daß das Wesen der Sozialpartnerschaft nur dann aufrecht bleiben kann, wenn diese Pflichtmitgliedschaft auch anerkannt wird. Das gilt natürlich für jede Kammer uneingeschränkt. Und der Populismus, der hier von den Freiheitlichen versucht wird, ist uns allen verständlich, weil ihr Anteil auch nach den Wahlen – jetzt der Handelskammerwahl, der Arbeiterkammerwahl und dergleichen mehr – immer noch so unbedeutend ist, daß sie es sich jederzeit erlauben können, in dieser Form in der Öffentlichkeit zu argumentieren, wie wir es auch hier heute im Hohen Haus erlebt haben.

Meinem Kollegen Schützenhöfer möchte ich aber sagen, weil er das Akzeptanzproblem der Kammern angesprochen hat, daß wir, jetzt abgesehen von den übrigen Kammern, nur bezogen auf die Arbeiterkammer, festhalten müssen, daß er offensichtlich über den gegenwärtigen Stand der Entwicklung in dieser Kammer nicht im Bilde ist, was mich überaus überrascht, weil er ja selber an den Sitzungen des Arbeiterkammertages teilgenommen hat und daher wissen mußte, daß die programmatischen Überlegungen zwischen den Fraktionen in völliger Übereinstimmung hier in der Landeshauptstadt Graz durch einen Beschluß Ende Jänner des heurigen Jahres bereits festgelegt wurden, daß darüber hinaus zwischen den Fraktionen, und zwar zwischen den großen, maßgeblichen Fraktionen primär, auch die Fragen, die von ihm angesprochen wurden, abgeklärt erscheinen oder weitgehendst bereits konsensual so weit vorgeregelt sind, daß sie letztlich an den Gesetzgeber herangebracht werden können. Und daher ist also das, was hier in den Raum gebracht wurde, zum Teil zurückzuweisen, weil es offensichtlich nur der politischen Optik dient, aber den weiteren Schritten nicht förderlich ist, die hier notwendig sind. Wir glauben – das gilt also für andere Kammern auch, aber ganz besonders auch für die Arbeiterkammer –, daß es richtig ist, daß zum Beispiel das Wahlverfahren, das ganz eindeutig den Erfordernissen einer modernen Demokratie nicht mehr entspricht, den Zeiterfordernissen angepaßt werden muß, und wir glauben, daß wir innerhalb aller Fraktionen innerhalb des Arbeiterkammertages und damit auch der Länderkammern ohne weiteres in der Lage sein werden, dem Gesetzgeber taugliche Unterlagen, Kompromisse, Ergebnisse in politischen Verhandlungen vorzulegen, die einer Gesetzesänderung dann nicht mehr im Wege stehen werden. Ich bedaure nur, daß das wahrscheinlich vor der Auflösung dieses Parlamentes, des Bundesparlamentes, nicht mehr möglich sein wird.

Die dahinterstehende Frage, die da hier als Vehikel benutzt wurde, nämlich die Frage des Akzeptanzproblems – ja, bitte schön, wir haben feststellen müssen, daß auf Grund der Kompliziertheit des Wahlverfahrens und auf Grund der Auseinandersetzung – und hier bitte muß ich leider auch etwas politisch-polemisch werden –, des Verhaltens des ÖAAB im Zuge der Wahlkampfauseinandersetzung bei der Arbeiterkammerwahl, das ganz wesentlich dazu beigetragen hat,